

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

176 45. JAHRGANG
4/2023

Wirtschaftsstandort Deutschland: Wohlstand in Gefahr

TOP-INTERVIEW

Deutschland braucht eine Agenda 2030

Dr. Carsten Linnemann MdB

WOHNUNGSBAU

**Wir sind gezwungen
an die Standards zu gehen**

Klara Geywitz

INNOVATION

**Deutschland darf den Anschluss
an die Weltspitze nicht verlieren**

Michael Theurer MdB, Axel Voss MdEP,
Mario Brandenburg MdB

Wirtschaftsrat**Exklusiv** ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.



Freuen Sie sich auch in diesem Jahr über vielfältige Angebote unserer langjährigen Kooperationspartner:

- ▶ Mindspace
- ▶ Business-Clubs:
 - Airport Club Frankfurt
 - Industrie-Club Düsseldorf
 - ROTONDA Business Club Köln



Wir danken der Quirin Privatbank AG und ihrer digitalen Tochter quirion AG für ihre freundliche Unterstützung.



Neugierig geworden?
Entdecken Sie alle Informationen auf unserer Website.

Foto: Neill Killius

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde des Wirtschaftswesens,

You'll never walk alone“, versprach Bundeskanzler Olaf Scholz gleich dreimal allen Bürgern in seiner Regierungserklärung nach dem Bundesverfassungsurteil.

Als Mutter erinnere ich mich an die ersten Gehversuche meiner Kinder. Wie ich sie erst an zwei Händen hielt, dann nur noch an einer. Als ich sie losließ, war ich immer noch nah genug bei ihnen, um sie im Zweifel aufzufangen. Sie liefen bald von Stuhl zu Stuhl. Immer weitere Strecken allein. Längst sind sie inzwischen ausgezogen. In diesem Abnabelungsprozess mischt sich in den großen Stolz

„Der Staat ist nicht Versicherer aller Lebensrisiken, vor allem keine Vollkaskoversicherung auf Kosten zukünftiger Generationen.“

und die Freude darüber, wie sie heute ihr Leben meistern, natürlich auch manchmal mütterliche Wehmut. Eltern können und dürfen ihre Kinder nicht ewig festhalten oder zu sich zurückziehen, sonst schaden sie ihnen mehr als sie nützen.

Mit der wiederholten politischen Erklärung „You'll never walk alone“ zieht die Politik die Menschen aus ihrer Selbständigkeit. Sie bedeutet ein leeres, nicht haltbares Versprechen, das per se schon unseriös ist. Wenn die Politik aber Transferleistungen immer weiter in die Höhe treibt, nimmt sie nicht nur den sozial Bedürftigen den Antrieb, ihr Leben selbst zu gestalten. Dieser politische Paternalismus, der die SPD und die Grünen prägt, nimmt gerade den fleißigen Bürgern die Motivation.

Meine Kinder werden das Gehen nicht mehr verlernen. An der Hand

von Papa Staat haben allerdings zu viele junge Menschen im arbeitsfähigen Alter ihren Weg noch nicht in reguläre Arbeit gefunden. Das müssen wir ändern, indem mehr wir mehr von ihnen fordern. Vor allem darf das „Bürgergeld“ nicht weiter als Einstieg in ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ propagiert werden, was es nach dem Kompromiss zwischen Ampel und Union im Bundesrat im vergangenen Jahr zum Glück auch nicht mehr ist.

Am 12. Dezember feierten wir 60-jährigen Geburtstag unter dem Motto „60 Jahre Wirtschaftsrat – Werte. Wohlstand. Zusammenhalt“. Dabei war der rote Faden aller Festredner: Unsere Soziale Marktwirtschaft befähigt mündige Bürger, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu erwirtschaften und Vorsorge für die Zukunft zu betreiben. Dabei gilt das Aufstiegsversprechen, das dies aus eigener Kraft möglich sein muss.

Der Staat ist nicht Versicherer aller Lebensrisiken, vor allem keine Vollkaskoversicherung auf Kosten zukünftiger Generationen. Das umso weniger mit Blick auf die Schuldenbremse, die manche in Politik und Wissenschaft so gerne aufweichen wollen. Wir sind als Wirtschaftsrat in dieser aktuellen Debatte wichtiger denn je!

Jetzt wünsche ich Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch in ein hoffentlich erfolgreiches Neues Jahr.

Mit besten Grüßen

*Hersucht
Ihre Astrid Hamker*

Inhalt



Foto: Tobias Koch

8 TOP-INTERVIEW

„Wir brauchen eine Agenda 2030.“

Exklusiv sprach TREND mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann MdB, über die Politik der Ampel-Koalition, den Wirtschaftsstandort Deutschland, den europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt, hohe Energiepreise und was eine CDU als Regierungspartei anders machen würde.



Foto: Jens Schicke

10 TITEL

Wirtschaftsstandort Deutschland: Wohlstand in Gefahr

Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft verfestigt sich. Ökonomen sind besorgt. Dauerhaft hohe Energiepreise, der zunehmende Fachkräftemangel und eine mangelnde Reformbereitschaft der Politik bringen den Wohlstand unseres Landes nachhaltig in Gefahr. Nur eine breit angelegte wirtschaftspolitische Reformagenda bietet einen Ausweg aus der Krise.

START

EDITORIAL

3 ► Astrid Hamker

AUSSENANSICHT

6 Wenn der Fleißige der Dumme ist
► Dr. Dorothea Siems

TITEL

WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

10 Wohlstand in Gefahr
► Peter Hahne

AKTUELL

INTERVIEW

8 „Unser Land braucht eine Agenda 2030.“
► Dr. Carsten Linnemann MdB

TREND-GRAFIK

16 Schmetterling muss das Ziel sein

WOHNUNGSPOLITIK

18 Ohne Rendite weder Neubau noch Sanierung
► Lars von Lackum

19 Wir sind gezwungen an die Standards zu gehen
► Klara Geywitz

INNOVATION

20 Innovation braucht Investition
► Michael Theurer MdB

21 Deutschland muss vernetzt denken!
► Dr. Marianne Janik

22 Künstliche Intelligenz mutig vorantreiben
► Eveline Y. Metzen

23 Digitale Transformation aktiv gestalten
► Daniela Geretshuber

24 Künstliche Intelligenz smart regulieren
► Axel Voss MdB

25 Zuerst die Chancen sehen!
► Ronja Kemmer MdB

25 Neue Märkte erobern
► Thomas Jarzombek MdB

26 „Wir gestalten die Digitalisierung aus Deutschland heraus. Zukunftsfähig und sicher.“
► Interview mit Christian Müller und Rolf Schumann, Schwarz Gruppe

28 Industrie, Export und Innovationen stärken
► Jens Spahn MdB

29 Technologieoffenheit ist zentral
► Mario Brandenburg MdB

30 Steigende Cyberrisiken zwingen Führungskräfte zum Handeln
► Grant Waterfall

ENERGIEPOLITIK

32 Energiewirtschaft ist die Basis für den Erfolg unserer Volkswirtschaft
► Nikolaus Valerius

34 Blick in den Maschinenraum
► Dr. Dirk Schröter

GESUNDHEITSPOLITIK

36 Finanzen und Strukturreformen sinnvoll verbinden
► Dr. Thomas Steffen



Foto: AdobeStock/Chanotiki

19 WOHNUNGSPOLITIK

Wir sind gezwungen an die Standards zu gehen

Deutlich gestiegene Bauzinsen machen es für Investoren noch schwieriger, bezahlbaren Mietwohnraum zu schaffen. Deshalb sind wir gezwungen an die Standards ranzugehen. Weitere Verschärfungen des Energieeffizienzstands wird es nicht geben, betonte Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

38 Reformen sind überfällig
► Prof. Josef Hecken

39 Krankenhäuser am Limit
► Kai Hankeln

40 Die inhabergeführte Praxis
ist kein Auslaufmodell
► Dr. Bernd Rebmann

INSOLVENZRECHT

42 Sanierung als Chance
► Steffen Beck

WIRTSCHAFTSRAT

STANDPUNKT STEIGER

43 Gefahr für Wohlstand und
Zusammenhalt

INNENANSICHT

44 Neues aus den Kommissionen

IMPRESSIONEN

46 Wirtschaftstag der
Innovationen 2023

ENGAGEMENT

48 „Gute Mitte zwischen Freiheit
und Regulierung finden“
Michael Frick

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN

50 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM

57 Im Spiegel der Presse

58 Zahlen des Quartals

58 Spindoktor



Foto: AdobeStock©Starhei

20 INNOVATION

Deutschland darf den Anschluss an die Weltspitze nicht verlieren

Innovationen bilden das Rückgrat unserer modernen Gesellschaft und sind von entscheidender Bedeutung für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Sie zwingen Unternehmen zur Neuerfindung bestehender Produkte und Dienstleistungen, fördern die Entwicklung bahnbrechender Technologien und stärken unsere globale Wettbewerbsfähigkeit.



Ein Unternehmen der Schwarz Gruppe

Vorher wissen, was später passiert.

XM Cyber hilft Ihnen dabei, Ihr Unternehmen effektiv vor Cyberangriffen zu schützen. Die Software analysiert 24/7 alle Schwachstellen Ihrer Infrastruktur aus Sicht der Angreifer und zeigt auf, wie Sie effizient den Schutz Ihrer wichtigsten Daten und Systeme erhöhen – beheben Sie in einem Schritt zahlreiche Schwachstellen, Fehlkonfigurationen und vieles mehr. XM läuft auf der vertrauenswürdigen und sicheren STACKIT Cloud aus Deutschland.

Mehr auf xmcyber.com



Wenn der Fleißige der Dumme ist



Deutschlands Wachstumsaussichten haben sich deutlich eingetrübt und angesichts des Bundesverfassungsgerichtsurteils wackelt auch die Finanzierung der mit dem Bundeshaushalt beschlossenen Aufgaben. Die Bundesregierung muss sich jetzt der Realität stellen und gerade in der Sozialpolitik schnell auf mehr Eigeninitiative setzen.

Das vierte Jahr in Folge leben die Deutschen im Krisenmodus. Erst ging die Konjunktur infolge der Corona-Maßnahmen auf Talfahrt. Dann verhinderte Russlands Angriffskrieg in der Ukraine die wirtschaftliche Erholung. Und die drastisch verschlechterten Standortbedingungen verdüstern auch Deutschlands langfristige Wachstumsaussichten, wie die Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten warnen. Und nun hat das Bundesverfassungsgericht der Ampel-Koalition auch noch einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mit dem Ergebnis, dass die Ausgaben im Bundeshaushalt massiv zusammengestrichen

oder neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Angesichts dieser zunehmend bedrohlichen gesamtwirtschaftlichen Lage darf es kein „Weiter so“ in der Sozialpolitik geben. Die Balance zwischen „Verteilen“ und „Erwirtschaften“ ist längst verloren gegangen. Vor allem die von der Ampel-Regierung beschlossene drastische Erhöhung des Bürgergeldes ist unverantwortlich. Um mehr als zwölf Prozent soll der Regelsatz in der Grundsicherung im Januar steigen, nachdem er erst zum Jahresanfang um fast die gleiche Größenordnung angehoben worden war. Die neuerliche Aufstockung ist mit Blick auf den überstrapazierten Staatshaushalt zu üppig: Schon im laufenden Jahr verschlingen die Bürgergeldausgaben rund 35 Milliarden Euro. Die Bundesregierung sendet damit zudem ein fatales Signal an Millionen Arbeitnehmer: Viele Erwerbstätige in den unteren Lohngruppen fragen sich, warum sie noch jeden Morgen aufstehen und als Kassiererinnen oder Lkw-Fahrer hart arbeiten gehen, wenn sie trotz eines Vollzeitjobs mit kaum mehr Geld dastehen als die Transferempfänger. Eine Umfrage in der Gebäudereinigungsbranche zeigt, dass Arbeitgeber längst erleben, dass

Mitarbeiter mit Hinweis auf das Bürgergeld kündigen. Umso absurder ist es, dass dieses unterste soziale Netz jetzt noch komfortabler ausgestaltet wird: nicht nur mit der kräftigen Regelsatzerhöhung, sondern auch mit der geplanten Kindergrundsicherung, die den Haushalten von Geringverdienern viel zusätzliches Geld einbringen wird.

Sozialdemokraten und Grüne wollen es nicht wahrhaben, dass die Großzügigkeit beim Bürgergeld die Arbeitsmoral untergräbt. Und die FDP vermag den Trend zu immer höheren Leistungen nicht stoppen. Dabei haben Ökonomen Berechnungen vorgelegt, die belegen, dass vom Lohnabstandsgebot nicht mehr ernsthaft gesprochen werden kann. Denn zusätzlich zum Regelsatz, der für einen Erwachsenen demnächst für einen Alleinstehenden 563 Euro beträgt und für Kinder bis zu 420 Euro im Monat, kommen noch die stark gestiegenen Kosten für das Wohnen und Heizen hinzu sowie auf Antrag Sonderzahlungen etwa für Klassenfahrten der Kinder oder den Zahnersatz.

Zwar erhöht ein Bürgergeldempfänger, der einen Job annimmt, immer sein Nettoeinkommen. Doch die Anrechnungsregeln führen dazu, dass

Foto: Raimond Spekking



Dr. Dorothea Siems

Chefökonomin
WELT / Welt am Sonntag

„Die Balance zwischen ‚Verteilen‘ und ‚Erwirtschaften‘ ist längst verloren gegangen.“



Foto: Jens Schicke

unter dem Strich das Plus besonders für Alleinerziehende oder Alleinverdiener-Haushalte mit mehreren Kindern oft lächerlich gering ist. Denn ab einem Erwerbseinkommen von 100 Euro wird der Lohn weitgehend auf die Grundsicherung angerechnet. Kein Wunder, dass sich die sogenannten Aufstocker unter den Bürgergeldempfängern damit begnügen, sich als Pizza-Fahrer oder Putzkraft ein kleines Taschengeld hinzuzuverdienen.

Mit seiner übertriebenen Fürsorge verführt „Vater Staat“ heute Millionen

Menschen zur Untätigkeit. Dabei suchen die Betriebe händierend – und immer häufiger vergeblich – nicht nur für anspruchsvolle Tätigkeiten, sondern auch für Helferjobs nach Bewerbern. Für den Mittelstand stellen die Personalprobleme inzwischen laut Umfragen das größte Wachstumshemmnis dar. Und die Gesellschaft steht erst am Anfang des demografischen Umbruchs. In den nächsten Jahren gehen die Babyboomer in Rente. Experten rechnen mittelfristig mit fünf Millionen fehlenden Arbeits-

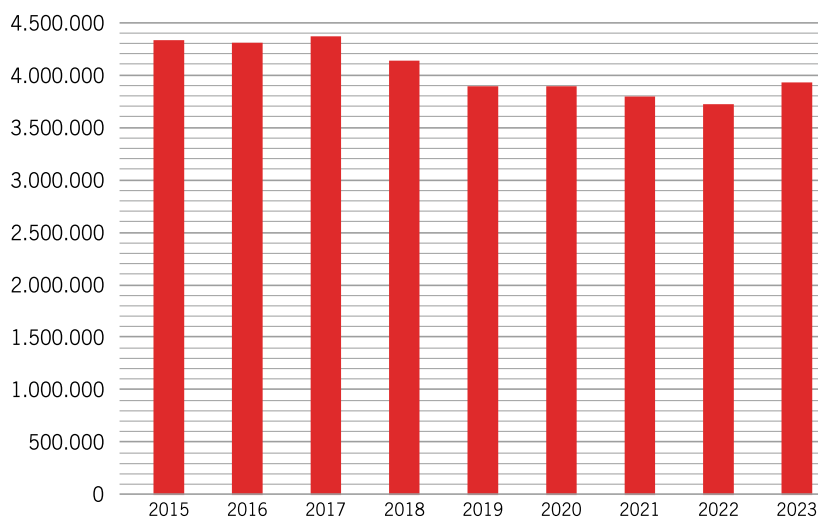
kräften quer durch alle Branchen. Deutschlands Zukunftsfähigkeit hängt davon ab, ob es gelingt, die Leistungsbereitschaft der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu stärken. Eine Arbeitsmarktpolitik, die auf immer mehr Zuwanderer setzt, statt die heimischen Potenziale vollständig auszuschöpfen, gaukelt Lösungen vor, die keine sind. Denn die Realität bei der Zuwanderung sieht völlig anders aus, als die Ampel-Koalitionäre der Öffentlichkeit vermitteln wollen. Qualifizierte Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten stellen nur eine winzige Gruppe unter den Neuankömmlingen dar. Die weltweit begehrten IT-Spezialisten und Pfleger ziehen Länder wie Kanada, Australien oder die USA nicht nur wegen der Sprache vor. Leistung lohnt sich in diesen Ländern einfach mehr. Und nichts spricht dafür, dass die Ampel-Politik daran etwas ändert.

Bis 2014 kamen vor allem EU-Bürger ins Land, und die hiesige Wirtschaft hat davon stark profitiert. Doch seither bilden Flüchtlinge und Asylbewerber die größte Gruppe. Ihre Integration in den Arbeitsmarkt ist schwierig. Die Mehrheit der 2015 gekommenen Syrer lebt noch immer von der Grundsicherung. Auch bei den nach dem Kriegsausbruch im vergangenen Jahr gekommenen Ukrainerinnen ist der Anteil der Erwerbstätigen viel geringer als etwa in Polen oder in den Niederlanden. Der hiesige Wohlfahrtsstaat, der die Eigeninitiative nicht nachdrücklich einfordert, spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Wenn in einem Haushalt mehrere Kinder leben, die Mutter sich um die Betreuung kümmert und der Vater nur einen gering entlohnenden Helferjob hat, kann man davon ausgehen, dass die Familie dauerhaft auf Sozialtransfers angewiesen bleibt. Dass der deutsche Wohlfahrtsstaat ein gewaltiger Pull-Faktor ist, leugnen Sozialdemokraten und Grüne. Dabei gilt das, was hierzulande als Existenzminimum definiert wird, für den Großteil der Welt als Reichtum. Die neuerliche Bürgergelderhöhung treibt die buchstäblich grenzenlose Großzügigkeit des deutschen Sozialstaats auf die Spitze. □

Sorgt das Bürgergeld für eine höhere Zahl an Leistungsempfängern?

Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II bzw. Bürgergeld

2023 bezogen im Schnitt 3,9 Millionen Erwerbsfähige Bürgergeld in Deutschland. Am 1. Januar 2023 löste das Bürgergeld das Arbeitslosengeld II ab. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger von ALG II ist seit 2017 eher rückläufig. 2023 ist erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Exklusiv sprach TREND mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann MdB, über die Politik der Ampel-Koalition, den Wirtschaftsstandort Deutschland, den europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt, hohe Energiepreise und was eine CDU als Regierungspartei anders machen würde.

Das Interview führte Katja Sandscheper.

- **Die Union insgesamt liegt bei Umfragen gleichauf mit den Parteien der Ampel, aber die AfD scheint dennoch stärker zu profitieren. Wie wollen Sie das ändern, Herr Linnemann?**

„Wir liegen meist deutlich über 30 Prozent, in einigen Umfragen ist die Union sogar stärker als SPD und Grüne zusammen. Wären morgen Bundestagswahlen, könnten gegen uns nicht regiert werden. Die Bundesregierung muss sich fragen, inwieweit ihre Politik die extremen politischen Ränder stärkt. SPD, Grüne und FDP mussten bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern herbe Verluste hinnehmen.“

- **Im nächsten Jahr steht die Europawahl an. Wie kann die CDU dort wieder mehr eine subsidiäre und stabilitätsorientierte Politik erreichen?**

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist für uns unverrückbar, die CDU wird davon keinen Millimeter abweichen. Für die europäische Ebene gilt da dasselbe wie für Bund und Länder: Ausgaben überdenken und Investitionen priorisieren. Viele Bürger müssen bei der immer noch sehr hohen Inflation jeden Euro zweimal umdrehen, da kann und darf der Staat nicht immer höhere Schuldenberge anhäufen. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.“

Es ist aber viel zu klein, um die Wirtschaft substanziell zu entlasten. Eine große Steuerreform ist notwendig, die auch die Belastung für unsere Unternehmen in den Blick nimmt. Auch müssten die Energiepreise so schnell wie möglich gesenkt werden. Um den Fachkräftemangel anzugehen, sollten Rentner steuerfrei hinzuverdienen können – beispielsweise 2.000 Euro monatlich. Und wagen wir doch ein Experiment und erlauben den Landkreisen in Deutschland für zwei Jahre, Bürokratie und Überregulierung abzubauen. Einfach mal machen – und wenn es doch nicht funktioniert, ab in die Tonne damit.“

- **Welche Alternativen sehen Sie, um die Energiepreise für Unternehmen und Bürger kostengünstiger zu gestalten?**

„Zuallererst müssen wir das Energieangebot wieder ausweiten. Das heißt: die Kernkraftwerke wieder ans Netz nehmen, die wieder hochgefahren werden können. Ich war die Tage in Japan. Dort hat man mich in zig Gesprächen gefragt, warum wir nicht gerade jetzt Pragmatismus walten lassen und die Kernkraftwerke wieder anstellen – wie es Japan jetzt auch macht. Wir halten es außerdem für falsch, die Strompreise nur für die Großindustrie zu senken und den Mittelstand im Regen stehen zu lassen. Es braucht eine Entlastung für alle, vom Handwerk bis zur

„Unser Land braucht ei

- **Was würden Sie vorschlagen, um Deutschland wieder zu einem attraktiveren Wirtschaftsstandort zu machen?**

„Es bringt jetzt nichts, hier und da mal Abschreibungsregeln zu verbessern. Unser Land braucht ein Gesamtkonzept, eine Agenda 2030. Es geht darum, dass Leistung sich wieder lohnt, dass Fördern und Fordern wieder stattfindet, dass der Staat und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen funktionieren. Der IWF prognostiziert, dass die Bundesrepublik unter den großen Industriestaaten weltweit das einzige Land ist, dessen Wirtschaft 2023 schrumpfen wird. Alle anderen wachsen. Wir brauchen jetzt erstens Liquidität. Das Wachstumschancengesetz von Finanzminister Lindner ist in der Sache größtenteils richtig,

energieintensiven Industrie. Wichtiger als ein Industriestrompreis wäre deshalb eine Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte.“

- **Die Grünen nehmen bei vielen Themen in der Ampel – und insgesamt in Deutschland in der Migrations- wie auch der Wirtschaftspolitik – Veto-Positionen ein. Wie wollen Sie mit ihnen nach der nächsten Bundestagswahl regieren?**

„Darüber mache ich mir überhaupt keine Gedanken. Entscheidend ist, dass wir thematisch als CDU pur wahrgenommen werden und dann bei der nächsten Bundestagswahl so stark werden, dass gegen die Union nicht mehr regiert werden kann. Als CDU wollen wir



Foto: Tobias Koch

„Das Heizungsgesetz muss rückabgewickelt werden.“

unserem Land mit unseren Konzepten eine Perspektive geben und damit zeigen, dass wir es besser können.“

- **Aus der FDP gibt es Stimmen, die der Union vorwerfen, mit ihr in der Bundesregierung besonders kritisch umzugehen. Steht die Union der FDP nicht mehr am nächsten?**

„Das stimmt nicht. Wir kritisieren die Bundesregierung dort, wo wir Sachentscheidungen für falsch halten. Grundsätzlich bin ich sehr froh, dass die FDP in der Bundesregie-

- **Würde eine Bundesregierung unter einem Kanzler Friedrich Merz die finanzielle Belastung der Mittelschicht verringern?**

„Mittlerweile zahlt die Mittelschicht den Spitzensteuersatz, das ist schlicht unfair. Befeuert durch hohe Inflationsraten gerät in Deutschland die Steuergerechtigkeit in Schieflage. Zentrales Element einer Steuerreform, die überfällig ist und deshalb auch in unserem Grundsatzprogramm stehen wird, muss eine breite Entlastung für die Mitte dieses Landes sein. Dafür muss zuerst der sogenannte Mittelstandsbauch abgeflacht werden. Der Spitzensteuersatz sollte deutlich später greifen als bei rund 63.000 Euro, so wie aktuell. Wenn er erst bei 80.000, 90.000 oder 100.000 Euro erhoben würde, käme es zu einer Entlastung für die breite Mitte dieses Landes.“

- **Wie können wir schnellstmöglich die Armutsmigration in unserem Land reduzieren und gleichzeitig Arbeitsmigration anregen und fördern?**

„Die Zahlen der illegalen Migration müssen runter. Denn klar ist, dass unsere Aufnahmekapazitäten erschöpft sind. Lassen Sie mich drei Punkte nennen, mit denen wir sofort aus dem Bundestag heraus ein Zeichen in die Welt senden könnten: Erstens muss gelten, dass nur noch Menschen in die EU einreisen dürfen, die bereits einen positiven Bescheid haben. Zweitens muss die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die Staaten Algerien, Marokko und Tunesien ergänzt werden. Drittens sind

ne Agenda 2030“

rung als Korrektiv wirkt. Es ist ohne Zweifel nach wie vor so, dass wir als CDU mit der FDP die größten inhaltlichen Schnittmengen haben.

- **Welche Gesetze der Ampel würde eine unionsgeführte Bundesregierung rückgängig machen?**

„Das Heizungsgesetz muss rückabgewickelt werden. Allein die Bürokratie ist doch ein Wahnsinn, so sieht es auch bei der Kindergrundsicherung aus. Allein die Umsetzung erfordert 5.000 neue Beamtenstellen. Aber es gibt noch andere Gesetze wie zum Beispiel das sogenannte Bürgergeld. Wir werden das Bürgergeld in seiner jetzigen Form abschaffen. Wer arbeiten kann und Sozialleistungen bezieht, muss auch arbeiten gehen.

unsere Sozialleistungen gerade im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten ein Anziehungspunkt. Die Auszahlung von Bargeld auch an abgelehnte Asylbewerber setzt Fehlanreize und muss gestoppt werden. So bleiben wir unserem humanitären Anspruch gerecht, ohne das Land zu überfordern.

- **Jüngst sind Verhandlungen mit den USA über Handelserleichterungen gescheitert und danach gleich auch noch das Freihandelsabkommen mit Australien. Vergeben wir nicht gute Wachstumschancen, weil wir uns bei unseren Freunden in der Welt zu sehr im „Klein-Klein“ verrennen?**

Ja, so ist es leider. Bitter.

□



Wohlstand in Gefahr

Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft verfestigt sich. Ökonomen sind besorgt. Dauerhaft hohe Energiepreise, der zunehmende Fachkräftemangel und eine mangelnde Reformbereitschaft der Politik bringen den Wohlstand des Landes nachhaltig in Gefahr. Nur eine breit angelegte wirtschaftspolitische Reformagenda bietet einen Ausweg aus der Krise

Foto: Jens Schicke

Text: **Peter Hahne**

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Schockstarre: Knapp und eindringlich kommentiert Michael Grömling, Konjunkturchef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland. Folgt man den aktuellen Prognosen, wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um rund ein halbes Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Auch wenn die Führungskräfte in den Unternehmen laut Ifo-Geschäftsklimaindex erstmals seit langem wieder einen „Silberstreif am Horizont“ sehen, kann dies nicht über die grundlegende Strukturschwäche der deutschen Wirtschaft hinwegtäuschen. Eine echte Trendwende ist nicht in Sicht. Denn jenseits der Kurzfristprognosen, die bis 2024 ein leichtes Wachstum erwarten lassen, offenbart eine andere Kennziffer die strukturelle Krise der Volkswirtschaft überdeutlich: So rechnen die Ökonomen in den nächsten Jahren nur noch mit einem Potenzialwachstum von 0,5 Prozent. Das ist ein ganzer Prozentpunkt weniger als vor der Corona-Pandemie. „Es fehlt der Trigger für eine Wende zum Besseren“, kritisiert IW-Präsident Michael Hüther. Und Arbeitgeberpräsident Rainer

Dulger stellt fest: „Die Stimmung in der Breite der Wirtschaft ist gekippt.“

Keine Strategie

Der Befund fällt also düster aus. Und je länger der Abschwung anhält und sich die strukturellen Schwächen verfestigen, desto mehr gerät Deutschlands Wohlstand in Gefahr. Die Lage ist brandgefährlich. Dauerhaft hohe Energiepreise, eine aggressive geopolitische Neuordnung und der absehbare Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials bedrohen die Grundlagen des deutschen Wohlstands. Kaum ein Land der Welt profitiert so stark von der internationalen Arbeitsteilung – und zugleich scheint kaum ein Industrieland so schlecht auf die tektonischen Verschiebungen der Globalisierung vorbereitet zu sein wie die Bundesrepublik. Die Bundesregierung wiederum lässt bislang keine langfristige Strategie erkennen, die über die Tagespolitik hinausweist.

„Ordnungspolitische Grundsätze“, so IW-Präsident Hüther, „dürfen aber gerade in der Krise nicht außer Acht gelassen werden“. So müsse eine Neuordnung der Industrie- und Außenwirtschaftspolitik unter der Prämisse offener Märkte angegangen werden. Doch genau das scheint, wie

ein Blick auf die Industriestrategie von Wirtschaftsminister Robert Habeck zeigt, nicht gewollt zu sein. „Die Industriestrategie setzt auf prall gefüllte Fördertöpfe, neue Schulden, politische Steuerung und gelenkte Investitionen“, kritisiert der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger. „Das ist das Gegenteil eines marktwirtschaftlichen Befreiungsschlags.“

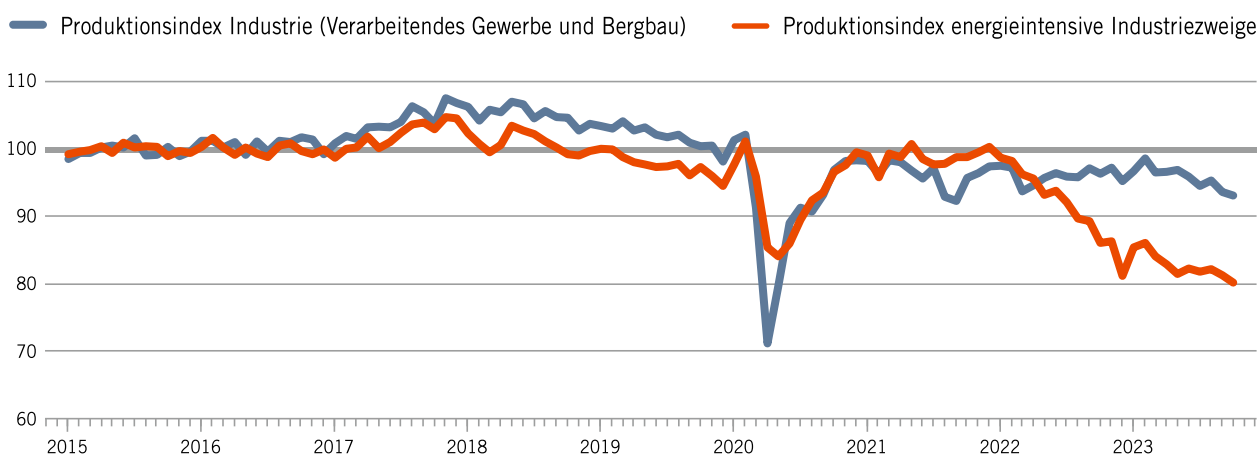
Deindustrialisierung schreitet voran

Ein Blick auf die Industriekennzahlen verdeutlicht den Ernst der Lage. Der Produktionsindex des verarbeitenden Gewerbes ist bereits seit 2018 rückläufig. Vor allem die energieintensiven Industrien leiden, sie investieren deutlich weniger und denken über Abwanderung in andere Weltregionen nach. „Offenbar sitzen die Probleme des deutschen Geschäftsmodells mit seinem Industrie- und Dienstleistungsverbund tiefer, als Pandemie und Energiepreisschock vermuten lassen“, schreibt IW-Präsident Hüther im Wirtschaftsdienst. Auch Ifo-Präsident Clemens Fuest rechnet damit, dass das deutsche Wachstum künftig schwächer ausfallen wird. Zwei Faktoren kristallisieren sich dabei als treibende Kräfte heraus: die hohen Energiepreise und der Fachkräftemangel. „Die

Produktion energieintensiver Industriezweige seit Anfang 2022 fast durchgehend rückläufig

in Deutschland, Jahresbeginn 2015 = 100

Energieintensive Branchen: u. a. Chemieindustrie, Metallerzeugung, Papierindustrie. Ende 2022 lag die Produktion der energieintensiven Industrie in Deutschland durchschnittlich um fast 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau.



Verknappung des Stromangebots war ein Fehler“, sagt Fuest. „Ich rechne damit, dass die Strompreise in Deutschland dauerhaft höher bleiben als in anderen Ländern.“ Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weist darauf hin, dass Strom und Erdgas noch vor Kohle und Mineralöl die beiden wichtigsten Energieträger für die deutsche Industrie sind. „Die Auswirkungen der enormen Preissteigerungen treffen daher die gesamte Wertschöpfungskette und alle Branchen“, so der BDI. Wie groß der Wettbewerbsnachteil ist, zeigt ein Blick auf die Großhandelspreise für Erdgas: In den USA zahlten Unternehmen im Sommer dieses Jahres nur rund ein Viertel des europäischen Preises. „Es besteht die Gefahr, dass Investitionen und Produktion dauerhaft ins Ausland verlagert werden. Damit würde Europa einen Teil seiner industriellen Basis verlieren“, bilanziert das IW in einer aktuellen Studie.

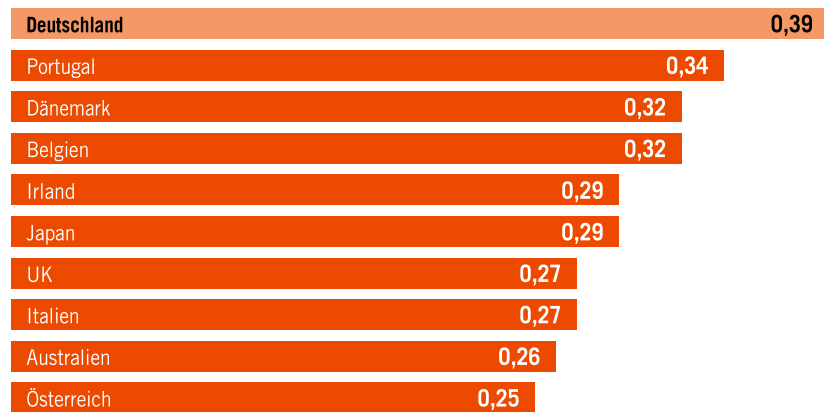
Der Wirtschaftsrat fordert daher die Bundesregierung auf, die Grundlagen des Wohlstands nicht weiter aufs Spiel zu setzen. „Entscheidend für die Industrie ist, dass der Strompreis kurzfristig durch ein Abschmelzen der Stromsteuer und mittelfristig durch eine Ausweitung des Angebots wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinkt“, stellt Generalsekretär Wolfgang Steiger klar. Auch wenn ein Industriestrompreis vielen energieintensiven Unternehmen vorübergehend helfen könnte, löst er nicht die strukturellen Probleme. Er ist auch nicht mit einer marktwirtschaftlichen Politik vereinbar. Letztlich handelt es sich um eine Subvention, die die Preise und damit den Wettbewerb verzerrt. Fehlallokationen von Kapital wären die Folge. Ein marktwirtschaftlicher Ansatz wäre notwendig, ist aber in der Industriestrategie des Wirtschaftsministeriums nicht zu erkennen.

Zuwanderung steuern

Neben den hohen Energiepreisen ist es der Fachkräftemangel, der das Land nach Einschätzung führender Ökonomen vor die größten Herausforderungen stellt. „Der Arbeitskräftemangel wird auch in den kommenden Jah-

Deutschland hat die höchsten Strompreise

Durchschnittliche Strompreise in US\$ pro kWh



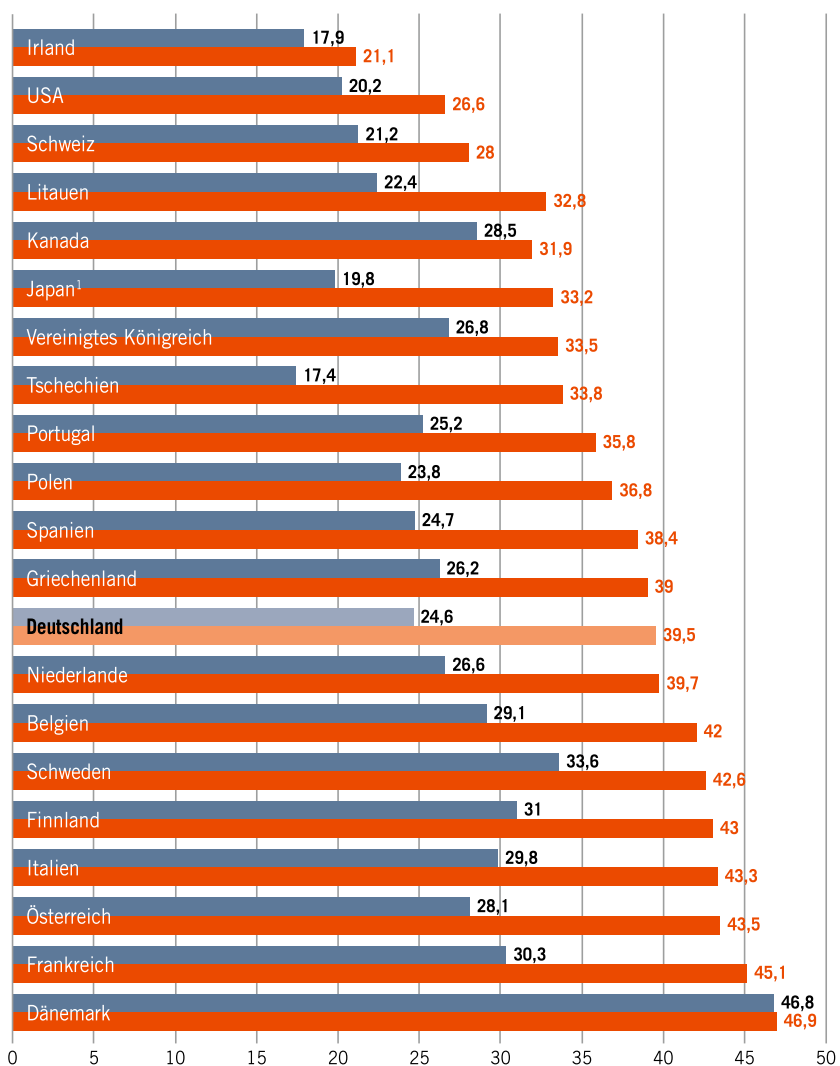
Quelle: electricite.com / INSM

Steuer- und Abgabequoten ausgewählter OECD-Staaten 2021

in Prozent

¹ Stand 2020

Steuerquote Abgabenquote



OECD (Hrsg.), Revenue Statistics 1965-2021, Paris 2022



Foto: AdobeStock/Tupungato

ren das Wachstum bremsen“, warnt Ifo-Präsident Fuest. „Trotz schrumpfender Wirtschaft ist der Arbeitskräftemangel allgegenwärtig und wird sich in den nächsten Jahren massiv verschärfen“, mahnt auch Wolfgang Steiger. Mitte dieses Jahrzehnts gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente. Bis 2035 wird die Zahl der Erwerbspersonen um rund sechs Millionen zurückgehen. „Weniger Erwerbspersonen bedeuten automatisch weniger Wachstum“, betont Fuest. „Umso wichtiger“, so Steiger, „sind deshalb effiziente Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte“. Der Abbau bürokratischer Hürden, eine

zügige Visavergabe an Arbeitskräfte aus dem Ausland und eine zentrale Zuwanderungsagentur, wie von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeschlagen, sind nach Ansicht des Wirtschaftsrats vor diesem Hintergrund am besten geeignet, um den deutschen Arbeitsmarkt zu beleben.

Deutlich attraktiver würde die Bundesrepublik als Arbeitsstandort für Fachkräfte auch durch eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Denn die Abgabenquote liegt nach Angaben des Bundesfinanzministeriums mit 39,5 Prozent im Jahr 2021 im oberen Mittelfeld der OECD-Staaten. Beim Anteil der Steuern und

Abgaben an den Arbeitskosten wies Deutschland mit 47,8 Prozent für Alleinstehende ohne Kinder nach Belgien den zweithöchsten Wert in der OECD-Vergleichsgruppe auf. „Umso dringender muss die Bundesrepublik ihre rekordverdächtig hohe Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmer senken und damit den Standort attraktiver machen“, fordert Wolfgang Steiger. „Die Eindämmung der unregelmäßigen Zuwanderung einerseits und die gezielte Steuerung der Zuwanderung nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes andererseits sind entscheidende Säulen für unseren Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Standortbedingungen verbessern

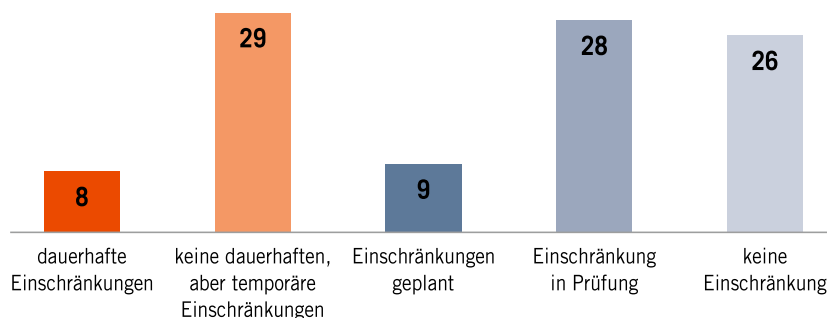
Grundsätzlich bleibt mithin festzuhalten: Auch in der aktuellen Krise wäre eine Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen der beste Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Das sogenannte Wachstumschancengesetz der Bundesregierung trägt dieser Einsicht in die Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Politik jedoch allenfalls in Ansätzen Rechnung. Wer Investitionen von Unternehmen fördern will, muss die Investitionsbedingungen verbessern. Wie das geht, haben Ökonomen der Politik oft genug erklärt. Zwei wichtige Ansätze: Erstens sollte man die Steuern senken. Die letzte große Unternehmenssteuerreform in Deutschland stammt aus dem Jahr 2008. Damals war die Unternehmensbesteuerung wettbewerbsfähig. Doch weil die meisten Industrieländer ihre Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren zum Teil deutlich entlastet haben, ist Deutschland im internationalen Wettbewerb stark zurückgefallen. Das Bundesfinanzministerium beziffert die tarifliche Besteuerung der Gewinne von Kapitalgesellschaften auf knapp 30 Prozent – der dritthöchste Wert in der OECD-Vergleichsgruppe. Dabei sind die Personengesellschaften noch nicht einmal berücksichtigt, sie werden noch höher besteuert.

Zweitens: Bürokratieabbau. „Für einen dynamischen Wettbewerb müssen umfangreiche bürokratische Las-

Energieintensive Unternehmen schränken Produktion ein

IW-Befragung bei Unternehmen der energieintensiven Branchen im August 2023

Anteil der Unternehmen in Prozent



Quelle: IW Köln

ten abgebaut, vereinfacht und digitalisiert werden“, schreibt IW-Präsident Hüther. Unternehmen und Forscher nennen die überbordende Bürokratie immer wieder als einen der größten Standortnachteile. Zwar arbeitet die Bundesregierung an einem umfassenden Bürokratieentlastungsgesetz (BEG) mit 140 Einzelmaßnahmen. „Eine Gesamtstrategie zum systematischen Bürokratieabbau fehlt aber nach wie vor“, kritisiert der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats (NKR), Lutz Goebel. „Wir brauchen einen langfristigen Plan, der über das BEG und diese Legislaturperiode hinausgeht.“ Auch hier zeigt sich: Nicht alles, was die Bundesregierung anfasst, ist per se schlecht. Auch Wirtschaftsvertreter bescheinigen der Ampel bisweilen, punktuell durchaus auf dem richtigen Weg zu sein. Insgesamt aber wirkt die Politik kleinteilig und in weiten Teilen planlos. Wirtschaftspolitische Ansätze verharren im kurzat-

In Deutschland wird weniger gearbeitet als anderswo

Geleistete jährliche Arbeitsstunden je Erwerbstätigem im Jahr 2021

Malta	1.882
Polen	1.830
Irland	1.775
OECD-Durchschnitt	1.716
Italien	1.669
Frankreich	1.490
Niederlande	1.417
Deutschland	1.349

Quelle: OECD, 2022

migen Krisenmodus und gehen kaum über den Tag hinaus. Ein ordnungspolitischer Kompass und eine marktwirtschaftliche Strategie sind nicht erkennbar. „Die Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt wenig Augenmerk auf die Standortbedingungen gelegt“, resümiert IW-Chef Hüther.

Dennoch ist Ifo-Präsident Fuest überzeugt, dass eine Wende zum Besseren gelingen kann: „Wir haben es schon in der Hand, durch entsprechende Reformen eine Deindustrialisierung und einen Wohlstandsverfall zu verhindern. Aber wir müssen wirklich etwas tun.“ □

RWE

Energising the future. For 125 years.

Wir gratulieren dem Wirtschaftsrat zu 60 Jahren und setzen uns auch im Jubiläumsjahr weiter für die Energie von morgen ein. Mit einem klaren Ziel: klimaneutral bis 2040.

#125yearsRWE

rwe.com



Schmetterling muss das Ziel sein

Text und Grafiken: **Ahmet Mohamad**

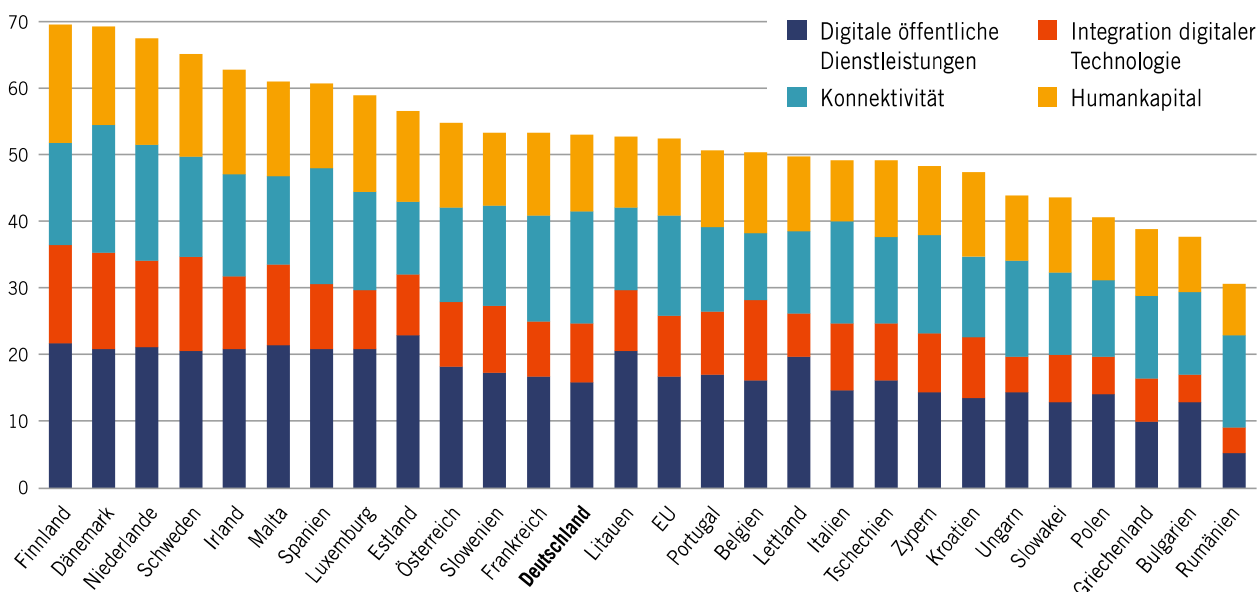
„Wenn die digitale Transformation richtig gemacht wird, ist sie wie eine Raupe, die sich in einen Schmetterling verwandelt, aber wenn sie falsch gemacht wird, ist alles, was man hat, eine sehr schnelle Raupe“, sagt Georg Westermann, leitender Wissenschaftler des Massachusetts Institute of Technology. Wohin entwickelt sich die Digitalisierung in Deutschland?

Als Wachstumstreiber Nummer Eins ist Digitalisierung einer der wichtigsten Indikatoren für Innovation in der Wirtschaft und damit essentiell für Neues in Deutschland. Sie ermöglicht nicht nur ein effizienteres Arbeiten, sondern führt auch zu einer besseren Kommunikation und Entscheidungsfindung.

Obwohl Deutschland laut Digital Economy and Society Index 2022 in der EU die höchsten Ausgaben für die Digitalisierung in die Hand nimmt, kommt die Digitalisierung nur schleppend voran. Im DESI-Digital-Ranking der Europäischen Kommission belegte Deutschland 2022 Platz 13 von 27 Ländern, im weltweiten Länderranking, einer Studie von IMD zur digitalen Wettbewerbsfähigkeit nur Platz 19. Ist Deutschland auf dem besten Weg, trotz hoher Investition bestenfalls eine „schnelle Raupe“ zu werden und diese Wachstumschancen zu verpassen?

Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft: Deutschland hinkt hinterher

Gewichtete Punktzahl (0 bis 100), 2022

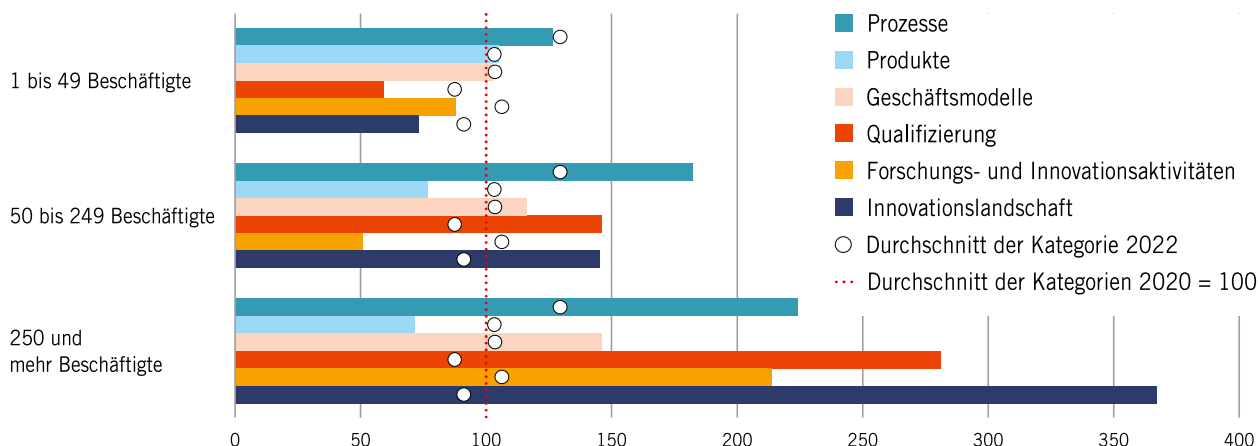


Quelle: Europäische Kommission, Digital Economy and Society Index 2022

Digitale Entwicklung hängt von der Firmengröße ab

Zahl der Beschäftigten

Kleine Firmen entwickelten sich seit 2020 unterdurchschnittlich. Während bei mittelständischen Unternehmen die Digitalisierung vor allem die Prozesse betraf, löste sie in großen Unternehmen besonders viele Innovationen aus.



Wie digital ist Deutschland?

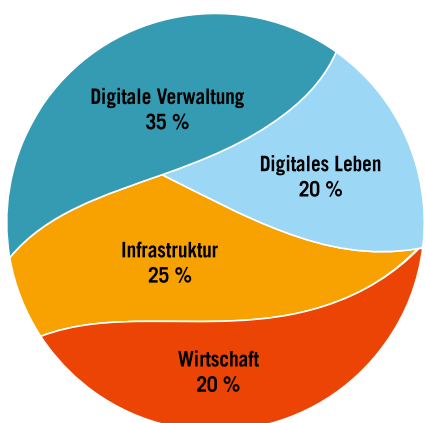
Prozent

Die **digitale Infrastruktur** deckt Bereiche in Deutschland wie leistungsfähige Mobilfunknetze und bestehende Zugangstechnologien ab.

Das **digitale Leben** umfasst die im täglichen Leben verwendeten digitalen Produkte, IT-Kenntnisse sowie Design und Vernetzung in digitalen Räumen.

Die **Wirtschaft** umfasst Beschäftigung, Start-ups, IT-Unternehmen und Beschäftigungsmöglichkeiten.

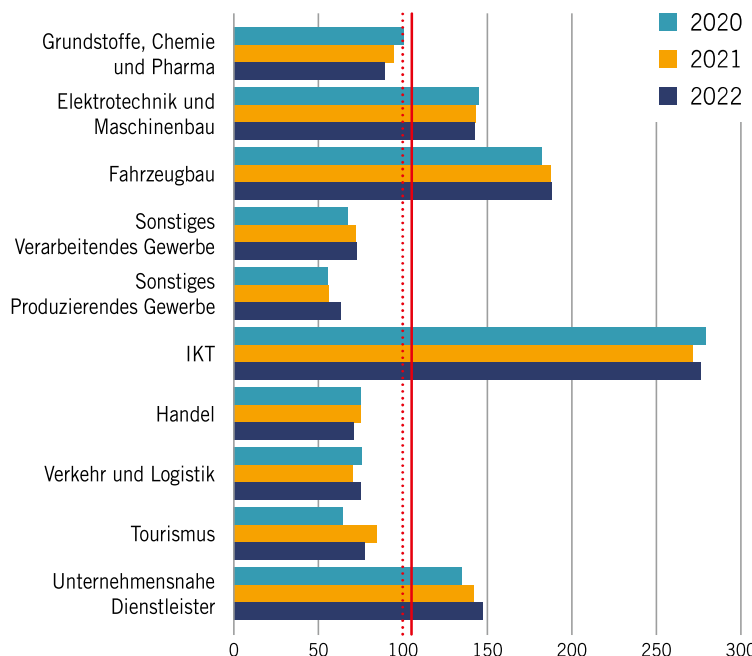
Die **digitale Verwaltung** spielt im Digitalisierungsprozess die größte Rolle.



In vielen Wirtschaftsbereichen stagniert die Digitalisierung

Indexpunkte

In vielen Branchen konnte die digitale Transformation gesteigert werden. Jedoch gab es auch Bereiche, welche sich nicht weiterentwickelten.



..... Durchschnitt 2020 = 100 — Durchschnitt 2022 = 105,1

Die Wirtschaftsbranchen stagnierten insgesamt. Die Tourismusbranche, der Handel und das sonstige produzierte Gewerbe verzeichneten den größten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ist die am stärksten vertretene Branche, allerdings mit einer geringen Zunahme im Digitalisierungsprozess.



Foto: AdobeStock/Medienzentrum Berlin

Ohne Rendite weder Neubau noch Sanierung

Ohne ausreichende Verzinsung, keine Investitionsbereitschaft.

Es ist unbestritten, dass wir alle danach streben, das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen“, sagte Lars von Lackum. „Wir haben nur eine Erde.“ Doch die Situation für Mieter in seinem Unternehmen stellt sich so dar: „Wir vermieten derzeit für 6,55 Euro pro Quadratmeter, was bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 64 Quadratmetern pro Monat knapp 420 Euro entspricht.“ Der Preis ist ein Problem, weil man für 6,55 Euro pro Quadratmeter kein nachhaltiges Produkt zur Verfügung stellen kann. „Unsere Gebäude stammen aus den

50er, 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts“, erläuterte der CEO der LEG Immobilien SE. „Diejenigen, die bei uns für 6,55 Euro mieten, können sich diese Miete leisten – und nicht 8,55 Euro.“

Wenn die LEG also in die Bestände investieren will, muss sie Möglichkeiten finden, um Rendite zu erwirtschaften. Berücksichtigt man jedoch die geplante überarbeitete Gebäude Richtlinie der EU, erfordert diese künftig rund 260 Milliarden Euro statt heute 40 Milliarden Euro Investitionsvolumen pro Jahr. Es wird deshalb sehr schwierig, mit einer solchen neuen Richtlinie die Ziele zu erreichen.

„Deshalb müssen wir nach kostengünstigen Lösungen suchen“, betonte von Lackum, „damit letztlich nicht diejenigen die Gekniffenen sind, die sich die Miete nicht leisten können.“ Niemand kann gegen den Markt gewinnen, betonte der Immobilienexperte. „Die Bundesbauministerin wird den Zins leider auch nicht schlagen. Wenn wir keine ausreichende Verzinsung herstellen, wird es keine ausreichende Investitionsbereitschaft geben.“

Der LEG-CEO erinnerte daran, dass von 19 Millionen Wohngebäuden in Deutschland nur drei Millionen Mehrfamilienhäuser sind. „Die anderen sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Und die Eigentümer haben keine Ahnung, wie sie eine Sanierung stemmen sollen“, kritisierte von Lackum. „Jetzt haben wir eine Situation, wo Menschen in tiefer Angst und Panik leben. Da kann man auch den Habeck'schen Heizungshammer nicht außer Acht lassen.“

Innovationsoffenheit ist nach Einschätzung von Lackums der Schlüssel. „Denn niemand kann heute vorher sagen, welche Methode in den nächsten 20 Jahren die effizienteste für nachhaltige Immobilien sein wird.“ Für eine Ökobilanz des Gebäudebestandes forderte der Immobilienexperte mehr Ehrlichkeit ein, weil dies ein extrem aufwändiges Unterfangen sei. „Wollen wir jetzt 400.000 Wohnungen bauen und das kostengünstig hinbekommen, müssen wir Grundstücke finden, die groß genug sind, um flächig, modular und seriell bauen zu können“, bilanzierte der CEO der LEG Immobilien SE. □

Foto: LEG Immobilien SE



Lars von Lackum

CEO der LEG Immobilien SE
und Vorsitzender der
Bundesfachkommission Bau,
Immobilien, Smart Cities
des Wirtschaftsrates

*„Die Bundesbauministerin
wird den Zins leider auch
nicht schlagen.“*

Foto: AdobeStock@Tiberius Gracchus



Wir sind gezwungen an die Standards zu gehen

Weitere Verschärfungen des Energieeffizienzhausstandards wird es nicht geben.

Bundesbauministerin Klara Geywitz skizzierte in ihrer Keynote „Agenda für bezahlbares Wohnen“ die Herausforderungen für den Wohnungsbau in Deutschland. Sie sieht sich mit einer „Quadratur des Kreises“ konfrontiert: Zum einen solle der Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden, um dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken. Zum anderen müsse der Klimaschutz berücksichtigt werden, was zu höheren Baukosten führt. Durch den Krieg in der Ukraine und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse habe sich das Problem verschärft. Die deutlich gestiegenen Bauzinsen machten es für Investoren überdies noch schwieriger, bezahlbaren Mietwohnraum zu schaffen.

Geywitz stellte fest, dass während der Boomphase der letzten Jahre viele Milliarden Euro an Förderung in eine stark ausgelastete Bauwirtschaft geflossen seien. Das habe die Preise weiter angefeuert: „Deshalb sind wir jetzt gezwungen, an die Standards zu gehen, damit es billiger wird“, erklärte die Ministerin. Eine weitere Verschärfung des Energieeffizienzhausstandards (EH) von EH55 auf EH40 werde es deshalb entgegen der ursprünglichen Verpflichtung im Koalitionsvertrag nicht geben. „Wir müssen uns entscheiden, ob wir Klimaschutz und

bezahlbaren Wohnraum wollen“, sagte sie. „Ich bin überzeugt, dass wir beides erreichen können.“

Geywitz kritisierte, dass die Europäische Union verpflichtende Sanierungsaufgaben plant. Diese seien jedoch nicht nur kaum bezahlbar, sondern auch technisch falsch. Der Ansatz „Worst first“, also die schlechtesten Gebäude zuerst zu sanieren, sei ein theoretischer Ansatz, der in der Praxis nicht funktioniere. Denn die Gebäude, die energetisch am schlechtesten seien, gehörten oft Menschen, die nicht das nötige Geld oder wegen ihres Alters nicht mehr die nötige Kraft für eine umfassende Sanierung hätten. Die Bundesregierung will stattdessen zusammen mit den Ländern eine Sanierungsstrategie entwickeln, die sich an den jeweiligen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Gebäudeeigentümer orientiert. Neben den Sanierungsplänen will die Bundesregierung auch die Musterbauordnung reformieren. Dazu gehören unter anderem Änderungen bei den strengen Stellplatzanforderungen und bei den ebenfalls scharfen Vorschriften zum Dachgeschossausbau.

„Eine der großen Herausforderungen ist natürlich die Frage des CO₂-Ausstoßes im Gebäudebereich“, betonte die SPD-Politikerin. Um die CO₂-Emissionen dort zu senken, setze die Bundesregierung unter anderem

auf zwei Maßnahmen. Mithilfe der Wärmeplanung sollen Kommunen die Potenziale für den Einsatz umweltfreundlicher Energien ermitteln. Die Wärmeplanung könnte dazu beitragen, dass die Modernisierung schneller und preiswerter erfolgt. Denn durch eine gezielte Planung können die Kommunen die richtigen Maß-

Klara Geywitz

Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen



Foto: BMWSB - Henning Schacht

„Deutlich gestiegene Bauzinsen machen es für Investoren noch schwieriger, bezahlbaren Mietwohnraum zu schaffen.“

nahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien vor Ort identifizieren. Mit der Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll künftig auch die Energieeffizienz der Baustoffe berücksichtigt werden. „Technologieoffenheit und Materialoffenheit sind aus der Sicht des Bauministeriums die effizientesten Hebel, um die Modernisierung des Bauens voranzutreiben.“ □



Foto: AdobeStock/Fokussiert

Innovation braucht Investitionen

Deutschland ist Weltklasse: Es bedarf großer Anstrengungen das Niveau zu halten.

Die gute Nachricht in einer schwierigen Gesamtsituation lautet: Deutschland ist nach wie vor ein Land mit hoher Innovationskraft. Das gilt für die Forschungseinrichtungen und Hochschulen ebenso wie für Unternehmen. Gespräche mit US-Investoren bestätigen das. Für die Privatwirtschaft gibt es in vielen Bereichen nur ein Wort: Weltklasse! Wenn ich durch meine Heimat Baden-Württemberg fahre, treffe ich alle paar Kilometer auf einen Weltmarktführer. Die schlechte Botschaft: Wir sind nicht auf Wohlstand abonniert und es bedarf großer Anstrengungen, unser Leistungsniveau zu halten. Diese

Erkenntnis ist leider noch nicht bei allen angekommen.

Ich habe vor einiger Zeit im Bundestag vergeblich darauf hingewiesen, dass wir das Dach reparieren müssen, solange die Sonne noch scheint. Dann kam Corona, dann der russische Einmarsch in die Ukraine. Jetzt müssen wir das Dach reparieren, während es stürmt. Und das bei steigenden Preisen und explodierenden Zinsen. Auch die Frage, was der Staat und was der Privatsektor tun soll, muss nun neu justiert werden. Und es müssen unpopuläre Maßnahmen umgesetzt werden wie die Sanierung des Schienennetzes.

Hier muss die Politik Verantwortung übernehmen und im Sinne der Generationengerechtigkeit handeln. Zum Beispiel mit einer Agenda 2050, die auf drei Elementen beruht: entlasten, entfesseln, investieren. Unternehmen brauchen Freiräume, um sich entwickeln zu können. Deshalb haben wir als FDP im Koalitionsvertrag vor allem eins vereinbart: keine weiteren Steuererhöhungen! Die Unternehmen und die Menschen in Deutschland müssen dauerhaft entlastet werden. Als Stimme der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch Bürokratie

abbauen. Das Bürokratieentlastungsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt. Auch die Freiheit der Forschung muss gestärkt werden. Wissenschaftler brauchen die Freiheit, um über alles nachzudenken und forschen zu können.

Last but not least: Innovationen brauchen Investitionen. Ohne Infrastruktur und Innovation kann ein modernes Industrieland nicht bestehen. Deshalb investieren wir im Digital- und Verkehrsministerium in die Infrastruktur – in die Schiene, in die Straße und in die digitale Infrastruktur. Während wir beim Mobilfunkausbau große Fortschritte sehen, macht mir die mangelnde Akzeptanz von Infrastrukturprojekten in der Bevölkerung Sorgen. Hier müssen wir dringend für mehr Akzeptanz werben. Innovationen können viele Probleme lösen, zum Beispiel den demografischen Wandel. Nicht nur Handwerker suchen Auszubildende, sondern es fehlen auch Lokführer und Lkw-Fahrer. In der digitalen automatischen Kuppelung im Schienengüterverkehr oder im autonomen Fahren und Fliegen liegen große Chancen. Deutschland hat ein riesiges Potenzial. □

Foto: Bundesregierung, Stefan Kugler



Michael Theurer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr

„Keine weiteren Steuererhöhungen!“

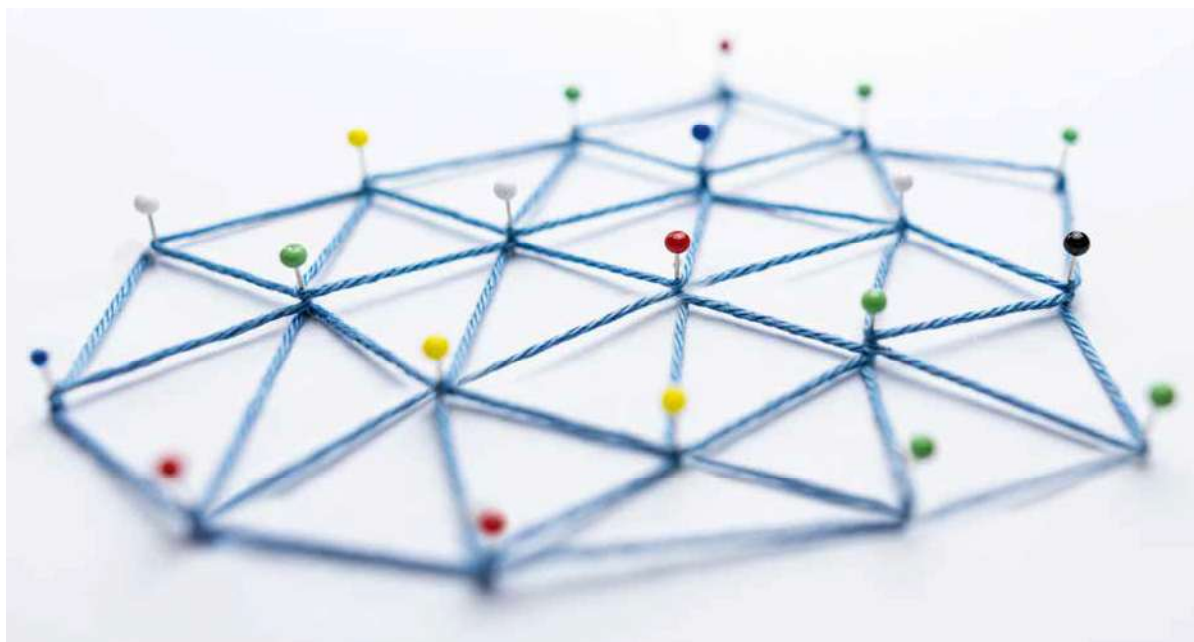


Foto: AdobeStock@mpix-foto

Deutschland muss vernetzt denken!

Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.

Die überkommene Vision des integrierten Technologiekonzepts, bei dem Prozesse, Methoden und Technologien von einer Branche in die andere übertragen werden, ist in der deutschen Wirtschaft immer noch stark präsent. Allerdings hat die Komplexität der Technologie und die Demokratisierung der generativen künstlichen Intelligenz dazu geführt, dass wir in Deutschland weniger ein Erkenntnisproblem als ein Umsetzungsproblem haben.

Wir müssen stärker an unserer Beurteilungsfähigkeit arbeiten. Wir müssen verstehen, wie Systeme und Plattformen funktionieren, wie sie zusammenhängen und wo Innovation stattfindet. Wir haben die Technologien und das Wissen, um Software zu entwickeln, aber wir müssen besser darin werden, in Systemen und Ökosystemen zu denken.

Die Zusammenarbeit mit Start-ups, wie zum Beispiel bei Microsoft mit Open AI, erfordert eine kulturelle Veränderung. Jeder bringt etwas an den Tisch und jeder vermarktet dann für sich die Dinge. Dies erfordert ein vernetztes Denken und die Bereitschaft zu ungewöhnlichen Partnerschaften.

Die Zeit des „The winner takes it all“ ist vorbei. Es gibt viele positive Beispiele in Deutschland von Unternehmen wie Siemens und Mercedes, die ungewöhnliche Partnerschaften eingegangen sind. Sie haben ihre Stärken und Schwächen analysiert und entschieden, welche Themen sie in Zukunft erfolgreich machen werden und wo sie externe Hilfe in Anspruch nehmen können.

Insgesamt müssen wir schneller werden und offen für ungewöhnliche Partnerschaften sein. Wir müssen dieses Silo-Denken überwinden und Aufgaben vernetzt denken. Dies ist der Schlüssel zur Beschleunigung der Innovation und zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft.

Wir leben in einer Zeit mit multiplen Krisen, die uns täglich herausfordern. Sowohl Politik als auch Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf Vernetzung. Es ist eine hohe Kunst in der Politik, Policies zu entwickeln, die der Komplexität Rechnung tragen und gleichzeitig Freiräume lassen. Es erfordert eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen den Fachressorts und der Zivilgesellschaft.

Bei Themen wie Nachhaltigkeit und Fachkräftemangel kann die generative künstliche Intelligenz helfen. Es gibt bereits heute niederschwellige Bereiche, die demokratisiert werden und die man nutzen könnte. Zum

Dr. Marianne Janik

Vorsitzende der Geschäftsführung
Microsoft Deutschland



Foto: Microsoft Deutschland

„Die Zeit des ‚The winner takes it all‘ ist vorbei.“

Beispiel haben wir heute unterschiedliche Gesetze im Energiebereich, die sich widersprechen. Hier könnte die generative KI helfen, diese Widersprüche herauszufinden und dann datenbasiert auf Gesetze zu schauen. Es gibt keine Datenschutzprobleme, da die Gesetze das zulassen. Diese niederschwelligen Themen nutzen wir noch nicht ausreichend – aber das wäre wichtig! □



Foto: AdobeStock/Maksim Zaitkov

Künstliche Intelligenz mutig vorantreiben

Wir erleben derzeit den vielleicht größten technologischen Wandel seit Erfindung des World Wide Web: Künstliche Intelligenz (KI) kann die Welt voranbringen wie kaum eine andere Technologie zuvor. Die wesentlichen Prinzipien für eine erfolgreiche KI-Entwicklung lassen sich dabei in drei Worten zusammenfassen: mutig, verantwortungsvoll und gemeinsam. Schon heute ist KI fester Bestandteil unseres digitalen Lebens. Beispiele wie die Google-Suche in verschiedenen Sprachen oder der Einsatz von KI in Diensten wie Google Maps verdeutlichen dies. Dass KI auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Un-

ternehmen stärken kann, zeigt eine Studie des IW Köln im Auftrag von Google: Generative KI kann in Zukunft einen volkswirtschaftlichen Wert von 330 Milliarden Euro für die deutsche Wirtschaft generieren.

Bisher setzen rund 600.000 Unternehmen in Deutschland – 17 Prozent – KI ein. Um diese Wertschöpfung nutzen zu können, brauchen wir 50 Prozent. Aber wir sind auf einem guten Weg: Jedes zweite vom IW Köln befragte Unternehmen und sogar drei Viertel der Mittelständler berichten, dass KI sie bereits produktiver macht. Auch die Menschen in Deutschland wollen mehr über KI wissen: Laut Google-Suchrends lag das Interesse an KI-Themen in Deutschland in diesem Sommer um 320 Prozent höher als im Jahr 2022. Vor allem konkrete Anwendungsbereiche werden nachgefragt.

Aber es wird auch eine andere Frage gestellt: Ist KI gefährlich? Damit bin ich beim Thema Verantwortung. Während KI uns neue Welten eröffnet, ist sie gleichzeitig eine Technologie, die

noch in den Anfängen steckt und damit auch Risiken birgt. Und die müssen wir ernst nehmen. Die Entwicklung einer verantwortungsvollen KI erfordert einen intensiven Dialog der Regierungen mit der Privatwirtschaft, aber natürlich auch mit der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Gemeinsam, mutig und verantwortungsvoll können wir KI nur entwickeln, wenn wir auf starke Partnerschaften setzen. Google setzt deshalb seit langem auf den Austausch und das Teilen von Technologien. In Deutschland arbeiten wir mit führenden Forschungseinrichtungen und Universitäten wie dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz an der TU München und dem Max-Planck-Institut für Informatik zusammen, um KI sicher und nutzbringend weiterzuentwickeln. Gemeinsam heißt aber auch, dass wir Medienkompetenz und kritisches Denken stärken und die digitale Bildung vorantreiben, damit alle Menschen über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, um intelligente Technologien wie KI optimal und sicher nutzen zu können. Denn letztendlich gilt: Technologie und KI sind das, was wir gemeinsam daraus machen. □



Eveline Y. Metzen

Mitglied der Geschäftsleitung
Google Germany GmbH

„Gemeinsam, mutig und verantwortungsvoll können wir KI nur entwickeln, wenn wir auf starke Partnerschaften setzen.“



Die Unternehmenskultur ist die Basis für erfolgreiche digitale Veränderungen.

Foto: AdobeStock©IBEX-Media

Digitale Transformation aktiv gestalten

Vor rund 150 Jahren klagten die Menschen über seltsame Symptome: Zittern, Müdigkeit, mitunter auch Verdauungsstörungen und schwere Beine. Was war geschehen? Die Menschen waren nicht mit einem neuen Krankheitserreger in Kontakt gekommen, sondern mit einer neuartigen Technologie: der Eisenbahn mit ihren so genannten Rüttelwagen. Die Ärzte sprachen damals von der Eisenbahnkrankheit. Die haben wir heute auch. Aber in einem etwas anderen Kontext. Damals brauchten die Menschen rund 50 Jahre, um sich an den technischen Fortschritt anzupassen. Heute ist die Veränderungsgeschwindigkeit viel höher.

Der Innovations- und Anpassungsdruck war noch nie so hoch wie heute. Insbesondere Unternehmen sind gefordert, mit dem enormen Tempo Schritt zu halten. Zusätzlich sind die Rahmenbedingungen sehr anspruchsvoll: Krisen scheinen zur Normalität zu werden. Wir sind mit einer neuen Klima- und Energiepolitik konfrontiert, wachsender Ungleichheit und der Polarisierung der Gesellschaft. Das Vertrauen in die Politik und die demokratischen Institutionen schwin-

det. Die Bevölkerung altert und wir steuern auf einen eklatanten Fach- und Arbeitskräftemangel zu. Und das alles wird begleitet von einer hochdynamischen Digitalisierung.

Transformation ist das Gebot der Stunde. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert. Unternehmen sind sowohl von der Transformation betroffen als auch deren Treiber. Der Druck zur Veränderung wächst, ebenso wie die Komplexität der Veränderungen, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz. Die Zeiten, in denen wir an einzelnen Veränderungsprojekten gearbeitet haben, sind vorbei. Aktuell beobachten wir, dass viele Unternehmen Transformationsprozesse starten, um neue Geschäftsmodelle, Strukturen und Prozesse einzuführen. Doch das allein reicht nicht aus. Untersuchungen zeigen, dass bis zu 70 Prozent der digitalen Transformationsprozesse und -projekte weltweit scheitern. Viele Transformationsprozesse schaffen es nicht einmal, ihre Investitionen wieder einzuspielen.

Warum scheitern diese Initiativen? Es liegt an der Unternehmenskultur. Sie ist die Basis für eine erfolgreiche

digitale Transformation, die meist den gesamten Wertschöpfungsprozess in den Unternehmen betrifft und damit jeden einzelnen Mitarbeiter. Mitar-

Daniela Geretshuber

Mitglied der Geschäftsleitung
PwC Deutschland



Foto: Jens Schricke

„Der Druck zur Veränderung wächst, ebenso wie die Komplexität der Veränderungen.“

beiter und Führungskräfte fühlen sich heute oft wie die Menschen des 19. Jahrhunderts in ihren Rüttelwagen. Doch wir müssen uns der Transformation nicht ausgeliefert fühlen. Wir können sie selbst steuern. Um die digitale Transformation, Agilität und Innovationen zu fördern, ist ein grundlegender Wandel innerhalb der Unternehmen zu digitalem Denken und Arbeiten unerlässlich. □



Rechtliche Unsicherheiten vermeiden und einen guten Startpunkt für KI finden.

Künstliche Intelligenz smart regulieren

Unser Handeln wird zunehmend digitaler, transparenter und zirkulärer. Künstliche Intelligenz (KI) spielt dabei eine zentrale Rolle. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass wir als Europäer Teil dieser Entwicklung sind. Die Definition von KI, wie sie im KI-Gesetz verankert ist, orientiert sich an der OECD-Kurzversion von 2019. Sie befasst sich mit autonomen und selbstlernenden Algorithmen. Ausnahmen für den Anwendungsbereich wurden für das Militär, die Forschung und Open-Source-Projekte gemacht.

Das KI-Gesetz ist in verschiedene Risikokategorien unterteilt. Ganz oben stehen die verbotenen Systeme. Eine Mehrheit im Europäischen Par-

lament befürwortet ein Verbot der Gesichtserkennung. Bei der Emotionserkennung könnten wir zumindest eine Ausnahme für gesundheitliche Aspekte erreichen.

Ein Hochrisiko-KI-System ist nach Vorschlag der Kommission jede KI-Anwendung in einer kritischen Infrastruktur. Dieser Ansatz erschien uns zu weitreichend. Daher wollten wir auch den kritischen Kontext, also die Absicht, mit der KI eingesetzt wird, berücksichtigen. Ein konkretes Beispiel dafür ist eine Getränkemaschine, die KI nutzt und etwa im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt steht. Sie würde nicht als Hochrisiko-KI angesehen, nur weil sie sich in dieser Einrichtung befindet.

In unserer politischen Diskussion gelten die sogenannten Empfehlungssysteme, insbesondere bei sozialen Medien, bereits als Hochrisiko. Es besteht die Gefahr, dass in damit verbundenen Videos möglicherweise Desinformationen enthalten sind. Hinsichtlich der Governance-Strukturen, der Überwachung und Kontrolle des KI-Gesetzes wollen wir nicht

den Fehler der Datenschutz-Grundverordnung wiederholen, bei der die Interpretation der Vorschriften den nationalen Behörden übertragen wurde. Dies führt nicht zu einer vollständig harmonisierten Anwendung all dieser Systeme, was wir jedoch gerne hätten.

Die Diskussion konzentriert sich auf Hochrisikosysteme und Basismodelle. Es besteht Einigkeit, mächtige Systeme von kleineren zu unterscheiden. Bei dem ganzen Thema haben wir nach meiner Auffassung nicht die nötige Leichtigkeit, um eine echte Aufbruchstimmung zu erzeugen. Die Gesetzgebung hat eben viel mit Bürokratie zu tun. Meine Hoffnung ist, rechtliche Unsicherheiten zu vermeiden und einen guten Startpunkt zu finden. Schließlich ist die Frage des Urheberrechts bei generativen KI-Modellen und Sprachmodellen ein großes Thema. Wie gehen wir mit dem Urheberrecht um, wenn KI-Modelle Inhalte generieren? Dies ist eine komplexe Frage, die noch geklärt werden muss. Wir sollten dabei einzelne Sektoren unterschiedlich behandeln. Wenn zum Beispiel in einem Film der Eiffelturm explodiert, sollte nicht gleich daneben stehen müssen, dass eine KI die Bilder erzeugt hat. □



Axel Voss MdEP

Koordinator der EVP-Fraktion
im Rechtsausschuss
CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

„Bei der Kontrolle des KI-Gesetzes wollen wir nicht den Fehler der Datenschutz-Grundverordnung wiederholen.“

Zuerst die Chancen sehen!

Die Potenziale von KI sind riesig.

Foto: AdobeStock/Lucky Ai

Die Diskussion um Künstliche Intelligenz (KI) in Deutschland ist oft von Bedenken und Risiken geprägt, während die Chancen vernachlässigt werden. Dabei werden oft regelrechte Horrorszenerarien beschworen.

Die Potenziale von KI sind sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich enorm. Wir müssen sie nutzen. Bei neuen Technologien tritt oft der Reflex auf, sofort regulieren zu wollen. Es ist jedoch wichtig, dass die Politik die neuen Technologien zunächst erst einmal richtig versteht. Das KI-Gesetz zeigt, wie rasant solche Entwicklungen

verlaufen können. Man hat versucht, sich mit einem risikobasierten Ansatz ein Modell zu überlegen, das die Anwendungen einer sehr breit angelegten und vielfältigen Technologie reguliert. Mit dem Ausrollen von ChatGPT hat man dann aber gemerkt, dass diese Anwendung nicht ins Modell passt.

Die Diskussion sollte sich mehr auf die Chancen und die richtigen Rahmenbedingungen konzentrieren, damit Innovationen in Europa stattfinden können. Wir laufen Gefahr, dass sehr viele Anwendungen zu stark reguliert werden. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten und

Ronja Kemmer MdB

Obfrau im
Ausschuss für Digitales
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Foto: Tobias Koch

„Wir laufen Gefahr, dass sehr viele Anwendungen zu stark reguliert werden.“

einen gesellschaftlichen wie einen wirtschaftlichen Mehrwert schaffen wollen, müssen wir die neuen Technologien nutzen. □

Neue Märkte erobern

Deutschland muss mit KI eine Softwarebranche aufbauen.

Software ist alles. In Deutschland ist dieser Trend noch nicht vollständig angekommen. SAP wird oft als Leuchtturm der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft bezeichnet, aber das ist zu wenig. Wir müssen uns fragen, wie wir in neue, innovative Märkte hineinkommen.

Vielleicht haben wir zuletzt zu viel über Regulierung und Datenschutz gesprochen. Wie wollen wir das ändern? Wir stehen vor einer Europawahl und die Parteien beginnen, ihre Wahlprogramme zu schreiben. Wer hat welche Pläne? Brüssel ist in der letzten Phase,

was den AI Act – das KI-Gesetz – betrifft. Werden wir wieder Weltmeister im Regulieren oder überlegen wir, wie wir Unternehmen aufbauen und skalieren können?

In der letzten Legislaturperiode haben wir viel im Bereich Wagniskapital getan. Wir müssen uns stärker dafür einsetzen, eine Softwareindustrie mit KI aufzubauen. Interessant sind die Start-ups, die neue Technologien vorantreiben. Wir müssen sie unterstützen und mit etablierten Unternehmen zusammenbringen, denn sie brauchen Aufträge, um zu wachsen. Es ist wichtig, dass wir uns stärker für

Thomas Jarzombek MdB

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung



Foto: Tobias Koch

„Die Datenschutzgrundverordnung ist nicht das Instrument, um weltweit Märkte aufzurollen.“

ungewöhnliche Partnerschaften einsetzen und offen für neue Technologien sind. □

*Die Schwarz Gruppe vollzieht eine spannende digitale Transformation – und setzt dabei auf Cloud, Cyber Sicherheit und Künstliche Intelligenz. Statt externer Anbieter nutzen die Unternehmen die eigenen souveränen Lösungen. Diese bietet Schwarz Digits, die IT- und Digitalsparte, nun auch am externen Markt an. TREND sprach dazu exklusiv mit Schwarz IT-Chef **Christian Müller** und der Digital-Chef der Schwarz Gruppe, **Rolf Schumann**.*

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

- **Herr Müller, Herr Schumann, warum steigen Sie als größter Händler in Europa in den Cloud-Markt ein und begeben sich auf ganz neues Terrain? Haben Sie das Know-How, um es mit den US-Tech-Giganten der Branche aufzunehmen?**

Müller: Cloud-Lösungen sind kein neues Terrain für uns, im Gegenteil. Wir sorgen seit jeher mit unserer starken IT dafür, dass die Kassensysteme laufen, unsere Filialen mit Lebensmitteln versorgt sind und jeden Morgen pünktlich öffnen – auf der ganzen Welt. Daher sind uns umfangreiche IT-Strukturen und die Digitalisierung sehr vertraut und wir verfügen seit langem über große IT-Kompetenz.

Schumann: Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung kam für uns der Punkt, an dem wir uns fragten: Wie können wir unsere Daten weiterhin sicher nutzen und trotzdem von den Vorteilen der Cloud profitieren? Kein An-

- **Schreckt Sie bei Investitionen in dieser Größenordnung nicht die Krise, in der Deutschland gerade steckt, und dass unser Wirtschaftsstandort laut vieler Studien gerade stetig an Wettbewerbsfähigkeit verliert?**

Schumann: Die Digitalisierung wartet nicht, bis wir keine Krisen mehr haben. Wer heute nicht in souveräne, nachhaltige Digitalisierung investiert, kommt schnell in riskante Abhängigkeiten. Wir gestalten die Digitalisierung mit – aus Deutschland heraus, zukunftsfähig und nach deutschen Standards.

- **In Deutschland kommt die Digitalisierung immer noch eher schleppend voran. Ist das nicht eher hinderlich für Ihr neues Geschäftsfeld? Haben Sie hier einen Rat für die Politik? Was würden Sie sich wünschen?**

Müller: Wir hören häufig den Ruf aus der Politik, ‚wir brauchen dringend deutsche IT-Lösungen‘. Es gibt schon

„Wir gestalten die Digitalisierung Deutschland heraus. Zukunftsfäh

bieter am Markt hat unseren Anforderungen entsprochen. Daher haben wir uns entschieden, eine eigene Cloud zu bauen, nach unseren deutschen, sehr hohen Standards an Datenschutz. Nachdem wir unsere STACKIT Cloud für uns selbst aufgebaut haben, sind viele andere Unternehmen auf uns zugekommen. Der Bedarf an digitaler Souveränität ist enorm. Also haben wir entschieden, unsere Cloud auch Unternehmen außerhalb der Schwarz Gruppe anzubieten.

„Wir hören häufig den Ruf aus der Politik, ‚wir brauchen dringend deutsche IT-Lösungen‘. Es gibt schon deutsche Lösungen, die werden aber nicht genutzt.“ Christian Müller

deutsche Lösungen, die werden aber nicht genutzt – aus bürokratischem Kleinklein oder nicht nachvollziehbarer Argumentation heraus. Wir wünschen uns ein klares Bekenntnis, das über warme Worte hinaus geht: Wenn politische Entscheider nach deutschen Lösungen rufen, sollen sie diese auch nutzen.

- **Warum sollten Kunden Ihre Cloud dem Angebot der Marktführer AWS und Microsoft Azure vorziehen? Welche Zielgruppe haben Sie im Visier?**

Müller: Der große Vorteil unserer Cloud ist die Souveränität. Unsere Rechenzentren stehen in Deutschland und Österreich, verarbeitet werden die Daten ausschließlich in Deutschland. Dadurch überbieten wir ohne Kleingedrucktes die strengen Anforderungen an Datenschutz. Außerdem arbeiten wir Open Source, das heißt jeder kann in den Quellcode schauen. Und wir schaffen keine Abhängigkeiten von unserer Cloud, weil wir sie komplementär zu anderen Angeboten am Markt gestaltet haben.



Christian Müller (l.)
und Rolf Schumann (r.)

Foto: Schwarz Gruppe

Schumann: Diesen hohen Grad an digitaler Souveränität bietet niemand anders. Das macht unser Angebot sehr interessant für alle Organisationen, die um digitale Souveränität bemüht sind und nicht abhängig sein wollen.

– **Wo sehen Sie Ihre klaren Stärken als erfolgreicher Händler, der weltweit expandiert, von denen auch Ihre Cloud-Sparte expandieren kann?**

Müller: Aus zwei Aspekten profitieren wir davon: Zum Ersten ist unsere IT-Infrastruktur sehr umfangreich. Immerhin sind wir Europas größte Handelsgruppe mit 13.700 Filialen und 575.000 Mitarbeitern. Das heißt, wir können unsere

aus ig und sicher.“

IT-Lösungen direkt in sehr großen Dimensionen vertesten. Wir sind sozusagen selbst unser kritischster Kunde. Wenn etwas für unsere Infrastruktur funktioniert, dann können wir sicher sein, dass es auch für unsere Kunden funktioniert.

Zum Zweiten sind wir kein Softwarehaus. Das heißt, wir denken immer authentisch aus der Perspektive unserer Kunden, weil wir selbst unser größter Kunde sind. Dadurch verstehen wir die Sorgen unserer Kunden sehr gut, wenn es um Digitalisierung geht und können passgenau und auf Augenhöhe beraten.

– **Finden Sie trotz des Fachkräftemangels hierzulande ausreichend gut ausgebildete IT-Leute?**

Schumann: Wir bekommen häufig zu hören, dass bei uns die spannendste digitale Transformation Europas abläuft. Das spiegeln uns auch gut ausgebildete Fachkräfte aus verschiedenen Ressorts. Viele wollen mitgestalten und Teil davon sein. Zusätzlich hilft uns das prosperierende Umfeld rund um Heilbronn.

„Wer heute nicht in souveräne, nachhaltige Digitalisierung investiert, kommt schnell in riskante Abhängigkeiten.“ Rolf Schumann

– **Die Schwarz Gruppe investiert über die Stiftung Ihres Inhabers Dieter Schwarz massiv in Künstliche Intelligenz (KI). Davon profitiert der neue KI Campus Ipai der Universität Heilbronn. Was erhoffen Sie sich von dieser Investition?**

Schumann: Künstliche Intelligenz wird viele Aspekte unserer Gesellschaft maßgeblich verändern. Damit diese Entwicklung in die richtige, eine positive Richtung geht, brauchen wir Expertise aus Forschung, Wirtschaft, Politik und der öffentlichen Hand. Der Ipai bietet einen Rahmen für den intensiven Austausch und das gegenseitige Befähigen dieser Akteure in allen Fragen rund um KI. Dieses Umfeld ist für uns als Unternehmen sehr attraktiv, weil es viele kluge Köpfe nach Heilbronn zieht und damit eine unfassbar produktive Atmosphäre schafft.

– **Setzt die Schwarz Gruppe schon heute KI in ihren Geschäftsprozessen ein?**

Müller: Wir stehen hier sicher erst am Anfang einer langen Reise. Zwei konkrete Beispiele können wir nennen: KI wird uns zum einen bei der Logistik helfen, also dabei, Warenbestände zu managen und Faktoren wie Feiertage oder Großereignisse zu antizipieren und in die Bedarfsprognose miteinfließen zu lassen. Zum anderen kann KI die Produktbeschreibung von Artikeln in unseren E-Commerce-Kanälen übernehmen.

– **Werden Sie so auch Arbeitskräfte in der Schwarz Gruppe, etwa in ihren Supermarkt-Filialen, einsparen können?**

Müller: Das ist ein düsteres Bild, das zwei Aspekte außer Acht lässt: Zum einen hatten wir bereits zum Fachkräftemangel gesprochen. KI und Automatisierung werden abwechslungsarme Arbeitsschritte überflüssig machen und dadurch Menschen die Möglichkeit geben, sich mehr auf kreativere Aufgaben zu konzentrieren. Das entschärft den Fachkräftemangel. Zum anderen wird KI viele Arbeitsschritte erleichtern, indem sie sozusagen vorarbeitet – also beispielsweise Daten clustert oder Informationen zusammenträgt, um Folgeschritte zu erleichtern.

Schumann: In Summe wird Künstliche Intelligenz die wirtschaftliche Prosperität erhöhen und neue Möglichkeiten der Wertschöpfung schaffen – sofern wir sie in einem Umfeld digitaler Souveränität entwickeln und uns nicht abhängig machen von anderen Unternehmen oder Ländern.

– **Wo sehen Sie Schwarz Digits in zehn Jahren? Was ist Ihre Vision?**

Schumann: Da müssen wir uns auf die schwäbische Bodenständigkeit berufen: Erst machen, dann reden. □



Foto: AUDI AG

Industrie, Export und Innovationen stärken

Deutschland sollte weiterhin ein Industrieland bleiben – mit einem starken Anteil innovativer industrieller Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt. Dies ist ein besonderes Merkmal der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu vielen anderen Ländern.

Wir sollten auch eine Exportnation bleiben. Um Rente, Pflege und Gesundheit in einem älter werdenden Land finanzieren zu können, müssen wir Maschinen, Autos und Innovationen in die Welt verkaufen. Im Gegensatz zu China oder den USA haben wir keinen großen eigenen Binnenmarkt, wenngleich der europäische Binnenmarkt natürlich ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist.

Deutschland bleibt nur durch kontinuierliche Innovationen führende Wirtschaftsmacht.

Wir leben in einer Zeit, in der sich China und die USA aus verschiedenen Gründen nicht mehr so wie früher für die Globalisierung einsetzen. Deutschland jedoch ist grundsätzlich eine Exportnation und ein Innovationsland. Mit unseren hohen Arbeitskosten und Steuern müssen wir so viel besser sein, wie wir teurer sind. Ein Neustart ist offensichtlich notwendig beim Thema Energieversorgung und dem Ausfall von russischem Gas. Es war ein breiter gesellschaftlicher Konsens, diese günstige Energieversorgung zu nutzen. Aber offensichtlich brauchen wir einen Neustart.

Es ist ein historisches Versagen, wenn diese Koalition das Abkommen mit den Mercosur-Staaten durch ihre Zusatzforderung nach Sanktionsmechanismen bei Umwelt und Klima gefährdet. Das wäre der größte Wirtschafts- und Handelsraum der Welt mit rund 700 Millionen Menschen. In Zeiten, in denen wir neue Partner brauchen, um relativ gesehen weniger

Handel mit China zu betreiben, müssen wir mehr mit anderen Ländern handeln. Handelsverträge sind indes für den freien Handel da – und sollten nicht mit anderen Themen überfrachtet werden. Die Vertiefung von Handelsbeziehungen in verschiedenen Weltregionen gelingt dabei am besten mit Ländern, mit denen wir ähnliche Werte und kulturelle Vorstellungen teilen.

Zusätzlich zu diesen Punkten ist es wichtig zu betonen, dass Deutschland seine Position als führende Wirtschaftsmacht nur durch kontinuierliche Innovationen, eine kluge marktwirtschaftliche Angebotspolitik und eine gute Anpassungsfähigkeit behaupten kann. Dies erfordert eine ständige Überprüfung und Aktualisierung unserer Industrie-Strategien und Handelsabkommen.

Deutschland sollte schließlich seine Bemühungen zur Förderung von Forschung und Entwicklung intensivieren, um seine Position als Innovationsland zu stärken. Dies könnte durch die Bereitstellung von Anreizen für Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung investieren, sowie durch die Förderung von Partnerschaften zwischen Industrie und Forschung erreicht werden. □



Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: Tobias Koch

„Förderung von Forschung und Entwicklung intensivieren.“

Technologiefreundlichkeit ist zentral

Verfolgt die Bundesregierung eine Vielzahl von Technologien, hilft das der Wirtschaft.

Technologische Offenheit und Technologieneutralität sind heute zu Kampfbegriffen geworden. Es ist jedoch unumgänglich, allen Technologien gegenüber offen zu sein, die zu einer Lösung beitragen können.

Zwei Technologien, die stellvertretend für diese Diskussion stehen, sind die Fusionstechnologie und die Biotechnologie. Trotz massiver Kritik baut das Ministerium sein Engagement in der Fusionstechnologie aus. Nicht in dem Glauben, dass wir in fünf Jahren ein funktionierendes Kraftwerk haben werden, sondern weil der Weg dorthin Spill-over-Effekte für die

deutsche Industrie erzeugen kann. Ein Investment in eine potenzielle Zukunftstechnologie bedeutet nicht, dass wir nicht auf Solarpanels setzen. Es ist unvernünftig für eine Bundesregierung, nicht auf alle Technologiepfade zu setzen.

Das Gleiche gilt für Technologien wie die Genschere. Es ist schwierig, sich einem genetisch veränderten Maiskolben zu verwehren, der zehn Prozent weniger Wasser braucht. Darum haben wir das SPRIND-Freiheitsgesetz verabschiedet. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND), wurde in der letzten Legislatur gegründet, aber sie war durch

Mario Brandenburg MdB

Beauftragter für Transfer und Ausgründungen aus der Wissenschaft im Bundesministerium für Bildung und Forschung



Foto: Mario Brandenburg MdB

„Wir müssen die Grundidee, den Humus an Talenten liefern und das Wissen von Technologien sichern.“

bürokratische Fesseln eingeschränkt. Heute kann die Agentur kann wie ein Venture Capital Fonds investieren. □

Die Cloud zum Vertrauen:

100 % aus Deutschland – 100 % garantiert

STACKIT ist die Cloud aus Deutschland für Europa: DSGVO-konform, ohne Hintertüren, ohne Ausnahmen, ohne Zweifel. Damit Sie jederzeit die volle Kontrolle über Ihre Daten behalten. Erfahren Sie mehr: stackit.de



Vernetztes Arbeiten, Prozessautomatisierung und ein weltweiter Kunden- und Marktzugang: Die zunehmende Digitalisierung hat viele Vorteile, birgt aber auch Risiken in puncto Cybersicherheit. Unternehmen haben die Bedrohungslage erkannt und reagieren mit wachsenden Budgets.

Steigende Cyb zwingen Führu zum Handeln

Geopolitische Risiken, Inflation und weitere Schwierigkeiten fordern Führungskräfte weltweit heraus und liefern zahlreiche Gründe, um Strukturen und Prozesse in der eigenen Organisation zu überdenken. Dabei rückt der Aspekt Cyberresilienz vermehrt in den Mittelpunkt. Und dort zeigt sich: Die Wachsamkeit ist gewachsen, ebenso wie die Investitionen. Aber es bleibt viel zu tun. Denn zunehmende Spannungen und Bedrohungen im globalen Kontext – wie Handelskonflikte, hoher Wettbewerbsdruck oder komplexe Sanktionen – wirken sich auch auf die digitale Bedrohungslage aus – mit vermehrten Cyberangriffen von Staaten und geopolitischen Akteuren.

Insofern treiben Unternehmen verstärkt Schutzmaßnahmen voran. Die Ergebnisse der globalen PwC-Studie „Digital Trust Insights 2024“ sprechen eine eindeutige Sprache: 84 Prozent der befragten Unternehmen aus Deutschland wollen 2024 ihr Budget

für Cybersicherheit um mindestens fünf Prozent erhöhen – global betrachtet sind es 79 Prozent. Für einen aussagekräftigen Querschnitt haben wir 3.876 Führungskräfte aus 71 Ländern befragt, 274 davon aus Deutschland. Die Studie ist ein Rundumblick über Chancen, Herausforderungen und Weiterentwicklung von Cybersicherheit in den nächsten zwölf bis 18 Monaten.

Regulierung soll Sicherheitsniveau heben

Durch EU-Regularien wie die NIS-2-Richtlinie und die DORA-Verordnung müssen viele Organisationen ihr Cyberniveau erhöhen, die bislang aufgrund ihrer Größe oder Branchenzugehörigkeit von solchen Vorgaben nicht betroffen waren. Bei Nichteinhaltung drohen hohe Bußgelder und Haftungsrisiken: So sieht die NIS-2-Richtlinie beispielsweise vor, dass Führungskräfte persönlich für die wirksame Beaufsichtigung von Cybersicherheitsrisiken haftbar gemacht werden können. Der EU-Cyber-Resilience-Act bringt wiederum neue Anforderungen für digitale Produkte. Die Leitplanken, die die Regulierungsbehörden aufstellen, können den Unternehmen zusätzliches Vertrauen geben, um zu innovieren und zu wachsen, und ein Drittel der Befragten erkennt dies an. Trotzdem erwarten 84 Prozent der deutschen Befragten in diesem Zusammenhang erhöhte Compliance-Kosten.

Verstöße werden immer kostspieliger

Doch es drohen nicht grundlos Sanktionen bei mangelnden Sicherheitsstandards: In der Studie schätzen 70 Prozent der befragten CFO und Experten aus Security und IT, dass Sicherheitslücken und Datenverluste ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren zwischen 100.000 und 20 Millionen US-Dollar gekostet haben. Der Anteil derer, die Schäden von bis zu einer Million US-Dollar erlitten, ist von rund einem Viertel im Vorjahr auf aktuell 41 Prozent gestiegen. Darüber hinaus gehen Datenverluste, Umsatzeinbußen und Reputationsschäden im Falle von Cyberangriffen oft Hand in Hand.

Wie dringend Organisationen handeln müssen, unterstreicht nicht zuletzt die Tatsache, dass 92 Prozent der deutschen Unternehmen in den letzten drei Jahren von Datenverlusten betroffen waren.

Unternehmen modernisieren Cybertechnologien und nutzen Künstliche Intelligenz

Mit der fortschreitenden Digitalisierung wachsen auch die Cyberbedrohungen. Lücken in der Cloud-Infrastruktur können zu Datenlecks, unautorisierten Zugriffen oder Datenverlusten führen. Über unsichere Software-Lieferketten können Angreifende unbemerkt Schadsoftware in Unternehmensnetzwerke einschleusen und Betriebsunterbrechungen und Sicherheitsverletzungen auslösen.



Grant Waterfall

Partner und Cyber Security & Privacy Leader bei PwC Deutschland und EMEA

„Cyber Security sollte fest im Management verankert sein.“

errisiken ngskräfte



Illustration: AdobeStock@jeismiley

Zudem nutzen Hacker sogenannte Zero-Day-Schwachstellen, um Systeme und Daten zu kompromittieren, bevor die IT-Abteilung Sicherheitsupdates veröffentlichen kann.

Unternehmen modernisieren und optimieren ihre Sicherheitstechnologien, indem sie auf integrierte Cyber-technologie-Plattformen umsteigen. Diese reduzieren die Komplexität, erhöhen die Reaktionszeit und vereinfachen die Umsetzung von Richtlinien. In Deutschland nutzen bereits

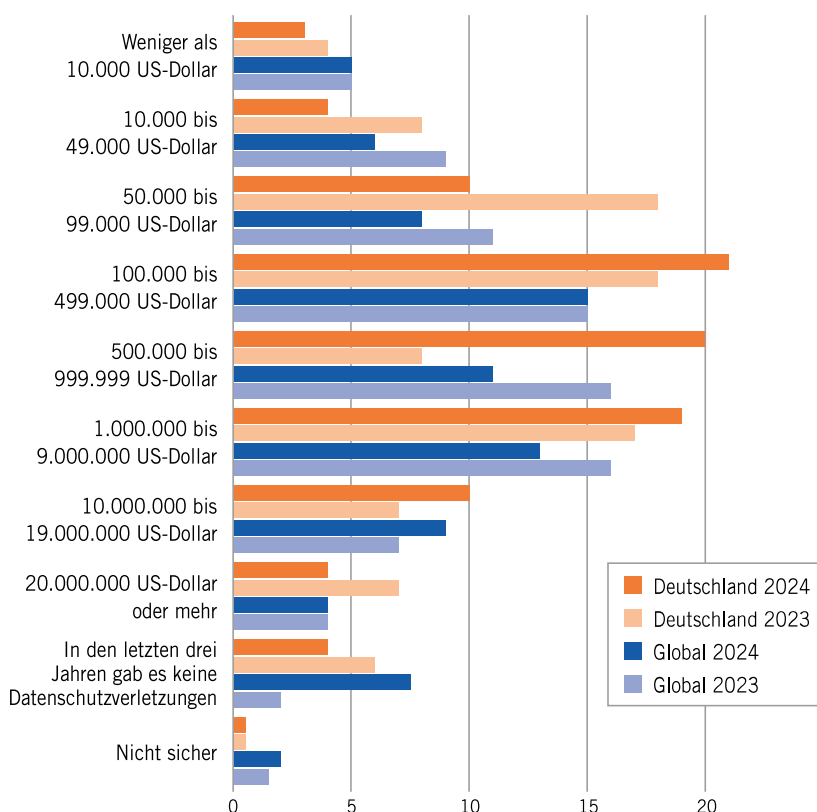
49 Prozent der Befragten diese Plattformen, und weitere 43 Prozent planen deren Einführung in den nächsten zwei Jahren.

Neben der Modernisierung von bestehenden Technologien und Infrastrukturen setzen immer mehr Unternehmen auf generative KI-Tools. 75 Prozent der deutschen Befragten planen in den nächsten 12 Monaten

den Einsatz der Technologie für die Cyberabwehr.

KI-Lösungen punkten durch automatisierte Erkennung von Anomalien, die auf mögliche Angriffe hinweist und der IT-Abteilung wertvolle Zeit für Gegenmaßnahmen verschafft. Sie können zudem große Mengen von Bedrohungsdaten analysieren, um Trends und Muster zu identifizieren, die auf Attacken hindeuten. Aber auch zur Verhaltensanalyse von Malware bietet sich KI an – etwa, um potenziell schädliche Aktivitäten frühzeitig zu erkennen und zu blockieren.

Anteil der geschätzten Kosten für Organisationen, die in den letzten drei Jahren den größten Schaden durch Datenschutzverletzungen erlitten haben in Prozent



Quelle: PwC „Global Digital Trust Insights 2024“

Verantwortungsvoller Umgang mit KI

80 Prozent der Befragten erwarten, mithilfe von KI innerhalb der nächsten drei Jahre neue Geschäftsfelder zu erschließen. Entscheidend für den erfolgreichen Einsatz von generativer KI ist dabei, einen Weg zu finden, die Tools im Alltag zu operationalisieren und dabei verantwortungsvoll einzusetzen.

Der Blick in die Zukunft zeigt, dass Unternehmen ihre Sicherheitsmaßnahmen weiter vorantreiben müssen. Cyber Security sollte dabei fest im Management verankert sein. Dazu zählt neben einem kontinuierlichen Implementierungsplan, die Technologieinfrastruktur zu modernisieren und in Schutzeinrichtungen zu investieren. Ebenso wichtig ist es, die Mitarbeitenden zu sensibilisieren – idealerweise durch fortlaufende Sicherheitstrainings. Denn nur wer beides eng miteinander verbindet, profitiert langfristig von den Maßnahmen. □

Energiewirtschaft ist die Basis für den Erfolg unserer Volkswirtschaft

„60 Jahre Wirtschaftsrat – das ist ein Grund zum Feiern und gleichzeitig eine gute Gelegenheit, über die großen Entwicklungen in der Energiewirtschaft der vergangenen Jahrzehnte und der Gegenwart zu reflektieren.“

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. hat in seiner beeindruckenden Geschichte stets eine wahrnehmbare Rolle in der politischen Arena eingenommen. Er erhebt und lebt den Anspruch, eine der starken Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft zu sein und widmet sich sämtlichen politischen Bereichen, die für eine erfolgreiche Gesellschaft und Wirtschaft von Bedeutung sind – und das erfolgreich seit nunmehr sechs Jahrzehnten!

Für mich persönlich ist es daher eine Freude und Ehre, die Arbeit des Wirtschaftsrates als Leiter der Kommission Energiepolitik mitzugestalten. Denn die Energiewirtschaft war, ist und wird immer ein zentraler Faktor für den Erfolg unserer Volkswirtschaft sein. Und das im durchaus mehrfachen Sinne: Sie versorgt die Wirtschaft nachhaltig, kostengünstig, und sicher mit Energie – eine essentielle Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Gleichzeitig spielt die Energiewirtschaft für Deutschland eine zentrale Rolle, will die Bundesrepublik doch bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen um 65 Prozent reduzieren und bis 2045 klimaneutral sein.

Energiepolitik hat in der Geschichte des Wirtschaftsrates seit seiner Gründung eine große Rolle gespielt: Zwei Jahre nach seiner Gründung im Jahre 1963 hielt er seinen ersten großen Wirtschaftstag ab – mit etwa 2.000 Teilnehmern. 99 Thesen waren das Ergebnis intensiver Beratungen. Eine der Thesen befasste sich explizit mit

der Energiepolitik: „Ausreichende, billige und sichere Energieversorgung auch in Deutschland“ wurde darin gefordert, insbesondere die Stärkung des heimischen Steinkohlebergbaus und der schnellere Ausbau der Kernkraft wurden damit verbunden.

Der Vergleich zu heutigen energiepolitischen Diskussionen zeigt anschaulich, wie sehr sich die Zeiten seit der Gründung des Wirtschaftsrates verändert haben: Die Erzeugung von Strom aus Kernkraft ist in Deutschland Geschichte, auch die Kohleverstromung wird spätestens 2038 enden, bei RWE wird dies bereits 2030 der Fall sein.

Heute befassen wir uns also offenkundig mit anderen Fragestellungen als die Gründungsmitglieder des Wirtschaftsrates. Klimawandel, Ressourcenknappheit und die bis heute bestehende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sind die wesentlichen Faktoren, die die Transformation unserer Energiewirtschaft notwendig machen.

Foto: RWE Generation SE



Nikolaus Valerius
Chief Operating Officer
RWE Generation SE

„Deutschland braucht massive Investitionen in den Energiesektor.“





Foto: AdobeStock/thomasternphoto

Nun sind es neben Kohle und Gas vor allem Wind und Sonne, deren Energie wir in der Wirtschaft und im Alltag nutzen, im Energiemix der Zukunft werden wasserstofffähige Gaskraftwerke verlässlich flexible Leistung nötigenfalls bereitstellen, wenn die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

Hierfür braucht es jedoch massive Investitionen in den Energiesektor. Die Energiekrise 2022 hat uns gezeigt, wo wir verwundbar waren – und zum Teil noch sind. Hinzu kommen Megatrends wie die Digitalisierung, die Elektromobilität und die stetig steigende Nachfrage insbesondere nach erneuerbarer Energie. Sie machen eine ungeheure Veränderung und Transformation unseres Energiesystems notwendig. Die Energiewirtschaft packt diese Aufgabe mit voller Energie an. Neue Erzeugungsquellen müssen weiter erschlossen, gesicherte Leistung ausgebaut und die Infrastruktur unserer Netze ertüchtigt werden.

Für diese notwendigen Investitionen aber ist ein stabiles Umfeld er-

forderlich, das private Investitionen anzieht. Zur Verlässlichkeit des Investitionsstandortes Deutschland gehört eine klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Unternehmen. Der Staat definiert die Ziele und gibt einen verlässlichen Rahmen vor, in dem private Unternehmen im Wettbewerb um die besten Lösungen agieren.

Der Wirtschaftsrat lebt diesen Geist der Marktwirtschaft. Daher kommt ihm auch bei den anstehenden Herausforderungen eine ganz besonders prominente Rolle zu: Er kann in diesem Sinne bei all den – stets facettenreichen – energiepolitischen Diskussionen den Finger am Puls der Zeit halten, um die richtigen Antworten auf die drängendsten Fragen zu geben. Dabei kann er auf das bauen, was am wichtigsten ist: seine Mitglieder, die die gesamte Wertschöpfungskette der Energiewirtschaft von der Erzeugung über die Infrastruktur bis hin zu Großabnehmern vertreten.

Diese umfassende Expertise ist unersetzlich, wenn unsere Umwelt, das globale Klima und selbstverständlich auch die Sicherung wettbewerbsfä-

higer Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Deutschland und Europa in Einklang gebracht werden sollen. Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. bildet durch seine Mitglieder eine Brücke zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Klar ist: Seine erfolgreiche Arbeit hat der Wirtschaftsrat insbesondere denjenigen zu verdanken, die seit Jahren Verantwortung für ihn übernehmen und seine Geschicke steuern. An dieser Stelle danke ich ausdrücklich unserer Präsidentin Astrid Hamker und unserem Generalsekretär Wolfgang Steiger, ebenso wie allen Persönlichkeiten, die sich in der Vergangenheit ehrenamtlich und hauptamtlich um den Wirtschaftsrat verdient gemacht haben und dies auch in Zukunft tun werden!

Herzlichen Glückwunsch also an den Wirtschaftsrat zu 60 Jahren engagierter Arbeit im Dienste der Sozialen Marktwirtschaft – und damit auch zu einer sicheren, nachhaltigen und zukunftsorientierten Energiepolitik. Möge die kommende Zeit ebenso von Erfolg, Innovation und gemeinsamem Gestaltungswillen geprägt sein! □

Das Mitteldeutsche Revier steht vor dem zweiten grundlegenden Strukturwandel innerhalb von 30 Jahren und mit ihm die MIBRAG. Doch weg vom Alten hin zu neuen Zukunftsprojekten – das braucht hohe Investitionen, gute Ideen, kluge Planung und Zeit.



Blick in den Maschinenraum

Kaum ein Thema erlebt in den vergangenen Jahren eine derartige politische Konjunktur wie die Energiepolitik, kaum ein Begriff wird medial so inflationär gebraucht, wie der der Energiewende. Und kaum ein Projekt ist so missverständlich, unspezifisch und vollkommen unterschiedlich interpretierbar wie das Vorhaben einer politisch gewendeten deutschen Energiewirtschaft. Das fängt beim Begriff selbst an. Es geht eben nicht nur um Energie und eine Kehrtwende meint im Wortsinne Fahrtrichtungswechsel, den bisherigen Weg in umgekehrter Richtung wieder zurückzufahren. Die deutsche Energiewende ist allem voran ein ordnungspolitischer Eingriff in den wettbewerblich organisierten Markt, der seine Rechtfertigung in der Klimapolitik sucht, aber nur teilweise findet.

Es geht dabei um deutlich mehr als den geordneten marktwirtschaftlich induzierten Übergang von fossilen

zu erneuerbaren Energien: Das Geschäftsmodell des Wirtschafts- und Industriestandortes Deutschland insgesamt steht auf dem Prüfstand. Internationale Wettbewerbsfähigkeit mit Ausstiegen, Verboten sowie steigenden Steuern und Abgaben sichern zu wollen, wird nicht gelingen. Vielmehr müssen Anreize für Einstiege, Transformation und Innovationen geschaffen werden. Einen formalen Rahmen hierfür bietet das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz, das auf den Ergebnissen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung aus dem Januar 2019 aufsetzt.

„Wer immer tut, was er schon kann, bleibt immer das, was er schon ist.“ Das sagte im 19. Jahrhundert der US-amerikanische Erfinder und Automobilpionier Henry Ford. Er war nicht nur Erfinder, sondern auch Visionär. Vor 110 Jahren wurden bei einer Weltproduktion von 125 Millio-

nen Tonnen Braunkohle 87 Millionen Tonnen in den deutschen Braunkohlegruben gefördert. Der Hauptteil kam aus dem Mitteldeutschen Revier, nahezu ein Viertel aus dem Rheinischen Revier. Mit Blick auf die hohen Transportkosten errichtete man große, energieintensive Industriekomplexe unmittelbar neben den Braunkohlefeldern. Diese waren Ausgangspunkt zahlreicher Innovationen für die Grundstoffindustrie in Deutschland. So wählten damals elektrotechnische Betriebe das Braunkohlenrevier um Bitterfeld als Standort. Zudem lieferte die Braunkohle Prozesswärme für Zuckersiedereien, Ziegeleien und Glashütten oder durch Verschwelung Gas und Teer für chemische und andere Betriebe. Die Bedeutung nahm um die Jahrhundertwende nochmals zu, als man im großen Umfang brikkettierte und dadurch der Braunkohle das Wasser entzog, um sie transportfähig zu machen. Noch heute wird in



Foto: AdobeStock©Michael; Thomas Jansa

den MIBRAG-Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain Braunkohle gefördert.

Aktuell stehen auch die MIBRAG GmbH und die gesamte Region im Mitteldeutschen Revier vor gewaltigen Veränderungen. Vieles wird sich in den kommenden Jahren für die Beschäftigten ändern. Ein Teil der Bergleute und Kraftwerker werden weiterhin Energieanlagen betreiben und Energie erzeugen. Ein anderer Teil wird sein Können im Erdbau und in der Instandhaltung für neue Tätigkeitsfelder weiterentwickeln. Bereits seit längerem verfolgt MIBRAG daher den Weg vom Bergbauunternehmen hin zu einem modernen, nachhaltigen Energie- und Industriedienstleister auf Basis von erneuerbaren Energien mit weiterhin gut bezahlten Arbeitsplätzen.

MIBRAG hat dazu den Weg EMIR eingeschlagen, der für „Erneuerung MIBRAG im Revier“ steht. Mit den darin verbundenen ehrgeizigen Vorhaben wird die MIBRAG GmbH auch in Zukunft ein Energieanker für Unternehmen der Region, Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für junge Menschen sein. Das jedoch auf Basis von grünem Wasserstoff und Wasserstoff-Derivaten.

Neben dem Kerngeschäft befasst sich MIBRAG seit langer Zeit mit Projekten, die in vier neuen Zu-

kunftsfeldern – Energie, Recycling & Verwertung, Industrielösungen und Dienstleistungen – bearbeitet werden. Die ersten Maßnahmen auf dem Weg dorthin hat das Unternehmen bereits in Angriff genommen beziehungsweise umgesetzt. Dazu gehören mehrere große Photovoltaikanlagen und Windparkvorhaben, die auf rekultiviertem Bergbaugelände entstanden sind oder in den nächsten Monaten und Jahren entstehen werden. Forciert wird der Umbau der Wärmeversorgung der umliegenden Orte auf Basis grüner Energie. Am Standort des 1994 in Betrieb genommenen Kraftwerks Wähnitz wird eine Power-to-Heat-Anlage – Elektroenergie zu Wärme – errichtet. Dort soll überschüssige grüne Energie in einem übergroßen „Tauchsieder“ in Fernwärme umgewandelt werden.

Diese Zukunftsprojekte bieten Anreize für Unternehmen, sich im Mitteldeutschen Revier anzusiedeln, tarifgebundene und hochwertige Industriearbeitsplätze zu erhalten oder entstehen zu lassen. Damit ergibt sich eine große Chance für die Nachwuchs- und Arbeitskräftesicherung in der von Bergbau, Chemie und Landwirtschaft geprägten Region, die innerhalb von drei Jahrzehnten den nunmehr zweiten Strukturwandel erlebt.

So ein neuerlicher Umbau braucht nicht nur eine Menge Geld, sondern vor allem kluge, nachhaltige Gedan-

ken, Zeit und Planungssicherheit. Von heute auf morgen lässt sich eine solche Transformation, die sozialverträglich gestaltet werden will, nicht bewältigen. Das wird in Deutschland leider schnell vergessen. Forderungen nach einem früheren Kohleausstieg gehen weit an der Realität vorbei, wenn man auf den Energiesektor blickt. Jede Ent-

Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer MIBRAG GmbH und Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU e.V. in Sachsen



Foto: MIBRAG

„Unsere Zukunftsprojekte bieten Anreize für Unternehmen, sich im Mitteldeutschen Revier anzusiedeln, tarifgebundene und hochwertige Industriearbeitsplätze zu erhalten oder entstehen zu lassen.“

scheidung oder jedes grüne Gedankenspiel zu einem schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung haben die Aspekte Versorgungssicherheit, Sozialverträglichkeit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit gleichrangig zu berücksichtigen. □



Foto: AdobeStock/benjaminmolte

Finanzen und Strukturreformen sinnvoll verbinden

Gesundheitswesen mit Strukturreformen weiterentwickeln.

Die deutsche Gesundheitswirtschaft macht nahezu 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. In den vergangenen Jahren gab es einen deutlichen Anstieg, der auch in der Coronapandemie begründet lag. Jedenfalls kommt jeder achte Euro der deutschen Bruttowertschöpfung aus der Gesundheitswirtschaft. Dort findet sich auch jeder sechste Arbeitsplatz unserer Volkswirtschaft. Die Gesundheitswirtschaft ist zudem ein Innovationstreiber ersten Ranges, der auch auf andere Akteure der deutschen Volkswirtschaft abstrahlt. Die Gesundheitswirtschaft ist nicht statisch, sie macht – wie an-

dere Sektoren auch – eine dynamische Entwicklung durch.

Über was sollten wir also zuerst reden? Übers Geld? Oder über Strukturreformen, damit das Gesundheitswesen auf Dauer nachhaltiger wird? Es stellt sich also die Frage, wie man die Finanzfragen am besten mit Strukturreformen verknüpft und wann der richtige Zeitpunkt für welche Strategie ist.

Ein Beispiel zum Thema Strukturreformen: Wenn Gesundheitsminister Karl Lauterbach den Apothekern zu ihrer Forderung, mehr Geld ins System zu pumpen, entgegenhält, besser wäre doch eine Zulassung von Filialapotheken im ländlichen Raum, um dort die Versorgung zu sichern, schlägt ihm Ablehnung entgegen. Auch den Akteuren im System stünde es jedoch meines Erachtens gut zu Gesicht, wenn sie sich ebenfalls überlegen, wie man die Finanzierung sicherstellt.

Wir sollten uns in Erinnerung rufen, wo wir in der gesetzlichen Krankenversicherung finanziell stehen. Dabei erkenne ich nicht, dass viele Akteure im Gesundheitswesen durch

sehr schwere Zeiten gehen. Dennoch ist die Finanzlage prekär. 2023 haben wir mit einem Defizit von 17 Milliarden Euro gerechnet, mit entsprechend hohen Beitragssteigerungen. Durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz ist es uns gelungen, den Beitragsanstieg auf 0,3 Prozentpunkte zu begrenzen. Wir haben Effizienzre-

serven von rund 2,5 Milliarden Euro gehoben. Aber: Ein Teil der Maßnahmen waren einmalige Entlastungen, die nur 2023 wirken.

Deshalb geben Sie uns bitte eine Chance, dass wir das Gesundheitswesen mit Strukturreformen weiterentwickeln können. Wir sind im Hinblick auf die Digitalisierung weit hinten dran im Vergleich mit anderen Ländern in Europa, den USA oder auch Israel. Von diesen Ländern können wir in Sachen Datennutzung viel lernen, im Sinne der Patientinnen und Patienten.

Der Dialog zwischen Politik und Industrie ist ebenfalls sehr wichtig, um die Herausforderungen im Gesundheitswesen anzusprechen. Manchmal entsteht der Eindruck, dass der aktuelle Bundesgesundheitsminister hier keinen besonders intensiven Dialog pflegt. Ich bin da anderer Meinung, wie die Beispiele für Fachkräftesicherung, Medizinprodukte und Pharmastandort Deutschland zeigen. Und: Auch wir als Bundesministerium für Gesundheit werden weitere Vorschläge zur Entbürokratisierung vorlegen. □



Dr. Thomas Steffen

Staatssekretär,
Bundesministerium
für Gesundheit

*„Die Finanzlage des
Gesundheitssystems ist prekär.“*

Krankenversicherung: Warum es 2024 teurer wird

Die Inflation ist derzeit auch im Gesundheitswesen spürbar. Hinzu kommen die Kosten des medizinischen Fortschritts. Daher steigen sowohl in der Gesetzlichen wie auch in einigen Tarifen der Privaten Krankenversicherung die Beiträge.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Die Beiträge in der Gesetzlichen und der Privaten Krankenversicherung entwickeln sich mittelfristig sehr ähnlich. Zwischen 2004 und 2024 (inklusive der bevorstehenden Erhöhungen) sind die Beitragseinnahmen in der GKV je Versicherten im Schnitt um 3,2 Prozent pro Jahr gestiegen, in der PKV um 2,8 Prozent – also etwas geringer. Das zeigt eine Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der PKV (WIP).

Privatversicherte haben somit eine vergleichsweise günstige Beitragsentwicklung. Doch zuweilen wird der Eindruck verfälscht durch einzelne sprunghafte Erhöhungen nach mehreren stabilen Jahren. Das liegt an gesetzlichen Vorgaben, wonach die PKV die Beiträge erst nachholend anpassen darf, wenn die Kosten über vorgegebene Schwellenwerte gestiegen sind.

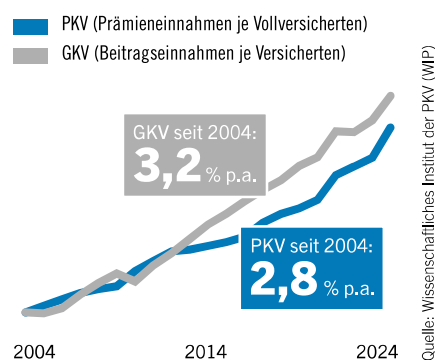
In der PKV werden die Beiträge 2024 um durchschnittlich rund 7 Prozent

steigen. Knapp die Hälfte der Privatversicherten ist davon betroffen – die andere Hälfte kann sich also über mindestens zwei Jahre ohne Beitragsanstieg freuen.

PKV-Beitrag auch nach Erhöhung meist günstiger als GKV

Der Durchschnittsbeitrag in der PKV wird auf rund 579 Euro im Monat steigen. Das kann sich im Vergleich zur GKV durchaus sehen lassen: Dort zahlt ein Durchschnittsverdiener (mit 3.780 Euro Monatsbrutto) 616 Euro pro Monat. Privatversicherte Arbeitnehmer, die ja oberhalb der Bemessungsgrenze verdienen, müssten in der GKV den Maximalbeitrag bezahlen – das sind 844 Euro im Monat. Die Beiträge der allermeisten Privatversicherten liegen deutlich darunter – ganz zu schweigen von dem in aller Regel höheren Leistungsniveau der PKV. Arbeitnehmer erhalten in der PKV ebenso wie in der GKV die Hälfte des Beitrags als Arbeitgeberzuschuss.

Beitragsentwicklung der GKV und PKV

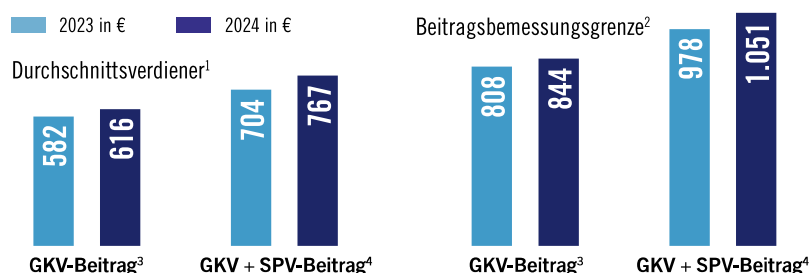


Versicherungspflichtgrenze schränkt Wahlfreiheit ein

Die Bundesregierung hat die Beitragsbemessungsgrenze für 2024 von 4.987,50 Euro auf 5.175 Euro monatlich erhöht – wodurch der GKV-Zahlbeitrag um 36 Euro im Monat steigt. Zugleich wird die Versicherungspflichtgrenze von 66.600 auf 69.300 Euro angehoben. Sie legt fest, ab welchem Gehalt Arbeitnehmer nicht mehr der Versicherungspflicht in der GKV unterliegen und in die PKV wechseln können.

Der PKV-Verband setzt sich für eine Senkung dieser Grenze ein, denn sie begrenzt den Kreis der Arbeitnehmer, die sich für eine private Krankenversicherung entscheiden können. In den letzten 10 Jahren wurde diese Entgeltgrenze um rund 30 Prozent erhöht. Das heißt, ein Arbeitnehmer muss heute über 1.300 Euro mehr im Monat verdienen als vor 10 Jahren, um in die PKV wechseln zu dürfen.

GKV-Versicherten stehen höhere Beiträge bevor



1) Durchschnittsentgelt für Vollzeitarbeit, Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2) Beitragsbemessungsgrenze 2023: 4.987,50 €, 2024: 5.175 € 3) GKV-Beitragssatz plus durchschnittl. Zusatzbeitrag: 2023: 16,2 %, 2024: 16,3 % 4) SPV-Beitragssatz für Kinderlose 2023: 3,4 %, 2024: 4,0 % | Quelle: PKV-Verband

Wir stehen vor enormen Herausforderungen. In den letzten zwölf Jahren haben wir parteiübergreifend alles daran gesetzt, strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen zu vermeiden. Dank der positiven wirtschaftlichen Entwicklung waren die Einnahmen hoch. Jede Reform im Gesundheitswesen zieht jedoch in

bei 16,2 Prozent. Er liegt „nur“ bei 16,2 Prozent, weil in diesem Jahr ein Bundeszuschuss von 17,5 Milliarden Euro hinzukommt. Dies entspricht einem vollen Beitragssatzprozentpunkt. Ohne den Bundeszuschuss hätten wir somit einen Beitragssatz von 17,2 Prozent.

Auf die Frage des Bundestages, wo das Bundesgesundheitsministerium

men die Rehabilitationsmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, die Unfallversicherung und die Pflegeversicherung. Wir geben jeden Tag 1,3 Milliarden Euro für Gesundheit aus. Können wir einfach immer nur sagen, dass wir mehr Geld brauchen? Oder müssen wir nicht die Frage stellen, wie wir die Strukturen so verändern können, dass wir bei absehbar zusätz-

Reformen sind überfällig

*Längst überfällige
Strukturreformen angehen.*

der Regel eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit, Aufregung und manchmal auch Unruhen nach sich. Dies erschwert politisch die Umsetzung längst überfälliger Veränderungsprozesse wie Konzentration und Strukturbereinigungen im stationären Sektor.

Der Gesundheitsmarkt ist ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland, wobei der Kostenfaktor mit einem Anteil von 12,9 Prozent an der Wirtschaftsleistung ebenfalls sehr hoch ist. Auf der anderen Seite ist der Gesundheitssektor ein elementar wichtiger Faktor für Beschäftigung und Wertschöpfung, etwa in der Medizintechnik oder im Bereich der Arzneimittel. Gleichzeitig müssen wir stets die Bezahlbarkeit im Auge behalten. Derzeit liegt der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenkasse



Foto: AdobeStock@spotmatikphoto

Einsparpotenzial sieht, fällt die Antwort knapp aus: Alle Optionen wurden geprüft, es gibt keine. Daher bleibt nur eine Beitragserhöhung im kommenden Jahr als Möglichkeit. Deshalb rechnen wir 2024 mit einer Beitragserhöhung, die im günstigsten Fall bei 16,4 bis 16,6 Prozent liegen wird. Und das vor dem Hintergrund, dass wir bereits heute Gesamtausgaben von 498 Milliarden Euro haben. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2023 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 476 Milliarden vor. Hinzu kom-

lichem Versorgungsbedarf möglicherweise auch mit weniger Geld auskommen? Wenn man den Kostenanstieg durch den medizinisch-technischen Fortschritt und die demographische Entwicklung berücksichtigt, ist die Hoffnung auf eine Reduzierung des Kostenanstiegs eine Illusion.

Deshalb hoffe ich, dass Veranstaltungen wie diese dazu beitragen können, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vielleicht auf den Wirtschaftsrat oder den einen oder anderen Bundestagsabgeordneten hört. In diesem Sinne: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Wir hoffen weiter und arbeiten gemeinsam daran, dass wir uns irgendwann vielleicht doch durchsetzen können. □

Foto: Rosa ReibkeG-BA



Prof. Josef Hecken

Vorsitzender des
Gemeinsamen
Bundesausschusses

„In den letzten zwölf Jahren haben wir parteiübergreifend alles daran gesetzt, strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen zu vermeiden.“

Foto: AdobeStock©ChasingMagicpeopleimages.com



Die Krankenhäuser müssen selbst aktiv werden und nicht auf die Politik warten.

Krankenhäuser am Limit

Um das deutsche Gesundheitssystem auf künftige Herausforderungen vorzubereiten, brauchen wir eine grundlegende Strukturreform. Was wir nicht brauchen, ist der Versuch, ein System ohne Anreize und ohne Wettbewerb mit Überregulierung zukunftsfest zu machen. Dieser Satz gilt nach wie vor – und auch die Forderungen, die ich vor einem Jahr an dieser Stelle formuliert habe, sind leider nach wie vor aktuell.

Zum Beispiel beim Thema Fachkräftemangel: Das ist ein ernstes Problem, das nur durch mehr ausländische Fachkräfte in deutschen Krankenhäusern und bei niedergelassenen Ärzten gelöst werden kann. Hier muss mehr geschehen. Das ist ein Thema für die Politik, aber auch für die Gesellschaft. Es muss ein Umdenken stattfinden.

Düster ist die Lage auch bei der Wettbewerbsfähigkeit des Krankenhaussektors. Statt Anreize zu schaffen, versucht es die Ampelregierung mit noch mehr Regulierung. Dabei ist klar: Ohne ein Anreizsystem wird es die gewünschte Verlagerung von bisher stationär erbrachten medizinischen Leistungen in den ambulanten Bereich nicht geben. Mit Hilfe

des neuen Vergütungssystems der Hybrid-Diagnosis-Related-Groups (Hybrid-DRGs), mit dem nach den Vorstellungen des Bundesgesundheitsministers eine Million Krankheitsfälle behandelt werden sollen, wird das nicht funktionieren. Es setzt keine Anreize, sondern bewirkt für die Krankenhäuser das Gegenteil.

Das Krankenhausreformgesetz wird Anfang 2024 in Kraft treten, es soll die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser verbessern. Bei der Entökonomisierung der Krankenhäuser, einem der drei zentralen Ziele des Gesetzes, frage ich mich allerdings, ob das der richtige Ansatz ist. Mit Gesundheitsleistungen Geld zu verdienen kann doch nicht per se schlecht sein! Bedenklich ist auch das Narrativ zu den geplanten Schließungen. Da heißt es, ohne die Reform müssten noch viel mehr Krankenhäuser schließen. Gleichzeitig hat Karl Lauterbach vor einiger Zeit gesagt, dass in Deutschland 800 Krankenhäuser – heute sind es 1.900 – ausreichen. Die Frage ist, ob damit die Behandlungsqualität, ein weiteres Ziel der Reform, gesichert und verbessert werden kann. Und die geplante Entbürokratisierung, das Ziel Nr. 3, ist zwar lobenswert, aber in der Umsetzung problematisch.

Denn die Erfahrung zeigt, dass neue Regeln meist zu noch mehr Bürokratie führen.

Nach viel Kritik zum Schluss ein vorsichtig optimistischer Ausblick: Wer die besten Prozesse und die besten Angebote hat, wird trotz Regulierung den Markt gewinnen, davon bin ich überzeugt. Und wer sich klug

Kai Hankeln,

Vorsitzender der Konzerngeschäftsführung (CEO),
Asklepios Kliniken
GmbH & Co. KGaA



Foto: Martin Foddanu

„Was wir nicht brauchen, ist der Versuch, ein System ohne Anreize und Wettbewerb mit Überregulierung zukunftsfest zu machen.“

vernetzt, schafft die Basis für die Zukunft, die aus meiner Sicht der Netzwerk- und Plattform-Medizin gehört. Das heißt, wir müssen selbst aktiv werden und dürfen nicht auf die Politik warten. □

Die inhabergeführte Arztpraxis ist kein Auslaufmodell

Totgesagte leben bekanntlich länger: Das gilt auch für die ambulante medizinische Versorgung. Das Narrativ dort: Die klassische Einzelpraxis stehe kurz vor dem Aus. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Denn selbstständige Mediziner sind wirtschaftlich erfolgreicher.

Zwar hat sich die Anzahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt, doch weiterhin sind die Einzelpraxen mit über 70 Prozent die häufigste Niederlassungsform. Rechnet man die Berufsausübungsgemeinschaften (BAG) hinzu, dominieren diese beiden Freiberufler-Varianten mit einem Anteil von 95 Prozent nach wie vor die Versorgungslandschaft. Wenn man genau hinsieht, hat das

auch wirtschaftliche Gründe: Praxen von selbstständigen Ärzten arbeiten – erstaunlicherweise oder eben nicht – oft um ein Vielfaches rentabler als die Versorgungszentren.

In puncto Wirtschaftlichkeit und Risiko bieten Einzel- oder Gemeinschaftspraxen im Vergleich zu Medizinischen Versorgungszentren deutliche Vorteile. Humanmedizinische Einzelpraxen zeigen auch unter Berücksichtigung eines kalkulatorischen Unternehmerlohns inklusive Sozialabgaben eine Umsatzrendite von 32 Prozent im Vergleich zu 13 Prozent bei einem humanmedizinischen MVZ. Berufsausübungsgemeinschaften haben in einigen Fachgruppen wie etwa der Allgemeinmedizin eine höhere Umsatzrendite als Einzelpraxen, sodass hier der Renditeabstand zum MVZ noch größer wird.

Praxen verdienen gut

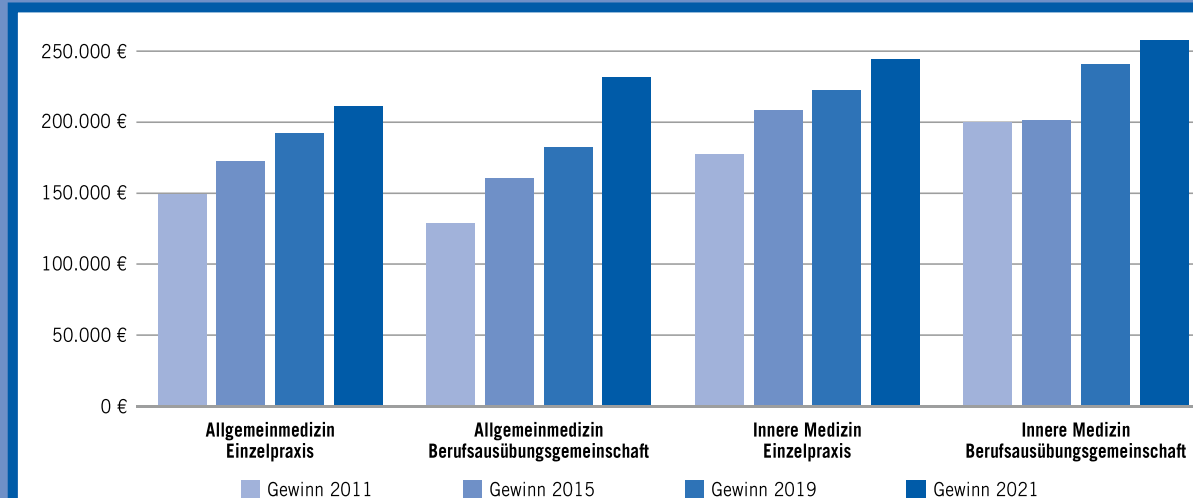
Die aktuellen Rahmenbedingungen für eine Niederlassung werden oft sehr negativ dargestellt. So stehen heute, wie auch schon in der Vergangenheit, immer wieder die Themen Budgetierung und auch die zu geringe Vergütung in der Diskussion. In einem Zehn-Jahresrückblick der Daten des Statistischen Bundesamtes von 2011 bis 2021 lässt sich diese Negativdarstellung nicht belegen. Die niedergelassene Medizin hat sich sehr positiv entwickelt, sowohl in Einzelpraxen als auch in Berufsausübungsgemeinschaften (BAG). Die Durchschnittsbetrachtung am Beispiel der Allgemeinmedizin und der Inneren Medizin zeigt in diesem Zeitraum durchschnittliche Zuwächse, die sich je Inhaber zwischen 28,4 Prozent für BAG Innere Medizin und knapp 79 Prozent für BAG Allgemeinmedizin bewegen, wobei sich der absolute Gewinn je Inhaber auch in der Einzelpraxis mittlerweile im Jahr 2021 auf über 200.000 € einpendelt.

Foto: Rebmann Research



Dr. Bernd Rebmann
Rebmann Research

„Die Möglichkeiten für eine Niederlassung oder Praxisübernahme waren schon lange nicht mehr so gut wie heute.“



Quelle: Berechnungen Rebmann Research auf Basis der Kostenstrukturanalyse (2021, veröffentlicht 2023), Statistisches Bundesamt (Destatis)

Hinzu kommt, dass das Ausfallrisiko von Arztpraxen dank gesicherter Nachfrage und garantierter Zahlungen über das gesetzliche und private Krankenversicherungssystem gerade im Vergleich zu anderen Branchen sehr gering ist.

Innovationen lohnen sich

Als Niederlassungshemmnis werden immer wieder auch die hohen Investitionen bei der Praxisgründung und dann auch im Verlauf der Praxis in die apparative Ausstattung aufgeführt. Im Rahmen der Studie „Innovation und Diffusion in der ambulant-ärztlichen Versorgungsstruktur“ hat Rebmann Research anhand verschiedener Untersuchungs- und Behandlungsmethoden untersucht, wie schnell sich Investitionen in moderne Medizintechnik in verschiedenen Fachgruppen amortisieren (s. www.rebmann-research.de). Die Anschaffungskosten der Praxen für die Verfahren liegen zwischen 20.000 € etwa für die extrakorporale Stoßwellentherapie) und 1,5 Millionen € für ein Gerät, um Positronenemissionstomografien anzufertigen.

Berücksichtigt wurde dabei insbesondere die Wirkung der Dualität von gesetzlicher Krankenversicherung

(GKV) und privater Krankenversicherung (PKV) auf die Amortisation und damit auch auf die Liquidität der Praxen. Dabei wird deutlich, dass sieben von acht innovativen Verfahren eine Refinanzierungszeit aufweisen, die zum Teil sehr deutlich unter der durchschnittlichen Abschreibungsdauer liegt.

Innovationsfördernd ist das viel größere Anwendungsgebiet der Methoden im Rahmen der Privatkrankenversicherten. Im Gegensatz zum engen Regulierungsrahmen der GKV können bei Privatkrankenversicherten deutlich mehr Indikationen zur Therapieentscheidung herangezogen werden. Das wirkt sich positiv auf die Amortisation kostenintensiver Geräte aus. Darüber hinaus tragen diese Behandlungen dazu bei, dass ein medizinischer Nutzen belegt werden kann, der in den meisten Fällen zu einer späteren Aufnahme in den Leistungskatalog der GKV führt. Damit wird durch die Behandlung weiterer Indikationen der Zugang zu innovativen Leistungen im Rahmen der GKV vorangetrieben.

Praxen erneuern, Nachwuchszärzte ins Boot holen

In den bestehenden Praxen bieten sich viele neue Möglichkeiten, die Abläufe

zu verbessern, Leistungen auszulagern und auch Wirtschaftlichkeitspotenziale zu heben. Dies wiederum kann die Grundlage für Praxisinnovationen sein, die die Attraktivität der Praxis – und den Ertrag – entscheidend erhöhen. Eine effiziente und erfolgreich geführte, modern ausgestattete Praxis ist nicht nur für Patienten attraktiv, sondern auch für das Praxispersonal und den ärztlichen Nachwuchs. Hier können Innovationszuschüsse und Fördermöglichkeiten für bestehende Praxen ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Versorgung sein. Dabei erlauben die Optionen bezüglich der Anstellung von Ärzten und die Aufgabendelegation an nichtärztliches Fachpersonal selbst im Fall der Einzelpraxis eine Tätigkeit als Teamplayer sowie Flexibilität hinsichtlich Arbeitszeiten und -umfang. Die Möglichkeiten für eine Niederlassung oder Praxisübernahme waren schon lange nicht mehr so gut wie heute. In sehr vielen Fachgruppen sind Neugründungen aufgrund freier Arztsitze möglich, in anderen Fachgruppen gibt es auch in gesperrten Planungsbereichen sehr lukrative Praxen, die abgegeben werden. Der medizinische Nachwuchs sollte die damit verbundenen Chancen aber auch erkennen. □



Foto: AdobeStock@francescosgura

Sanierung als Chance

Selbst wenn ein Unternehmen Insolvenz anmeldet, sind die Würfel noch nicht gefallen.

Während das Wort Chance im 15. Jahrhundert lediglich für den Glücksfall beim Würfelspielen verwendet wurde, bedeutet es inzwischen günstige Gelegenheit. Eine solche günstige Gelegenheit kann auch die Sanierung für ein Unternehmen sein. Anders als beim Würfelspiel ist die Sanierung jedoch nicht von reinem Glück abhängig, sondern dem Einsatz des richtigen Sanierungsinstruments. Dabei gilt die Faustformel: Umso weiter fortgeschritten die Krise des Unternehmens, umso enger der Handlungsspielraum. Und selbst ein Insolvenzverfahren bedeutet nicht das Ende, sondern kann der richtige Weg für einen Neuanfang sein.

Ist die Zahlungsunfähigkeit bereits eingetreten und kann nicht nachhaltig beseitigt werden, kommen als Instrumente zwingend nur die Insolvenz im Regelinsolvenzverfahren oder in der Eigenverwaltung in Frage. Die Eigenverwaltung hält insbesondere dann Chancen für das Unternehmen bereit, wenn nicht auf das Know-how der Geschäftsführung verzichtet werden soll, da hier die Verwaltungs- und

Verfügungsbefugnis bei der Schuldnerin bleibt. Auch die Reputation des Unternehmens kann erhalten bleiben, da erfolgreiche Sanierungen durch Eigenverwaltungen positiv am Markt gewertet werden.

Für den Fall der Überschuldung gibt es neben Regelinsolvenzverfahren und Eigenverwaltung noch das Schutzschirmverfahren als eine Unterform der Eigenverwaltung. Neben den Vorteilen der Eigenverwaltung ist es besonders für eine schnelle Umsetzung des Sanierungsprozesses geeignet. So muss zwingend innerhalb von drei Monaten der Insolvenzplan vorgelegt werden. Dieser zeitliche Druck sorgt in der Praxis für einen höheren Einsatz und ein größeres Engagement sämtlicher Beteiligter.

Sofern das Unternehmen nicht überschuldet ist und die Zahlungsunfähigkeit nur droht, steht als weiteres Instrument das Restrukturierungsverfahren zur Auswahl. Es wird nach den Regelungen des Gesetzes über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG) geführt und findet außerhalb der Insolvenz statt. Der zu erbringende Nachweis, dass die Zahlungsunfähigkeit nur droht, hat sich in der Praxis oftmals als sehr komplex erwiesen. Die Chancen liegen hier jedoch darin, dass nicht alle Gläubiger in die Planung gleichermaßen miteinbezogen werden müssen.

Das Krisenstadium des Unternehmens ist immer auch beeinflusst von äußeren Faktoren. Die aktuelle weltwirtschaftliche Lage ist für viele Unternehmen so volatil wie zuletzt zu Zeiten des kalten Krieges. Vor allem vor diesem Hintergrund sollte die Zukunft eines Unternehmens keine Glücksfrage, sondern eine Handlungsfrage sein. Handlungsspielraum entsteht durch frühes Erkennen der Lage. Nur so schafft man die besten Chancen für die Sanierung eines Unternehmens. □



Steffen Beck

Rechtsanwalt, Fachanwalt für
Insolvenz- und Sanierungsrecht;
Geschäftsführender Gesellschafter und
Managing Partner PLUTA Rechtsanwälte GmbH;
Geschäftsführer PLUTA Management GmbH

Foto: Pluta

„Über den Erfolg der Sanierung entscheidet das richtige Instrument.“

„Die Eindämmung der unregelten Immigration sowie die gezielte Steuerung der Zuwanderung sind entscheidende Säulen für unseren Wohlstand.“

Wolfgang Steiger

Generalsekretär des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.



Foto: Jens Schicke

Gefahr für Wohlstand und Zusammenhalt

Deutschland steht vor einer doppelten Herausforderung in der Migrationspolitik: Einerseits müssen wir den ungebremsten Zuzug von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten und die damit verbundene Überforderung unserer Gesellschaft eindämmen. Andererseits müssen wir die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland gezielt steuern und fördern, um unseren Arbeitskräftemangel zu beheben.

Die Zahlen sind alarmierend: In den ersten sechs Monaten 2023 ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 77 Prozent angestiegen. Die Spitzenposition nehmen Syrer ein – sie kommen mittlerweile zumeist aus der sicheren, aber wirtschaftlich zurückfallenden Türkei. Es folgen Afghanen, zumeist aus dem ebenfalls relativ sicheren, aber wirtschaftlich schwächelnden Iran. Zusammen mit den über einer Million Ukrainern und 300.000 eigentlich Ausreisepflichtigen im Land, droht eine Überforderung der Gesellschaft.

Angesichts der objektiven Gefährdung für Leib und Leben ist die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge ein selbstverständlicher Akt europäischer Solidarität. Während ukrainische Soldaten unter Einsatz ihres Lebens die Souveränität und Freiheit ihres Landes verteidigen, leistet Deutschland seinen Beitrag zum Schutz ihrer Angehörigen. Damit ist die Aufnahmekapazität der Bundesrepublik für Immigration aus humanitären Motiven jedoch schon weitgehend erschöpft. Immer mehr Kommunen geraten deshalb an ihr Limit. Kita- und Schulplätze, Wohnraum sowie ärztliche Kapazitäten werden knapp und knapper. Nicht zuletzt steigen auch die Ausgaben für Sozialleistungen an ausländische Empfänger überproportional stark an.

Insgesamt sind Ausländer unter den Transferempfängern stark überrepräsentiert. So liegt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei knapp 14 Prozent, ihr Anteil an allen „Bürgergeld“-Empfängern dagegen bei 47 Prozent. Diese Entwicklung ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich bedenklich. Sie untergräbt das Vertrauen in das Solidarprinzip unseres Sozialstaates, schafft Parallelgesellschaften und fördert die Radikalisierung.

Gleichzeitig müssen wir die Chancen der Zuwanderung nutzen, um unseren Fachkräftemangel zu beheben. Deutschland ist im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe nicht gut aufgestellt. Hohe Sprachbarrieren und ein geringer Digitalisierungsgrad sind erhebliche Standortnachteile. Umso dringender muss die Bundesrepublik ihre rekordhohe Steuern- und Abgabelast für Arbeitskräfte drücken.

Kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden, verfügen oftmals nicht über Kapazitäten, um selbst im Ausland Fachkräfte zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, hier auf die Kompetenz der Zeitarbeit zu setzen und diese auch für die Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten, außerhalb der Grenzen der EU, zuzulassen.

Die Eindämmung der unregelten Immigration einerseits sowie die gezielte Steuerung der Zuwanderung anhand der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes andererseits sind entscheidende Säulen für unseren Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Wirtschaftsrat wird sich weiterhin für eine rationale und verantwortungsvolle Migrationspolitik einsetzen, die sowohl den Interessen unserer Wirtschaft als auch den tatsächlichen humanitären Verpflichtungen unseres Landes gerecht wird. □

STANDPUNKT STEIGER

■ ■ ■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■ ■ ■

INDUSTRIE

Grünen-Vorsitzender Nouripour gegen völliges PFAS-Verbot



Der Bundesvorsitzende der Grünen, Omid Nouripour hat in einem Hintergrundgespräch mit dem Industriebeirat des Wirtschaftsrates betont, dass seine Partei kein völliges Verbot der Chemikaliengruppe PFAS wolle. "Ein Totalverbot wird es nicht geben. PFAS können in vielen Bereichen gut ersetzt werden", fügte Nouripour hinzu.

Zuvor hatten zahlreiche Branchen und Industrieunternehmen vor einem Verbot gewarnt, weil diese Chemikalien in einer großen Anzahl von Produkten enthalten seien. Dazu gehören Computerchips, Operationsbestecke oder auch Windkraftanlagen. Der Wirtschaftsrat hatte vor einem Lahmlegen eines Großteils der deutschen Wirtschaft gewarnt.

Michael Frick, Vorsitzender des Industriebeirates des Wirtschaftsrates, äußerte sich zufrieden über die Aussage des Bundesvorsitzenden der Grünen: „Nach vielen Gesprächen mit Spitzenvertretern der Ampelkoalition ist es nun endlich gelungen, die Politik davon zu überzeugen, dass ein pauschales Verbot der Chemikaliengruppe PFAS weder notwendig noch durchführbar ist. Ohne diese Chemikalien ist keine Energiewende umsetzbar.“

Foto: Christian Thiel

ENERGIE FÜR MOBILITÄT

Politik muss sich für E-Fuels bei Nutzfahrzeugen einsetzen

Die Europäische Union vereinbart, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren. Um dies mitgestalten zu können, warben rund 60 Unternehmen und Verbände der Logistik- und Busbranche sowie der Kraftstoff-, Nutzfahrzeug- und Zulieferindustrie in einem offenen Brief an Bundesregierung und Abgeordnete dafür.

Gemeinsam riefen sie dazu auf, den Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe in großen Lkw künftig als Beitrag zum Klimaschutz regulatorisch zu berücksichtigen. Dazu müsse sich die deutsche Politik auf europäischer Ebene für die Einführung eines sogenannten Carbon-Correction-Factors in die Regelung der CO₂-Emissionsstandards bei der Neuzulassung schwerer Nutzfahrzeuge einsetzen. Bei schweren Nutzfahrzeugen stellt die Transformation zur Klimaneutralität eine besonders große Herausforderung dar. Insbesondere der Aufbau leistungsfähiger Initialnetze für Strom und Wasserstoff wird noch einige Jahre benötigen. Alle Prognosen gehen von einem anhaltenden Verkehrswachstum aus. Umso wichtiger werden wirkungsvolle Maßnahmen und die Verbreiterung des Handlungsfelds zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.



Foto: AdobeStock/Mike Mareen

EUROPÄISCHE FINANZMARKT- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Stabilitäts- und Wachstumspakt entpolitisieren

Nicht nur in Deutschland, auch in der EU schwelt eine unheilvolle Diskussion über den Umgang mit verbindlichen Schuldenregeln. Die EU-Kommission hatte im April Vorschläge vorgelegt, mit denen die Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts verwässert werden. Insbesondere ist vorgesehen, für die Mitgliedsstaaten, die von der Schuldenregel abweichen, Spielräume für die haushaltspolitische Konsolidierung zu gewähren und in länderspezifischen Absprachen festzulegen. Für den Wirtschaftsrat ist klar: Dies widerspricht dem Prinzip eines regelbasierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Das individuelle Aushandeln von Schuldenabbau Pfaden der EU-Kommission mit den Defizitsündern wäre ein Schritt in den Basarhandel. Eine Schuldenregel braucht glaubwürdige, harte und messbare Kriterien, auf die sich die Finanzmarktteilnehmer verlassen können müssen.

Vor diesem Hintergrund hatte sich die Bundesfachkommission Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik dezidiert mit den Beratungen der EU zu den Vorschlägen der EU-Kommission auseinandergesetzt. Hierzu standen als Gesprächspartner der renommierte Finanzpolitiker Dr. Michael Meister MdB der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Leiterin des Referats Fi-



nanzmarktstabilität im Bundesministerium der Finanzen, Doreen Herms, für einen intensiven Austausch zur Verfügung.

Die Botschaften sind klar: Den Regeln des Stabilitätspakts fehlte es bisher an Biss, der präventive Arm zur Vermeidung eines Defizits über drei Prozent hat nie funktioniert. Diese jetzt um neue, laxere Regeln zu ergänzen, kommt einer Abschaffung des Stabilitätspaktes gleich. Folgerichtig wäre, die Regeln zum Abbau eines überhöhten Defizits, also den korrektiven Arm, mit strengen Vorgaben auszustatten. Stattdessen würden die derzeit diskutierten laxen Bedingungen im Schuldenabbau dem Stabilitätspakt auch noch die restlichen Zähne ziehen.

Es darf in den Verhandlungen des ECOFIN-Rates nicht zu einem Kuhhandel kommen. Die EU muss sich entscheiden: Entweder eine Verschärfung der Schuldenprävention oder eine Verschärfung der Schuldenabbauverpflichtungen. Es zeigt sich: Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt muss nicht reformiert, sondern entpolitisiert werden. Es braucht einen Sanktionsautomatismus, der bei Verfehlungen gegen die Kriterien direkt einsetzt und nur mit Beweislastumkehr des betroffenen Mitgliedstaates von einem unabhängigen Gremium aufgehoben werden kann.

Foto: Hans Christian Plambeck

ARBEITSMARKT UND ALTERSSICHERUNG

Arbeitskräftepotenziale bestmöglich erschließen

Inflation, hohe Zinsen und internationale Auseinandersetzungen wirken sich derzeit erheblich auf den deutschen Arbeitsmarkt aus. Die aktuelle Lage ist angespannt. In der Bundesfachkommission Arbeitsmarkt und Alterssicherung trafen sich Unternehmer und Wissenschaftler, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu diskutieren. Zu Gast war Prof. Dr. Holger Bonin, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität in Kassel und Forschungsdirektor der Institution zur Zukunft der Arbeit.

Auf den ersten Blick scheint die Situation paradox: Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist sehr hoch, trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit. Als eine Ursache für den Arbeitskräftemangel in Sektoren wie der Gastronomie nennt Prof. Dr. Bonin die Corona-Pandemie. Sie habe bei vielen eine berufliche Neuorientierung angestoßen. Zudem wünschten sich die auf den Arbeitsmarkt getretenen Generationen Z und Alpha ein geringeres Arbeitszeitvolumen als vorherige Generationen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollte deshalb das Arbeitskräftepotenzial von Frauen besser ausgeschöpft werden. Gleichzeitig sollten steuerliche Anreize für eine Erwerbstätigkeit über die Regelaltersgrenze hinaus gestärkt sowie auf die Kraft der Innovation gesetzt werden, um den Mangel an Arbeitskräften zu lindern.

Anja Schulz, Berichterstatterin der FDP-Bundesfraktion, betonte, dass die Arbeitslosenquote zuletzt leicht angestiegen sei. Das aktuell von der FDP-Bundestagsfraktion beschlossene Positionspapier enthalte wichtige Punkte zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dazu gehöre auch die Forderung nach einem Stopp beim Ausbau des Sozialstaates. Dies sei umso wichtiger, als zuletzt die Sozialausgaben zulasten der Investitionen überproportional stark angestiegen seien. □



Foto: Jens Schicke

DIGITALE INFRASTRUKTUREN

Glasfaserausbau beschleunigen

Die Bedeutung digitaler Infrastrukturen nimmt weiter zu in unserer Gesellschaft. Sie ermöglichen eine Vielzahl von Diensten und Anwendungen, die unsere Lebensweise und Wirtschaft maßgeblich beeinflussen. In Zeiten zunehmender Vernetzung sind leistungsfähige, resiliente, digitale Infrastrukturen entscheidend für eine moderne Gesellschaft. Die Bundesarbeitsgruppe Digitale Infrastruktur diskutierte dies unter dem Vorsitz von Valentina Daiber, Chief Officer Legal & Corporate Affairs und Mitglied des Vorstandes, Telefónica Deutschland Holding AG, mit Dr. Markus Reichel MdB, Mitglied des Digitalausschusses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dieser betonte, dass eine erfolgreiche Digitalstrategie verbesserte Voraussetzungen für den Infrastrukturausbau erfordert. Es sei bezeichnend, dass man sich immer noch über Kompetenzen und Leistungen im Ausbau der Infrastruktur verständigen müsse. Laut einem Bericht der EU-Kommission liegt Deutschland mit dem Ausbau von Glasfasernetzen zu 19 Prozent weit unter dem europaweiten Durchschnitt von 56 Prozent zurück. Auch im Bereich der digitalen Kompetenzen hinken wir hinterher. Ein flächendeckender Ausbau wird als Voraussetzung für Wirtschaft und Gesellschaft angesehen. Aktuell beschäftige sich die Bundesregierung mit Themen wie Fördermaßnahmen, dem Umgang mit Überbau und der Verbesserung der Wettbewerbserfahrungen im Ausbau. Dr. Reichel betonte, dass es noch keinen klaren Leitfadengäbe, welches Modell langfristig angestrebt werde und welche Rolle der Regulator dabei spielen solle. Er forderte die Bundesregierung dazu auf, den Ausbau des Netzes und den Glasfaserausbau im Interesse aller zügig voranzutreiben. □



Foto: Jens Schicke

KRANKENHAUS

Krankenhausreform neu aufsetzen

Auf der jüngsten Sitzung der Bundesarbeitsgruppe Krankenhaus mit Stephan Pilsinger MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuss und Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Krankenhauspolitik, wurden kritische Standpunkte zur aktuellen Krankenhausreform besprochen. Stephan Pilsinger kritisierte die Auswahl der Teilnehmer der Expertenkommission für die Reform, die ausschließlich aus Professoren aus Großstädten bestand und zu der keinerlei Vertreter von Interessengruppen eingeladen worden seien. Er bemängelte auch die Rolle der Level-1-Krankenhäuser und sah sie als unzureichend für die Grundversorgung an.

Die finanziellen Prognosen zeigten eine düstere Zukunft, sagte der Bundestagsabgeordnete: 50 Prozent der Krankenhäuser



arbeiteten 2023 defizitär, bis 2024 würden voraussichtlich 80 Prozent aller Häuser Defizite verzeichnen. Stephan Pilsinger führte dies auf die hohe Inflation und durch den Bund nicht ausgeglichene Lohnerhöhungen zurück. Gleichzeitig würden Krankenhäuser rekommunalisiert und die diskutierte Vorhaltepauschale, sei schädlich für das Leistungsangebot und zu bürokratisch. Die anhaltende Unsicherheit über die zukünftige Ausgestaltung der Reform trieb die Mitglieder der Kommission um. Stephan Pilsinger hofft, dass das Krankenhaustransparenzgesetz im Vermittlungsausschuss scheitert. Die Diskussion drehte sich um mögliche Konflikte zwischen Bund und Ländern, wobei Pilsinger die Länder als notwendiges Gegengewicht zur Politik des Bundesgesundheitsministers sah. □

Foto: Jens Schicke

*Rund 600 Besucher diskutierten in Berlin
Deutschlands Innovationsfähigkeit.*

Der Wirtschaftstag der Innovation (WTI) stieß auch dieses Jahr auf große Resonanz. Der WTI ist die Highlight-Veranstaltung im Digitalbereich und für alle Zielgruppen mit einem Fokus auf Digitalisierung und Innovation von Interesse. Rund 600 Unternehmer verfolgten die Reden, Statements und Panels hochrangiger Gäste aus Politik und Wirtschaft über die Chancen und Herausforderungen neuer Technologien in Präsenz und mehr als 4.000 Zuschauer über den Livestream.

Auch in Zeiten von Krieg und Klimawandel bilden Innovationen das Rückgrat der modernen Gesellschaft. Sie eröffnen Chancen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Im Mittelpunkt der Diskussion standen daher Fragen rund um einen wirtschaftspolitischen Rahmen, der Innovationen und neue Geschäftsmodelle fördert und die Wettbewerbsposition Deutschlands im internationalen Wettbewerb stärkt.

„Die Zukunft unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens wird zu einem erheblichen Teil davon beeinflusst, wie wir mit Innovationen umgehen. Entwickeln wir die richtigen Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand!“

Astrid Hamker

Präsidentin des Wirtschaftsrates

„Alles, was wir heute tun, wird digitaler, transparenter und zirkulärer. Eine große Frage bei den generativen KI-Modellen ist, wie wir mit Urheberrechten umgehen. Wir als Gesetzgeber müssen hier eine Balance finden.“

Axel Voss MdEP

Koordinator der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss,
CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

„Wir haben in Deutschland die Tendenz, Dinge schlecht zu reden. Unsere Weltmarktführer spielen ganz vorne mit. In dem Produkt, was sie anbieten, spielen sie vorne mit. Bei Künstlicher Intelligenz stehen wir nicht nur in der Pole Position, sondern sind auch nach der ersten Kurve vorne mit dabei.“

Benjamin Brake

Abteilungsleiter, Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Impressionen

Wirtschaftst



Fotos: Thomas Rafalzyk, Jens Schlicke

Tag der Innovation 2023



„Die Diskussion in Deutschland ist von Bedenken und Risiken getrieben. Wir sprechen viel zu wenig über Chancen. Dabei sollten und müssen wir sie nutzen, um Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen.“

Ronja Kemmer MdB

Obfrau im Ausschuss für Digitales CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Wir stehen vor einer Welle der Innovationen, die wir uns nicht ausmalen können. Die Digitalisierung bekommt mit der Künstlichen Intelligenz eine ganz neue Qualität. Das bedeutet unfassbare Chancen für die Zukunft.“

Thomas Heilmann MdB

Mitglied des Ausschusses für Klimaschutz und Energie, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Die 2020er-Jahre werden ein sehr anstrengendes Jahrzehnt. Dabei ist unser Geschäftsmodell stark unter Stress. Wir sollten jedoch alles dafür tun, dass wir ein Industrieland bleiben – mit einem starken Anteil innovativer industrieller Wertschöpfung.“

Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Wir leben in einer Multikrisenzeit. Für die Politik ist die größte Herausforderung heute, die Vernetzung der Welt in ihrer Policy abzubilden. Das ist eine hohe Kunst. Generative Künstliche Intelligenz kann da sehr helfen.“

Dr. Marianne Janik

Vorsitzende der Geschäftsführung, Microsoft Deutschland

„SAP kann nicht der einzige europäische Digitaleuchtturm sein. Das ist zu wenig. Ein Unternehmen, dass älter ist als ich, kann nicht unsere digitale Hoffnung sein. Wir haben in den letzten Jahren zu viel über Regulierung geredet.“

Thomas Jarzombek MdB

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

„Wir haben auf den Finanzmärkten in Europa einen regulatorischen Nachteil gegenüber den US-Instituten. Der Vorteil Europas für die Zukunft liegt aber darin, dass unser Standort genau in der Mitte der Zeitzonen liegt.“

Frank Scheidig

Mitglied im Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung & DZ Bank AG

□

Text: Mia Concetta Sigismondo

Wenn Michael Frick über die eigentlichen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft nachdenkt und sich anschaut, in welche Richtung wir uns wirtschaftlich europaweit bewegen, hat er starke Bedenken: „Wir reden in Europa nicht mehr darüber, dem Einzelnen Eigenverantwortung zu geben, sondern müssen feststellen, dass die Eigenverantwortung substituiert wird durch die staatliche Übernahme von Verantwortung.“ Dabei spricht er besonders über staatliche Eingriffe: „Wir reden auch nicht mehr nur über Fragen, wie etwa dass „meine Frei-

heit endet dort, wo die des anderen beginnt“, sondern wir reden darüber, dass in unsere eigenen Freiheitsgebiete regulatorisch wirklich eingegriffen wird – das ist in diesem Umfang bisher unbekannt gewesen.

Als Chief Financial Officer kann Michael Frick auf eine jahrzehntelange Expertise in der Wirtschaft zurückblicken und stuft diese Aspekte daher als „extrem bedenklich“ ein. Die Schwierigkeit bestünde also darin, eine gute Mitte zwischen Eigenverantwortung ohne staatlichem Eingreifen und einer gewissen „Eingrenzung und Einhegung der unternehmerischen Freiheit“ zu finden, also einen klaren Ordnungsrahmen vorzugeben.

Der Vorsitzende des Industriebeirates kritisiert vor allem das Paradox zwischen den Vorgaben der Politik und ihrer Erfüllbarkeit durch die Wirtschaft. Die Wahrnehmung von Freiheit in einem gesetzlich vorgegebenen Ziel, nämlich irgendwann CO₂-neutral zu sein, könne er zwar tragen, was wir jedoch erleben sei eine Regulatorik am Produkt, die ökonomisch schädlich sei und am Ende auch die Freiheitsgrade des Konsumenten einschränken wird.“ Diese Regulatorik sei für ihn nicht nur darauf orientiert Treibhausgase zu reduzieren, sondern auch den Konsum zu steuern. Dies widerspreche seinem grundsätzlichen Verständnis von Freiheit, betonte Michael Frick.

„Gute Mitte zwischen Freiheit und Regulierung finden“



Foto: Jens Schicke

Foto: Markus Altmann



Michael Frick

wurde im Dezember 2022 der Chief Financial Officer (CFO) des Automobilzulieferers ZF Friedrichshafen und leitet seitdem auch den Industriebeirat des Wirtschaftsrates. Mit ausgewiesener Expertise in der Zulieferbranche führt er bei ZF die Bereiche Finanzen, Buchhaltung und Controlling. Für seine Arbeit im Wirtschaftsrat hat er sich vorgenommen, die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft zu wahren und seine unternehmerische Erfahrung an den entscheidenden politischen Schaltstellen einzubringen. Er freut sich mit dem Industriebeirat einen Beitrag dazu zu leisten, eine Integrationsperspektive über verschiedene Fachbereiche hinweg liefern zu können und einen politischen Dialog einzuleiten.

mern. „Die Industrie passt sich an, weil sie sich anpassen muss, wenn sich Standort- und Rahmenbedingungen ändern.“ Als Beispiel führt er die Chipherstellung an: „Unsere europäisch-deutsche Mobilitätsindustrie

„Ohne eine gut orientierte Energiepolitik wird industrielles Arbeiten in Deutschland einen anderen Rang erhalten.“

birgt den Nachteil, dass jedes Unternehmen, das international wettbewerbsfähig bleiben möchte, kostengünstige Standorte außerhalb der EU sucht, um der vorherrschenden Wettbewerbssituation in Europa gerecht zu werden. „Dies wird man auch in anderen Industrien sehen.“

Als Vorstandsmitglied des Automobilzulieferers ZF fügt er hinzu, dass die Automobilbranche eine Branche ist „in der wir vorhersagen können, dass sie in zehn Jahren eine ganz andere Struktur haben wird als heute, und dass der Übergang sehr rumplig und auch mit einer Reduzierung der Wertschöpfungskettenteile, die in Deutschland abgebildet werden, verbunden sein wird.“ Seine Befürchtung ist: „Wir werden in zehn bis 15 Jahren bestaunen, warum die Regulatorik nicht eingedämmt, sondern ausgebaut wurde und warum uns durch falsche Rahmensetzung alle wesentlichen Standortvorteile, die Deutschland mal hatte, über die Zeit genommen wurden.“

Abschließend warnt Michael Frick prägnant: „Wir müssen uns dem Wettbewerb stellen und das werden wir als deutsche Zulieferunternehmen sicherlich mit einer hohen Wandlungsgeschwindigkeit, in einem partnerschaftlichen Dialog tun.“ □

Das Thema Energie ist dem Finanzchef ein wichtiges Anliegen. „Ohne das Rückgrat der Wirtschaft, nämlich eine gut orientierte Energiepolitik, wird industrielles Arbeiten in Deutschland einen anderen Rang erhalten.“ Er befürchtet, dass die Bundesregierung, egal ob Ampel oder Große Koalition, dies nicht sicherstellen werde. Deshalb fordert Michael Frick „nachhaltig günstigen Strom, immer und überall verfügbar zu machen.“ Hierfür einzutreten, ist eines der Hauptziele seines politischen Engagements.

„Sehr ähnlich ist der Strang der Sozialgesetzgebung und der Interpretation von Sozialer Marktwirtschaft auf der Verteilungsseite.“ Zwar spricht Michael Frick sich für eine angemessene soziale Sicherung jedes Einzelnen aus. Doch er stellt, etwa bei der Rente, die das beitragsfinanzierte Instrument in Frage. Für ihn erscheint es kontradiktorisch, dass „wir Arbeitskosten weiter überlasten und die Gesetzgebung weitere Schritte macht, die arbeitsfeindlich sind.“

Aus dem Blickwinkel von Michael Frick ist es auch falsch, dass Deutschland bei der sozialen Sicherung ausschließlich auf das „Generationenvertragsprinzip“ setzt: „Ein besonders gutes Beispiel ist hier die Pflegeversicherung aus dem Jahr 1995. Schon damals war klar, dass das System auf dieser Basis nicht funktionieren kann.“ Daher steht für den Vorsitzenden des Industriebeirats fest: „Wir brauchen eine Neuorientierung auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialgesetzgefüge und in der Industrie, um Arbeitnehmer nicht zu überlasten. Wir müssen deutlich differenzieren, was können Aufgaben der beitragsfinanzierten Sozialsysteme sein und was könnten Vehikel sein, die dafür deutlich besser geeignet sind.“

Durch hohe Steuern, entbehrliche Bürokratie, teure Energie und fehlende Fachkräfte wird Deutschland im europäischen und internationalen Standortwettbewerb immer unattraktiver, betont Michael Frick. Deutschlands Industrie würde gern weitere Aufträge wahrnehmen, dies sei allerdings nicht möglich, ohne eine geregelte Zuwanderung von motivierten Arbeitneh-

Rückblick Einblick Ausblick



Nordrhein-Westfalen Wirtschaftstag Nordrhein-Westfalen 2023 Blaupause für ein modernes Industrieland

Anpacken, Probleme lösen, das Schlagwort der Zeitenwende ernst nehmen: Diese Akzente setzte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst auf dem Wirtschaftstag Nordrhein-Westfalen 2023. Über 600 Gäste waren der Einladung von Paul Bauwens-Adenauer, dem Landesvorsitzenden des Wirtschaftsrats Nordrhein-Westfalen, in die DZ Bank gefolgt. Wo setzt man Hebel an, um die aktuellen Krisen zu überwinden? Ministerpräsident Hendrik Wüst machte in seinem Vortrag „NRW – Blaupause für ein modernes Industrieland“ klar: Angesichts von Umfragen, die wachsende Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates dokumentieren, könne es nicht darum gehen, sich auf Wahlanalysen zu beschränken. „Wir müssen handeln, Probleme angehen und Lösungen finden“, betonte Ministerpräsident Wüst.



v.l.n.r. Thomas Ullrich, Vorstand DZ Bank, Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes NRW, Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, Paul Bauwens-Adenauer, Landesvorsitzender Wirtschaftsrat NRW

Beispiel Energie: Grundlastfähige Gaskraftwerke, die in Zukunft mit Wasserstoff betrieben werden können, sind in NRW Voraussetzung für den Ausstieg aus der Braunkohle: „Kein Ausstieg ohne Einstieg“. Zugleich Sorge NRW für einen „ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energie, da sind wir gut unterwegs.“ Die energieintensive Industrie brauche Klarheit und Versorgungssicherheit. „Deshalb bin ich bereit, mich einem Brückenstrompreis zu nähern“, formulierte Wüst. Der muss klug konzipiert sein: Mitnahmeeffekte müssen vermieden werden, ebenso wie mangelnde Effizienz.

Beispiel Bürokratie: Beim Wunsch, in Planungsverfahren Akzeptanz zu schaffen, „sind wir so kompliziert geworden, dass wir am Ende für das gesamte System an Akzeptanz verloren haben“, so Wüst. Der Staat müsse den Bürgern und der Wirtschaft grundsätzlich mehr Vertrauen entgegenbringen, nur so gewinne der Staat an Vertrauen zurück. „Deutschland braucht mehr Tempo, egal, ob man das jetzt Deutschlandpakt oder Pakt für Planungsbeschleunigung nennt.“



Moderator Dr. Martin Kessler, Leitender Redakteur Politik, Rheinische Post, Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW, Jérôme Debreu, Vorsitzender des Vorstandes, Kiekert AG, Felix Fiege, Vorsitzender des Vorstands, Fiege Logistik Holding Stiftung & Co. KG

Ein Schlüsselthema sind Flucht und Migration, unterstrich der Ministerpräsident. „Wir sind am Limit bei Unterbringung und Integration. Das sagen unsere Kommunen – und sie sagen die Wahrheit.“ Deshalb sei „in aller Sachlichkeit“ zu unterscheiden zwischen denen, die allein aus wirtschaftlichen Gründen kommen und „all jenen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen. Denen, die unseren Schutz brauchen, müssen wir gerecht werden.“

Astrid Hamker erinnerte an die Gründungsgeschichte des Wirtschaftsrates, lenkte den Blick aber ebenso auf die aktuellen Herausforderungen. Sie forderte die Politik auf, entschlossen zu handeln, statt ideologisch motivierte Entscheidungen zu treffen, wie etwa das endgültige Aus der Kernkraftwerke, die sie „unverantwortlich für den Industriestandort Deutschland“ nannte. „Unsere Richtung sollte Re-Industrialisierung sein, nicht De-Industrialisierung.“



Sehr gut besuchter Wirtschaftstag in Düsseldorf: Astrid Hamker, Hendrik Wüst und Mona Neubauer und andere sorgen für spannende Diskussionen



Mecklenburg-Vorpommern Minister Dr. Heiko Geue: „Nur mit Rücklagen können wir den Haushalt aufstellen“

Coronapandemie, unterbrochene Lieferketten, Energiepreise, Inflation – die letzten Jahre waren mit vielen Herausforderungen verbunden. Neben den finanziellen Belastungen macht die Arbeits- und Fachkräftesituation auch den Verwaltungen zu schaffen. „Die Personalkosten werden kurzfristig auf 30 Prozent unseres Budgets steigen“, erklärte Dr. Heiko Geue, Finanzminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. „Leider helfen uns die Mehreinnahmen nur bedingt, um überall ausreichend Investitionsmittel einzusetzen. Wir müssen auch schon auf unsere Rücklagen zugreifen“, sagte der Minister. Weitere große Posten seien die Kosten für Energie und Bildung.

Anschließend stand der Minister den Unternehmern Rede und Antwort. Themen waren unter anderem die Grunderwerbssteuer, Probleme mit dem Verbandsklagerecht bei Genehmigungsverfahren oder auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer

im Gastronomiebereich auf wieder 19 Prozent. Der Vorsitzende der Landesfachkommission Finanzen, Haushalt und Steuern, Ulf Knorr, führte durch die Sitzung. Zu Beginn der Sitzung stellte Landesgeschäftsführer Reto Pikolin die kürzlich versandte Pressemitteilung des Wirtschaftsrates zur Grunderwerbssteuer vor.



Dr. Heiko Geue, Finanzminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SPD) zu Gast beim Wirtschaftsrat



Hessen Festakt 60 Jahre Wirtschaftsrat: Werte, Wohlstand, Zusammenhalt

Am 9. Dezember 1963 hat sich auf Initiative von führenden Wirtschafts- und Politikvertretern der Wirtschaftsrat in Bonn konstituiert. Damals wie heute war und ist ein Verband nötig, um der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards eine Stimme zu geben und sich für dessen Werte in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Bisher ist es dem Wirtschaftsrat gelungen, trotz wiederholter Krisen den Zusammenhalt und Wohlstand zu erhalten. Allerdings ist angesichts der aktuellen politischen Lage nicht zwangsläufig gewährleistet, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der Gesellschaft auch in Zukunft Widerhall finden.

„Der Wirtschaftsrat bietet eine großartige Plattform, die bedeutsam für die Gesellschaft ist“, betonte der Eh-



Dr. Joachim von Schorlemer, Landesvorsitzender Hessen des Wirtschaftsrates, auf dem Podium: v.l.n.r. Corinna Egerer, Moderatorin, Caroline Bosbach, Vorsitzende Junger Wirtschaftsrat, Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates und Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesforschungsminister a.D.

renvorsitzende des Wirtschaftsrates Hessen, Prof. Hans Helmut Schetter, in seiner Keynote. Auch Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, Hessischer Ministerpräsident a.D., stellte in seiner Rede fest, dass Interessenorganisationen, die wertegebunden sind, wichtig für die Gesellschaft sind. „Die Werte machen den Wirtschaftsrat aus – und attraktiv“, unterstrich Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch.

In der Diskussion zwischen Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesforschungsminister a. D., der Bundesvorsitzenden des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach, und dem Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, standen Werte, Wohlstand und Zusammenhalt damals, heute und in Zukunft im Mittelpunkt. „Unser Land und die Gesellschaft haben sich verändert. Deswegen ist es wichtig über Werte zu sprechen“, betonte Caroline Bosbach. Für Prof. Dr. Heinz Riesenhuber ist der Wirtschaftsrat in einer großen Breite mit den richtigen Themen in der Öffentlichkeit vertreten. „Die Soziale Marktwirtschaft ist die Antwort darauf, wie wir die Zukunft gestalten können“, so Wolfgang Steiger.



Prof. Hans Helmut Schetter, früherer Vizepräsident und Landesvorsitzender Hessen des Wirtschaftsrates



v.l.n.r. Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates und Dr. Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesforschungsminister a.D.



Baden-Württemberg Festakt 60 Jahre Wirtschaftsrat mit Cem Özdemir MdB und Thomas Strobl MdB

Über 500 Unternehmer und Gäste kamen zum Jahresempfang, um den 60. Geburtstag des Wirtschaftsrates zu feiern. Vor dem Festakt wurde der Vorsitzende des Landesverbands Baden-Württemberg neu gewählt. Der bisherige Amtsinhaber Joachim Rudolf konnte sich über ein sensationelles Ergebnis freuen und bleibt für zwei weitere Jahre im Amt.

Auch über die Zusammensetzung des Landesvorstandes stimmten die Mitglieder ab: Gewählt wurden Dr. Olivia Arago, Vice President eMobility Services und Managing Director of Bosch Charging Solutions bei der Bosch-Gruppe, Stuttgart; Markus Barner, Geschäftsführer bei Kärcher FutureTech, Schwaikheim; Dr. Anne de Boer, Partnerin der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek, Stuttgart; Irmgard Freidler, Mitglied der Geschäftsführung bei Alb-Gold, Trochtelfingen; Rainer Otto F. Scharr, Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Scharr KG, Stuttgart; Florian Schmieder, Geschäftsführer bei Schmieder Übersetzungen, Fronreute-Staig; Konrad Walter, Geschäftsführender Gesellschafter der WKS Wirtschaftsprüfergesellschaft, Rastatt und Dr. Peter Wende, Partner bei CMS Hasche Sigle, Stuttgart.



v.l.n.r. Joachim Rudolf, Landesvorsitzender Baden-Württemberg und Mitglied des Präsidiums des Wirtschaftsrates, Thomas Strobl, stellv. Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen des Landes Baden-Württemberg, Muhterem Aras MdL, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Zum Auftakt des Festaktes begeisterte Joachim Rudolf das Publikum mit einer emotionalen Rede. Dabei sprach der Landesvorsitzende aktuelle Probleme wie etwa den Klimawandel an: „Wenn wir Herausforderungen wie die menschengemachte Erderwärmung nicht entschlossen angehen, werden sich unsere Nachfolgenerationen mit kaum überwindbaren Schwierigkeiten konfrontiert sehen.“ Gleichzeitig zeigte er sich optimistisch, dass vor allem die Innovations- und Schaffenskraft der hiesigen Unternehmen einer der entscheidenden Faktoren sei, um „doch noch die Kehrtwende schaffen zu können“. Auch bei der darauffolgenden von Jens Zimmermann moderierten Podiumsdiskussion mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras



v.l.n.r. Cem Özdemir MdB, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Katja Scharr, Friedrich Scharr KG

MDL, Bündnis 90/Die Grünen sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl, CDU, fiel Joachim Rudolf erneut durch klare Worte und Stellungnahmen auf. Es sei nicht beim Klimawandel, sondern auch bei den Themen Migration oder Bürokratieabbau dringend notwendig, „den Worten endlich Taten folgen zu lassen“. Ebenso wie zuvor schon Strobl, ließ es sich auch der Bundesagrarminister und Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen, nicht nehmen, dem Wirtschaftsrat persönlich zu seinem runden Jubiläum zu gratulieren.

Sachsen

Bundesbank-Vorstand Prof. Dr. Joachim Wuermeling in Leipzig

Auch die Welt der Finanzen unterliegt grundlegenden technologischen Veränderungen, die uns alle betreffen. Eine Einordnung der neuesten Entwicklungen ist daher vonnöten, und wer wäre in unsicheren Zeiten eine sicherere Bank als Referent und Kompass als der Vorstand der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Joachim Wuermeling. Im Restaurant Macis im Herzen von Leipzig bei Kaffee und warmen Croissants führte Prof. Wuermeling durch das anspruchsvolle Thema und stand den Unternehmern Rede und Antwort. Sektionssprecher Dr. Jan Boehm begrüßte den Bundesbank-Vorstand und stellte ihn vor. Das Thema: „Die schöne neue digitale Finanzwelt: Verheißung oder heiße Luft?“ Entsprechend fundiert, aber gleichsam mitreißend, waren Prof. Wuermelings Ausführungen zu den Themen Technologie in der Finanzwirtschaft, zur Zukunft der Aufsicht und zum Digitalen Euro.



Sektionssprecher Dr. Jan Boehm (l.) und Prof. Dr. Wuermeling (r.)



Saarland

Notenbank-Chef François Villeroy de Galhau beim Wirtschaftsrat

60 Jahre Elysée-Vertrag und 60 Jahre Wirtschaftsrat: Mit „Die Hoffnung eines Europäers“ hat François Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, seine Keynote übertitelt. Im Haus der Saar LB in Saarbrücken trafen sich Gäste aus Politik und Wirtschaft auf gemeinsame Einladung von SaarLB, Club des Affaires Saar-Lorraine und dem Wirtschaftsrat im Saarland. 60 Jahre Elysée Vertrag, 60 Jahre Wirtschaftsrat, 35 Jahre Club des Affaires Saar-Lorraine würdigten Politiker wie Jakob von Weizsäcker, Minister der Finanzen und für Wirtschaft des Saarlands und Staatssekretär David Lindemann, Chef der saarländischen Staatskanzlei.



v.l.n.r. Frank Peter Eloy, Vorstandsmitglied der Landesbank Saar; Fabienne Pierrard, Présidente du Club des Affaires Saar-Lorraine; François Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, Oliver Geis-Sändig, stellv. Landesvorsitzender Wirtschaftsrat Saarland, Partner und Leiter KPMG AG WPG Saarbrücken; Stephan Toscani MdL, Landesvorsitzender CDU und Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag, Jakob von Weizsäcker, Minister der Finanzen und für Wissenschaft des Saarlandes

Die Keynote von François Villeroy de Galhau macht Mut, wie auch sein gleichnamiges Buch. „Als Zentralbanker komme ich, das heißt, ich bin politisch unabhängig“, sagte der Gouverneur. „Unabhängigkeit ist eine deutsche Tugend, die wir von der Deutschen Bundesbank geerbt haben.“ Er engagierte sich für den Euro und gegen die Inflation. Die Hoffnung eines Europäers habe er immer noch. Er zeigte sich überzeugt, dass „wir den Sieg gegen die Inflation erreichen werden. Er wies auf die deutlich gestraffte Geldpolitik hin, „das wissen die Unternehmer, die heute hier sind“. Diese Geldpolitik sei wirksam. „Das ist nicht nur ein Engagement. Wir werden bis 2025 die Inflation auf zwei Prozent zurückbringen.“ Er vertraue darauf, dass die Eurozone um eine Rezession herumkomme.

Worüber sich Frankreich und Deutschland nicht einig wären, sei das schwierige Thema Energie. „Dabei haben beide Länder das gleiche Ziel, einen Energiewandel hin zu erstens dekarbonisierter Energie, zweitens unabhängiger Energie und drittens wettbewerbsfähiger Energie. Ohne starke Unternehmen, ohne starke Industrie – kann es kein dauerhaftes Europa geben.“



Thüringen

28. Weimarer Wirtschaftsgespräch: Vernunft und Rationalität statt Ideologie

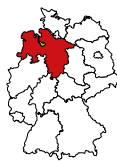
Das 28. Weimarer Wirtschaftsgespräch „Soziale Marktwirtschaft – quo vadis?“ stellte einen Höhepunkt auf dem Veranstaltungskalender des Landesverbandes Thüringen dar. Etwa 120 Mitglieder sowie Gäste aus Politik und Wissenschaft diskutierten aktuelle gesellschaftliche, ordnungspolitische sowie wirtschaftspolitische Themen, die den Freistaat Thüringen betreffen. Ein besonderes Augenmerk wurde im 60. Jahr des Bestehens des Wirtschaftsrats auf die Wirtschaftspolitik Deutschlands gelegt. Hier müsse in allen Politikfeldern ein Umdenken seitens der Landes- und Bundesregierung erfolgen. Pragmatismus und die Soziale Marktwirtschaft mit ihrem Leistungsprinzip müssten wieder den Maßstab für die Gestaltung der Rahmenbedingungen bilden.

Im Podium stellten sich Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats, Silvia Breher MdB, Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und Prof. Dr. Mario Voigt, Landesvorsitzender der CDU in Thüringen und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag der Diskussion mit den Unternehmern der Region. Mit der direkten Einbindung von Mitgliedern und Gästen wurde das Format des „echten Gesprächs“ fortgeführt: In vier Gruppen sammelten sie Fragen und Statements aus Landessicht. Infrastruktur, Dekarbonisierung und Deindustrialisierung, Arbeiten in Deutschland und Bildung, bildeten die vier Schwerpunktthemen. Erst hiernach wurden die Ergebnisse, moderiert vom Landesvorsitzenden Mihajlo Kolakovic, mit dem Podium diskutiert.

Vor dieser festlichen Kulisse verlieh der Landesverband Thüringen 2023 zudem die Wilhelm-Röpke-Medaille an Dieter Bauhaus, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Mittelthüringen im Ruhestand, und Andreas Krey, Sprecher der Geschäftsführung der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH, für ihre besonderen Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft im Freistaat Thüringen.



v.l.n.r. Mihajlo Kolakovic, Landesvorsitzender Thüringen und Bundesvorstand des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, Silvia Breher, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Mario Voigt, Vorsitzender der CDU Thüringen



Niedersachsen, Bremen

Bremen & Nordniedersachsen: Eine Region mit enormem Potenzial für einen nachhaltigen Energiestandort

Einigkeit beim Nordwestdeutschen Energiesymposium: Die Region kann zum nachhaltigen Energiestandort Nr. 1 in Deutschland werden. Als Moderatoren führten Dirk Briese, Vorsitzender der Landesfachkommission Energie und Umwelt in Bremen, und Markus Lesser, Vorsitzender der Landesfachkommission Energiewirtschaft in Niedersachsen, gemeinsam durch die Veranstaltung.

Angesprochen auf die Realisierbarkeit der ambitionierten Ausbauziele in puncto regenerative Energieträger verwies Enak Ferlemann darauf, dass der Nordwesten Deutschlands hierfür beste Voraussetzungen biete: „Wenn eine Region das kann, dann diese.“ Dies gelte aufgrund des Windreichtums sowohl für die Erzeugung von grüner Energie als auch für deren Transport, der durch die hervorragende Anbindung an die Häfen möglich sei. Zudem herrsche in der Bevölkerung breite Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren. Wenngleich diese Einschätzung unter den Unternehmern breite Zustimmung fand, kamen auch Defizite zur Sprache, die der energetischen Transformation aus Unternehmenssicht aktuell entgegenstehen.

Zuvorderst wurden die regulatorischen Rahmenbedingungen moniert. So stimmten die Teilnehmer mit Martin Bialluch darin überein, dass Genehmigungsverfahren für den Bau von On- und Offshore-Windkraftanlagen dringend vereinfacht, beschleunigt und vereinheitlicht werden müssten. Angeregt wurde, nach dem Vorbild USA eine Clearingstelle einzurichten, die Nichtgenehmigungen durch kommunale Verwaltungen überprüfen kann. Priorität wurde der Schaffung eines regulativen Rahmens eingeräumt, der die Innovationsfähigkeit der Energieunternehmen unterstützt und einen wirtschaftlich attraktiven Markt schafft.



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Referenten auf dem Podium: Frank Hohlweg, COO Primary, ArcelorMittal GmbH, Dirk Abeling, Landesgeschäftsführer Wirtschaftsrat Niedersachsen, Michael Appelhans, Rhenus Ports GmbH & Co. KG Sprecher der Geschäftsführung/CEO (hinten) Dirk Briese, Vorsitzender der Landesfachkommission Digitale Wirtschaft im Wirtschaftsrat Bremen, Kilian Würsig, HAZwei GmbH Projektleitung, Martin Bialluch, Staatsrat, Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation; Enak Ferlemann MdB, Markus Lesser, Vorstandsvorsitzender, PNE AG

Berlin-Brandenburg

Hauptstadtfrühstück mit Gitta Connemann MdB

Als Veranstaltungs-Höhepunkt stand das Hauptstadtfrühstück mit Gitta Connemann MdB auf der Agenda. Sie ist vielen Unternehmern als meinungsstarke Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) bekannt. Grund genug sich mit ihr über die aktuellen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Arbeitsmarktpolitik auszutauschen. Immer mehr werde Deutschland vom Geist der Regulierung beherrscht, betonte Gitta Connemann. Die Eigenverantwortung werde weiter verdrängt. Das „Fordern“ und „Fördern“ passe in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht mehr zusammen. Vor diesem Hintergrund sprach sie sich für eine Jobpflicht für arbeitsfähige Bürgergeldempfänger aus. „Ich habe den Mut, auch unbequem zu sein“, fügte sie hinzu. So habe sie 2011 gegen den Atomausstieg Deutschlands im Bundestag votiert. Damals eine Mindermeinung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie halte an ihrer Entscheidung fest und fühle sich heute bestätigt. Unterstützung erhielt Gitta Connemann mit großem Beifall von den Mitgliedern des Wirtschaftsrates.

Gitta Connemann sagte, dass sie auch weiterhin für den Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft kämpfen wolle. Gerade jetzt in diesen schwierigen Zeiten brauche es engagierte Mitstreiter wie den Wirtschaftsrat.



Foto: Jens Schicke

Dr. Nikolaus Breuel, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates Berlin-Brandenburg, Gitta Connemann MdB, Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Hamburg

Innovationsforum 2023 mit Staatskanzleichef Dirk Schrödter und Wissenschaftssenator a.D. Dr. Jörg Dräger

Digitale Technologien brechen klassische Wertschöpfungsketten auf. Sie verändern ganze Branchen-Berufsbilder und damit die Anforderungen an uns. Sie verlangen Unternehmen Anpassungsfähigkeit und Kreativität für neue, innovative Prozesse ab. Häufig sind Start-ups die Treiber für die meist disruptiven Geschäftsmodelle und damit enorm wichtig für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Hamburg. Doch sind die Rahmenbedingungen für Start-ups und innovative Geschäftsideen in Hamburg in diesen herausfordernden Zeiten die richtigen? Diese und weitere Fragen erörterten auf Initiative der Landesfachkommission „Digitalisierung & Innovation“ unter dem Titel „Next Level Innovationsmanagement in Hamburg“ Julia Remih, Client Partnerin, WCG GmbH & Co. KG und WTZ GmbH, Benny Bennet Jürgens, CEO und Gründer,



Foto: Wirtschaftsrat



v.l.n.r. Benny Bennet Jürgens, CEO und Gründer, Nect GmbH, Moderator Dr. Jörg Dräger, Senator a.D. Julia Remih, Client Partnerin, WCG GmbH & CO KG, Michael Jamrosy, Geschäftsführer, Adobe Systems Engineering GmbH

Nect GmbH, sowie Michael Jamrosy, Geschäftsführer, Adobe Systems Engineering GmbH, auf dem diesjährigen Innovationsforum. Dr. Jörg Dräger, Wissenschaftssenator a.D. und Geschäftsführender Stiftungsrat, Kühne Stiftung, moderierte die Runde.

Dirk Schrödter, Minister und Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, berichtete von der Innovationstätigkeit in seinem Bundesland. Dort sei KI das Innovationsthema schlechthin. „Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wird sich daran entscheiden, ob es gelingt, den Einsatz von KI in allen Unternehmen voranzubringen. Wenn das nicht passiert, werden wir den Anschluss verlieren“, erklärte er und bezog auch die Verwaltung in die Innovationslandschaft mit ein.



Brüssel

Europäisches Energiesymposium mit EU-Vize-General Hubert Gambs

Neben zahlreichen Mitgliedern des Landesverbandes Brüssel, machten sich auch viele Mitglieder aus Deutschland auf den Weg zum Europäischen Energiesymposium in die belgische Hauptstadt. Nach der Eröffnungsrede von Corinna Grajetzky, Vorsitzende des Wirtschaftsrates Brüssel, begann die Diskussion zwischen Hubert Gambs, stellv. Generaldirektor für Industrie, Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission, Dr. Arina Freitag, Chief Financial Officer von TenneT TSO und Felipe Montero, Chief Executive Officer von Iberdrola Deutschland zum Thema „Der Weg zu einem wettbewerbsfähigen Energie- und Industriestandort Europa“.

Foto: Wirtschaftsrat



v.l.n.r. Dr. Urban Keussen, Dr. Arina Freitag, Hubert Gambs, Corinna Grajetzky, Felipe Montero

Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Urban Keussen, Vorstand Technik der EWE AG.

Im engen Austausch mit dem Publikum, tauschten sich die Teilnehmer über langandauernde Zulassungsverfahren, unnötige Auflagen und Berichtspflichten sowie den Fachkräftemangel aus. All diese Faktoren verzögern die Transitionen hin zu einer nachhaltigen Industrie enorm. Daher forderten die Unternehmensvertreter die Europäische Kommission dazu auf, in der kommenden Legislaturperiode das Thema Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau in den Mittelpunkt zu stellen. Im Nachgang vertieften die Teilnehmer weitere Themen beim anschließenden Empfang.

Schleswig-Holstein

Zehn-Monats-Bilanz von Flensburgs Oberbürgermeister Dr. Fabian Geyer



Knapp ein Jahr ist Flensburgs parteiloser Oberbürgermeister im Amt. Ein guter Anlass Bilanz zu ziehen. Dr. Fabian Geyer zeichnete ein düsteres Bild vom Erbe, das er angetreten habe. Es sei deutlich schlimmer als erwartet und kaum zu bewältigen. Er bezog dies insbesondere auf die „katastrophalen Strukturen der Verwaltung“, die in der Vergangenheit nicht angepackt worden seien. Dennoch gebe es erste Fortschritte.

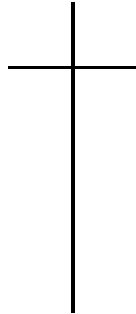
Zwei große Themen benannte Geyer, die im Zentrum seiner Aufmerksamkeit stünden: Zum einen der Hafen-Ost, ein Projekt, das derzeit viele Ressourcen binde, habe er zur Chefsache gemacht. Zum anderen die Mobilität in der Stadt, die für viel Unmut und Aufregung in der Stadt sorge, insbesondere mit Blick auf die Radwege. Die Planung



Foto: Wirtschaftsrat

Flensburgs Oberbürgermeister berichtet über das erste Jahr nach der Wahl

in diesem Bereich sei eine „eigene Welt“; die zuständige Abteilung plane hier „nach eigenem Ermessen“. Als großes Problem für die Region machte der Oberbürgermeister zudem die Einschränkungen des Bahnverkehrs um die Stadt Flensburg aus. Der Fernverkehr nach Dänemark falle künftig weg; Vorrang habe dann die Verbindung über die Fehmarnbelt-Querung. Die Region Flensburg drohe allen anderslautenden Beteuerungen namhafter Politiker in Land und Bund zum Trotz abgehängt zu werden. Ein großes Augenmerk legt Dr. Geyer deshalb auf die Wirtschaftsförderung. Ihm war es wichtig zu betonen: „Die Wirtschaftsförderung erfolgt jetzt wieder aus dem Rathaus heraus.“ □



Dr. Rüdiger von Voß

1939 – 2023

Unser langjähriger Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer
Dr. Rüdiger von Voß hat sich um den Wirtschaftsrat
und unser Land große Verdienste erworben.

Er hat durch sein starkes persönliches Engagement und
seine langjährige Mitarbeit in unserem Verband einen besonderen Beitrag geleistet,
die Interessen der Unternehmer in Deutschland in der Öffentlichkeit
wie gegenüber der Politik überzeugend vertreten zu können.

Damit hat er zur Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft
im Sinne Ludwig Erhards in verdienstvoller Weise beigetragen.

Auch deshalb haben wir ihn mit der Ludwig-Erhard-Gedenkmünze ausgezeichnet.
Dr. Rüdiger von Voß wird im Wirtschaftsrat immer einen besonderen Platz einnehmen.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und allen Angehörigen.

Für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär

Wirtschaftsrat der CDU e.V., Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung: Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:

Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDE33080

Verlag: Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise: quartalsweise

Anzeigenpreise: Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen: Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



Foto: Fotolia.com ©mitria



Foto: Fotolia.com ©lvicanS

Im Spiegel der Presse

Auf Servus TV am 14.09.2023

Deutschland kann sich die weitere Abwanderung der Solarindustrie nicht leisten, sagte Astrid Hamker bei „Guten Abend Deutschland.“ „Wir sehen, dass unser Land wieder zum kranken Mann Europas wird und zunehmend die hinteren Tabellenplätze der **Wettbewerbsfähigkeit** einnimmt.“ Als Reaktion hierauf sei jedoch ein Subventionswettbewerb der falsche Weg. „Entscheidend sind die Standortfaktoren. Da muss das Gesamtpaket stimmen.“

Bild zitiert am 28.09.2023

„Grundsätzlich sind die Pullfaktoren in Deutschland viel zu hoch. Niemand macht **Migranten** einen Vorwurf, dass sie rechnen können und sich die bestmöglichen Lebensumstände suchen. Adressat der Kritik ist die Ampelregierung, die vor dem wachsenden Migrationsdruck die Augen verschließt“, erklärte Generalsekretär Wolfgang Steiger gegenüber dem Blatt.

In den Stuttgarter Nachrichten vom 02.10.2023

Der Wirtschaftsrat fordert längere **Arbeitszeiten** in Deutschland. „Spitze bei den Urlaubs- und Ferientagen, dagegen Schlusslicht bei der wöchentlichen Arbeitszeit – das ist selbstverständlich ein massiver Nachteil für den Standort Deutschland“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** am 07.10.2023

Die Koppelung der **Kindergrundsicherung** an ein Gesamtkonzept für mehr Arbeitsanreize sei umso wichtiger, als die Kindergrundsicherung auf höhere Transferzahlungen für Bürgergeldbezieher hinauslaufe, lobte der Wirtschaftsrat der CDU.

Die **WELT** am 31.10.2023

Angesichts der jüdenfeindlichen Demonstrationen und Ausschreitungen hierzulande, fordert der Wirtschaftsrat eine Wiederbelebung der Leitkultur-Debatte. „Die israelifeindlichen Demonstrationen auf deutschen Straßen nach dem Terror der Hamas zeigen überdeutlich: Der Grad der Integrierbarkeit von Zuwanderern lässt sich nicht allein an der Beschäftigungsquote und der Bereitschaft zum Spracherwerb messen. Die Frage nach einer faktischen **Leitkultur** gehört wieder auf die Tagesordnung“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Auf **Nius.de** am 21.11.2023

In den ersten sechs Monaten 2023 stieg die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 77 Prozent. So kann es nicht weitergehen, sagt der Wirtschaftsrat in einem Positionspapier, das NIUS exklusiv vorliegt. „Deutschland ist für Armutsimmigranten Hauptzielland. Die Politik muss zügig die Pullfaktoren deutlich reduzieren. Durch die Umstellung auf **Sachleistungen** und einen späteren Bezug von Bürgergeld können die Einnahmen von Schlepperbanden versiegen“, erklärte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Das Nachrichtenportal **t-online** am 22.11.2023

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine schallende Ohrfeige für die Ampelkoalition“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. Die Schuldenbremse zeige auf, an welchen Stellen unnötige Ausgaben getätigt würden. „Ganz konkret fordern wir das Aussetzen der zum Jahreswechsel geplanten Anhebung des **Bürgergeldes** um zwölf Prozent und die Überprüfung der Arbeitsbereitschaft der erwerbsfähigen Bürgergeldempfänger durch gemeinnützige Tätigkeiten.“

dpa am 29.11.2023

Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker erklärte: „Die wahren Ursachen der Finanzprobleme dieser Bundesregierung heißen Bürgergeldeinführung, Bürgergelderhöhung und Einführung der Kindergrundsicherung.“ Der Wirtschaftsrat forderte, diese **Wahlgeschenke** zurückzunehmen.

Handelsblatt am 30.11.2023

Generalsekretär Wolfgang Steiger schlägt zur Bewältigung der Haushaltskrise vor, „**Rentengeschenke** der zurückliegenden Großen Koalitionen“ wie die Rente ab 63, die Mütterrente oder die Grundrente wieder zurückzunehmen.



©Klaus Suttman



1.300.000.000

1,3 Milliarden Euro kostet das deutsche **Gesundheitssystem** jeden Tag. Es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange der Staat diese Last noch tragen kann.

Quelle: Statistisches Bundesamt



3

Auf Platz 3 steht Deutschland jetzt vor Japan in der **Kategorie Volkswirtschaft**. Der Internationale Währungsfonds platzierte die Bundesrepublik im Jahr 2023 aufs Treppchen und verleiht uns die „Bronze Medaille“. Dies ist aber nicht auf die wirtschaftliche Stärke unseres Landes, sondern auf die Schwäche Japans zurückzuführen.

Quelle: Europäischer Wirtschaftsfonds



-0,1

Im letzten Quartal noch positiv, rutscht Deutschland im laufenden Quartal mit -0,1 Prozent auf ein negatives **Bruttoinlandsprodukt**.

Quelle: Statistisches Bundesamt

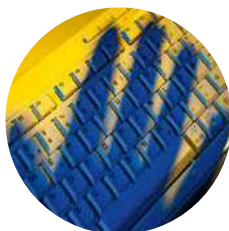
Zahlen des Quartals



3,2

Es geht abwärts mit der **Inflationsrate** in Deutschland. In diesem Quartal sank der Wert stetig und liegt erstmals seit August 2021 wieder unter Vier-Prozent-Marke.

Quelle: Statistisches Bundesamt



206

205,9 Milliarden Euro jährlicher Schaden entstand 2023 durch **Cyberkriminalität**. In den gemeldeten Diebstählen ging es um die Entwendung von IT-Ausrüstung, Daten und vor allem Erpressung.

Quelle: Bitkom/statista 2023



46

46 Millionen **Erwerbstätige** arbeiteten zuletzt in Deutschland. Das verzeichnete das Statistische Bundesamt im letzten Quartal. Trotz schlechtem Wirtschaftswachstum sind das fast eine Viertelmillion Erwerbstätige mehr als noch im Vorjahresquartal 2022.

Quelle: Statistisches Bundesamt



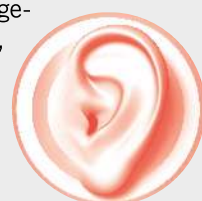
48

132.054.795 Millionen Euro gibt der Staat pro Tag für Migranten und Flüchtlinge aus. Das sind jährlich rund 48,2 Milliarden an **Steuergeldern**.

Quelle: Bundesfinanzministerium

Bälle ins eigene Feld schießen

Bilder aus dem Sport oder Militär treffen in der Kommunikation immer sehr gut. Kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht die Ampelkoalition für die gesamte finanzielle Planung in die Verlängerung geschickt, indem es auf die Einhaltung der Schuldenbremse gepocht hat. Die Union im Bundestag, die dieses Urteil durch ihre Klage erwirkt hat, konnte sich vollumfänglich bestätigt fühlen. Jetzt war die Bundesregierung am Zuge, Vorschläge für Einsparungen zu machen. Von SPD und Grünen kam nur der Vorschlag, die Schulden auszuhöhlen. Schon kurz nach dem Urteil bröckelte die Abwehrfront der CDU-geführten Länder, die auch teilweise kreative Umgehungen der Schuldenbremse beschlossen oder auf die Gießkanne aus Berlin gesetzt hatten. Erst wurden in „Berliner Hintergrundkreisen“ Journalisten vorbereitet: Jetzt öffentlich zu triumphieren sei doch fehl am Platze. Kurz darauf spielten mehrere Ministerpräsidenten Bälle ins eigene Feld zurück und forderten die Schuldenbremse aufzuweichen. Die Ampelpartner wird dies gefreut haben. Sie gingen, begleitet von Spielgefährten aus Medien und Wissenschaft, zum Angriff über.



Ihr Spindoktor

Besinnt Euch!*

* Die Diskussion über Glücksspielregulierung mutiert zunehmend zum Kulturkampf. Antiquierte ideologische Positionen negieren das menschliche Spielbedürfnis und problematisieren das Freizeitverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. So werden die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages – Kanalisierung des Spielbedürfnisses in legale Bahnen und Spielerschutz – nicht erreicht. Größter Profiteur derzeit: das illegale Angebot und die Organisierte Kriminalität. Staatlich konzessionierte Anbieter, deren Beschäftigte sowie Kundinnen und Kunden werden gegängelt und der Spielerschutz bleibt auf der Strecke.

www.admiral-games.de

Mit rund 480 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilialisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL



Für Cybersicherheit braucht Ihr Unternehmen nicht viele Leute. Sondern alle.

Cyberangriffe sind für Unternehmen aller Größenordnungen eine akute Bedrohung. Zumal der verstärkte Einsatz digitaler Technologien neue Angriffsflächen und Einfallstore schafft. Umso wichtiger ist ein ganzheitliches Sicherheitskonzept, das nicht nur die IT-Abteilung, sondern sämtliche Mitarbeitenden aktiv einbezieht. Deshalb denken wir bei jeder Transformation stets die passenden Cyber-Security-Lösungen mit und begleiten Sie von der Strategie bis zur technischen Implementierung. Für eine maximale Cyber-Resilienz, präventiv und im Ernstfall.

ISO-zertifiziert. Von unabhängigen Consultants ausgezeichnet.
Erfahren Sie mehr über unsere Cyber-Security-Beratung:
www.pwc.de/cybersecurity